

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.
Wochentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Bekanntmachung für die sechsgeheiligte Kolonien-
zeile oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Unten durch!

Wie die Frage des Raufens, läßt die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ das Dementieren nicht. Mit einer Dreifachigkeit sonder-
gleichem schreibt das Dementierorgan der Regierung in der Nummer
vom Sonntag, den 26. d. Mts., daß die Behauptung Singers,

wonach die Bevorzugung der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske
bei Verkehrsanlagen in Berlin auch durch „kaiserliches Einschreiten“
erfolgt ist, unwahr sei.

Daß die „Nordd. Allgem. Ztg.“ nur über das „kaiserliche Ein-
schreiten“ spricht, während Singer dieses als Begleiterscheinung der
Tätigkeit des Polizeipräsidenten und des Ministers der öffentlichen
Arbeiten erwähnt hatte, sei zur besseren Charakterisierung des Dementis
nebenher bemerkt.

Der Unerschrockenheit der „Nordd. Allgem. Ztg.“ gegenüber wollen
wir noch einmal mit absoluter Sicherheit feststellen, daß der Plan
der Gesellschaft, in Berlin eine Unterpfasterbahn zu bauen,
erst durch die in Budapest der Gesellschaft in Aussicht gestellte
kaiserliche Unterstützung eine feste Grundlage gewonnen hat.

Ob dem Kaiser ein Antrag auf Genehmigung der von der Stadt
beabsichtigten Bahnanlage unterbreitet wurde, ist für die von Singer
behaufte Thatsache vollkommen gleichgültig. Durch das Schreiben
des Polizeipräsidenten ist unwiderleglich bewiesen, daß die von der
Stadt beantragte grundsätzliche Genehmigung einer Unterpfaster-
bahnlinie abgelehnt wurde in Rücksicht auf die Rentabilität
der Siemens und Halskeschen Hochbahn und auf die von
dieser Gesellschaft geplante Weiterführung der Hochbahn
als Unterpfasterbahn. Wir heiden dabei die Entscheidungen
des Ministers und des Polizeipräsidenten über die schwebenden
Unterpfasterbahn-Projekte in Berlin sind unter dem Einfluß des
kaiserlichen Willens getroffen worden. Einen Beweis hierfür liefert
auch — allerdings wider Willen — das neueste Dementi der „Nord-
deutschen Allgemeinen Zeitung“ selbst, indem sie ihre Freude und
Dankbarkeit ausspricht über „die durch kaiserliche Initiative be-
schleunigte Herstellung der Siemens'schen Hoch- und Unterpfasterbahn“.

Daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Verjagung der grundsätzlichen
Genehmigung der von der Stadt beantragten Unterpfasterbahnlinie
als eine Förderung der städtischen Pläne und als Entgegenkommen
der staatlichen Aufsichtsbehörden ansetzt, ist sehr bezeichnend für die
Aufassung, die an maßgebender Stelle über die Selbstverwaltung der
Gemeinden herrscht. Einen grotesk-lomischen Eindruck macht es, wenn
das offiziöse Regierungsorgan aber in demselben Satz zugiebt,
daß die Siemens'sche Bahn sich die Priorität gesichert habe, so daß
die Stadt den Plan, ihrerseits von dem Potsdamer Thor nach
dem Stadtimern eine Unterpfasterbahn anzulegen, nicht verfolgen
konnte.

Warum das geschah vergißt die brave „Nordd. Allgem. Ztg.“
leider mitzuteilen. Wir wollen es ihr noch einmal sagen: die
Siemens'sche Bahn hat sich infolge der kaiserlichen Zusage in Budapest
die Priorität gesichert und gegen das Interesse der Stadt Berlin erhalten.
Ueber die ohne Wissen der Stadt erfolgte Verlängerung der staat-
lichen Koncession für die Große Berliner Straßenbahn bis zum
Jahre 1949 schweigt sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ ungern aus,
ebenso über den Erlaß des Polizeipräsidenten, der die in Rücksicht
auf die Anwartschaftlichkeit des Accumulatorenbetriebes erlassene
kaiserliche Anordnung — die oberirdische Stromzuführung an Stelle
des Accumulatorenbetriebes einzurichten — zur Kenntnis der Gesellschaft
bringt. Selbst die Dementierung der Wilhelmstraße versagt bei
diesen klaffenden Fällen staatlicher Verhöhnung privatkapitalisti-
scher Interessen.

Dagegen entkräftet sich das Regierungsorgan über die Singersche
Behauptung, daß die Große Berliner Straßenbahn einem Wunsch
des Kaisers folgend, den Großen Stern im Tiergarten mit Warm-
gruppen ausstümpft. „Die Große Berliner Straßenbahn hat — ohne
irgend eine Anregung von anderer Seite — gebeten, ihr zu gestatten,
an Stelle der unterirdischen Stromzuführung auf dem Platze die
Oberleitung einzurichten, insofern nicht auf dem Platze selbst, sondern
um ihn herum, und hat sich freiwillig bereit erklärt, den Platz mit
Pflanzwerken auszustatten.“ So stellt die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ den Vorgang dar.

Dieses Dementi ist geradezu lässlich. Die „Norddeutsche
Allgemeine Zeitung“ macht wirklich einen fast unerlaubten
Gebrauch von ihrer weisfremden Raubtät, wenn sie glauben
machen will, daß das „freiwillige Angebot“ der Großen Berliner
aus dem glühenden Drange, den Tiergarten zu verschönern,
erfolgt ist. Das Wort „mit der Würst nach der Spießseite
werken“ ist auch in den Direktorialbüros der Großen
Berliner nicht unbekannt und daß die drachlose Telegraphie
vom Schloß, nach dem Leipziger Platz dem Straßenbahn-,
früheren Ministerialdirektor Herrn Wiede und seinen Kollegen von der
mit der Großen Berliner fusionierten Charlottenburger Straßen-
bahn, den Gedanken suggeriert hat, das „freiwillige Angebot“
möchte dem Kaiser und den mit der formellen Genehmigung des
Gesuchs betrauten Staatsbehörden nicht unangenehm sein, wird selbst
die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht dementieren wollen. Oder glaubt man
in der Redaktionsstube des Bülow-Organs, daß die Große Berliner
sich einer Ablehnung ihres „freiwilligen Angebots“ auszusetzen
geneigt war?

Man sollte seitens der „Nordd. Allg. Ztg.“ doch endlich diese
kindischen Dementis unterlassen und die in Dutzenden von Fällen
bewiesene Thatsache zugeben, daß privatkapitalistische Verkehrs-Unter-
nehmungen in Berlin sich des Schutzes und der Förderung der
staatlichen Behörden zu erfreuen haben, während die städtischen Ver-
kehrsaufgaben durch die Bevorzugung privatkapitalistischer Konkurrenz
erschwert und vielfach unmöglich gemacht werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. April.

Reichstag.

Herr v. Tirpitz hat sehr ungeschickt manövriert. Wie konnte
er glauben, daß ganz unmittelbar vor den Wahlen die Summen für
den Marinepalast bewilligt werden würden! Für die Rechte
und das Centrum war es zu bequem, hier einmal eine Mühe zu
schießen, während sie sonst Kameele verschlucken, und so wurde dem
Beschlusse der Budgetkommission entsprechend der Nachtrags-Etat glatt
abgelehnt. Nur drei Getreue erhoben sich für das Velleneu-
straßen-Projekt: die Herren Büsing, Semler und Graf Oriola. Aber
Herr Tirpitz und seine Räte mögen sich trösten: in der ersten
Sitzung des neuen Reichstags werden die Bewilligungsparteien schon
mit sich reden lassen.

Eine Rechnungssache führte zu einer kleinen, nicht uninter-
essanten etatsrechtlichen Auseinandersetzung. Herr Dr. Sattler
hatte einen Antrag eingebracht, der darauf hinauslief, die
Stellung des Reichshauptamtes den Etats-Ueberschreitungen
der einzelnen Ressorts gegenüber zu stärken. Der Antrag war
ganz vernünftig. Er wurde jedoch von der Mehrheit
unter Vorantritt des Herrn Spahn in der Form begraben, daß der
um sieben Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungs-Kommission auf-
gegeben wurde, über ihn zu befinden. Von diesem Reichstag wird
er also auf keinen Fall mehr erledigt werden.

Dann wurde das Phosphor-Gesetz in dritter Lesung ein-
stimmig angenommen. Die Centrumsfraktion scheint also eingesehen
zu haben, daß das Verhalten der Fischerianer bei der zweiten
Lesung nicht geeignet war, ihren Kredit im Lande zu erhöhen.

Dieser Kredit wird sicherlich auch durch die Debatte über das
Krankenkassen-Gesetz stark geschmälert werden. Ist es doch
gerade das Centrum, das sich zum Vorkämpfer für alle
Versicherungen der Kasse hergiebt. Beim § 28a war es Herr
Trimborn, der die Kertze ansetzt und sie in einer Art
behandelt, die mit den Interessen der versicherten Arbeiter un-
vereinbar ist. Es ist gewiß berechtigt, daß die Kasse sich um die
Gehung ihrer sozialen Lage bemühen. Ohne eine Verstaatlichung
der ärztlichen Hilfe, die im Gegenwartszustand übrigens auch recht be-
denkliche Seiten hat, ist an eine Einschränkung des Kertze-Proletariats
nicht zu denken und es ist durchaus falsch zu behaupten, als sei die
soziale Kamalität der Kertze durch die Krankenversicherung
verschuldet worden. Im Gegenteil, durch die Kranken-
versicherung ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit der ärzt-
lichen Hilfe in den Kreisen der Arbeiter zum Augen der
Kertze, die für die Behandlung der Familienmitglieder zugezogen
werden, außerordentlich gewachsen und eine Centralisierung der
Kassen würde es ermöglichen, die Krankenbehandlung auch zum
Vorteil der Kertze intensiver zu gestalten. Das waren die
Begründungspunkte, die in der Debatte von unseren Genossen Kolke-
nbusch und Albrecht vorgetragen wurden. Die Einwände der Gegner
standen auf einem sehr tiefen Niveau, sie arbeiteten mit außer-
ordentlichen Uebertreibungen. Besonders that sich der wadere Schwab
Hoffmann-Hall hervor, der brav vollsparteiisch von der
Anebelung der Kertze durch die Arbeiter fabelte. Unsere Anträge
von denen der wichtigste die Doppelversicherung der Arbeiter ohne
Verfälschung des Krankengeldes ermöglichen wollte, um die Ver-
sicherten nicht in Schwindkassen hineinzutreiben, wurden abgelehnt.
Die Verhandlung wandte sich dann denjenigen Paragraphen zu, die
die Selbstverwaltung der Kassen betreffen. Ueber den
ersten, § 35, kam man nicht weit hinaus. Ein Zufall zu ihm bildet
den ersten Vorstoß gegen die Selbstverwaltung in dieser Novelle.
Der Vorschlag des Geheimrats Hoffmann, die Selbstverwaltung in
der Krankenversicherung ganz zu beseitigen und Beamte mit der
Leitung der Kassen zu beauftragen, hat so viel böses Blut erregt,
daß die jetzige Taktik darauf hinausläuft, dem Hunde den Schwanz
stückweise abzuschneiden. Die unabhängigen Vorsitzenden sollen aus
der Verwaltung hinausgeschleift werden, die Novelle will sie zu Auf-
passern über ihre Kollegen bestellen und so den Grund
zu beständigen Streitigkeiten und einer Vernichtung des
kollegialen Zusammenarbeitens legen. Wieder war es
das Centrum, das durch Herrn Trimborn mit allem
Eifer für den § 35 sprach, obwohl der Krankenkassen-
Kongress einstimmig um die Ablehnung gerade dieses Paragraphen
erlaubt hat und nach Stadthagens Mitteilung auch katholische
Arbeiter sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Eingriff in die
Selbstverwaltung erklärt hatten. Diesmal traten auch die Frei-
sinnigen auf unsere Seite, diese Unterstützung reichte aber nicht aus,
um die Annahme des § 35 zu hindern. Auch beim § 38 wurde
unser Verbesserungsantrag abgelehnt.

Dienstag beginnt die Sitzung wieder um 11 Uhr. Zunächst
kommt die Interpellation Gerstenberger über die Ausbildung der
Fleischbeschauer zur Erledigung; dann Krankenkassennovelle.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag in zweiter und
dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend den weiteren
Erwerb von Eisenbahnen für den Staat (die Linien
Marienburg-Klawka, Altbanm-Kolberg, Stargard-Rüstrin,
Kiel-Gärnsförde-Flensburg und Dortmund-Gronau-Emschede)
sowie den Gesetzentwurf betreffend den Erwerb der ost-
preussischen Südbahn nebst den durch diese Gesetze
bedingten Nachtrags-Etat nach kurzer Debatte an. Wie der
Minister Bude mitteilte, wird dem Landtage im nächsten
Jahre voraussichtlich eine Vorlage betreffend die zwangsweise
Verstaatlichung der Breslau-Warschauer Bahn zugehen.

Vorher erledigte das Haus Petitionen, von denen einige
allgemeines Interesse beanspruchten dürften. Eine Petition
des Ausschusses der evangelischen Arbeitervereine um Erlaß
eines Wohnungsgesetzes wurde der Regierung als
Material überwiesen. Ueber eine Petition des schlesischen
Journalisten- und Schriftsteller-Vereins um eine Reform
des Strafvollzugswesens und um andre Behand-
lung der wegen Verbrechen verhafteten Journalisten und
Schriftsteller ging das Haus zur Tagesordnung über, dagegen
überwies es eine Petition des Frankfurter Journalisten-
und Schriftstellervereins um reichsgesetzliche Re-
gelung des Strafvollzugs unter Einführung einer
besonderen Strafverbüßungsart für die wegen nicht gemeiner
Verbrechen Verurteilten, der Regierung als Material, obwohl
auch hier die Kommission Uebergang zur Tagesordnung be-
antragt hatte. Eine Petition des Magistrats und der Stadt-
verordneten zu Charlottenburg um Maßnahmen zur Be-
seitigung der Fleischsteuerung wurde durch Ueber-
gang zur Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag Eckert (ft.) auf Aenderung des § 26 der
Geschäftsordnung dahin, daß außer den bestehenden ständigen
Kommissionen noch eine solche für Handel und Gewerbe ein-
gesetzt werde, gelangt zur Annahme, ebenso in zweiter Lesung
der Gesetzentwurf betreffend die polizeiliche Regelung
des Feuerlöschwesens.

Dienstag: Interpellation Gothein über die
Schädigung der Fischer durch den letzten Sturm, Interpellation
Willisen betreffend die Befoldungsvorschriften für Militär-
anwärter.

Die Socialdemokratie und die preussischen Landtagswahlen.

Mit Einstimmigkeit hat die Konferenz der preussischen Partei-
genossen am Sonntag die Taktik festgelegt, die bei den preussischen
Landtagswahlen einzuschlagen ist. Obwohl nicht bloß die Frage
der Beteiligung überhaupt, sondern auch das Wie der Be-
teiligung ehemals noch lebhaft auseinandergerungen ver-
ursachte, herrscht jetzt keinerlei Differenz mehr unter
den Parteigenossen. In Preußen kann unsere Beteiligung an den
Landtagswahlen — abgesehen von der agitatorischen Bedeutung —
nur noch von Wert sein, wenn sie ohne alle Umschweife
darauf gerichtet ist, socialdemokratische Abgeordnete in das
Parlament zu bringen und es darf den liberalen Parteien
kein Zweifel darüber gelassen werden, daß wir ihnen nicht das
geringste Zutrauen schenken, daß wir ihnen von ihnen sehen wollen.
Wenn auf liberaler Seite noch irgend eine geheime Hoffnung
bestanden hat, daß die socialdemokratische Partei sich vor ihren Wagen
spannen würde, so ist sie durch die einstimmigen Beschlüsse der
Konferenz gänzlich zerstört worden. — Ziehen Freisinnige oder Liberale
es vor, für einen Reaktionsär statt für einen Socialdemokraten zu
stimmen, ist ihnen ihr Liberalismus nicht so viel wert. Social-
demokraten zu wählen, um die Reaktion zu bekämpfen, dann kann es
uns auch gleichgültig sein, ob statt eines sich liberal nennenden
Schwächlings ein offener Reaktionsär gewählt wird. Diese Klar-
heit ist außerordentlich erfreulich. Die socialdemokratische Partei
wird die Entscheidung über die preussischen Landesangelegenheiten
nicht länger den bürgerlichen Parteien allein überlassen, sie will den
Einfluß der Massen darin zur Geltung bringen, aber sie
verläßt sich dabei einzig und allein auf sich selbst und
das „liberale Bürgerthum“ mag sich darauf einrichten: entweder es
wird liberal handeln oder es wird nicht sein; entweder es
entschließt sich, der Socialdemokratie zum Einzuge in den preussischen
Landtag zu verhelfen oder es wird selber die Kosten für die
Unterlassung zu tragen haben. Wir fordern Mandate zum preussischen
Landtag. Die preussische Reaktion wird sicher nicht gestürzt
werden durch etliche socialdemokratische preussische Landtags-Abgeord-
nete, aber sie hat erst recht nichts zu fürchten von einer Winderung
der Liberalen, deren Liberalismus in nichts geräth, sobald er vor
der Wahl steht, entweder für einen Socialdemokraten zu stimmen
oder einem Reaktionsär zum Siege zu verhelfen.

Der englische Etat und die Wiederaufhebung des Kornzölles.

London, 25. April. (Fig. Ver.) Budget-day: der Tag der
Vorlegung des Etats war diesmal voll von Ueberraschungen. Knapp
vor der Etatsrede verkündete der Premierminister Mr. Balfour
seinen Entschluß, die Beteiligung an der Vagdabahn
abzulehnen. Zur gleichen Zeit kam die Nachricht über die
britische Niederlage in Somaliland. Ueber die Ueber-
rafung des Tages war die Befestigung des Kornzölles. Außer dem
Kabinet hatte niemand von dieser Maßregel auch nur die leiseste
Ahnung, so daß der Oppositionsredner Sir William Harcourt, der
sich zu Hause auf eine Rede gegen den Kornzoll vorbereitet hatte,
sichtlich außer Fassung war, als er nach den Regeln des parlamen-
tarischen Spiels auf die Etatsrede mit einer Kritik antworten mußte.
Sehr gut antwortete dagegen der liberale Imperialist Mr. Galdane,
auf den wir später zurückkommen.

Die Grundlinien des Etats sind wie folgt: Der Schatzkanzler
Mr. Ritchie schätz den Ueberschuß auf 10 816 000 Pfd. Sterl. Denn
auf Grundlage der Besteuerung des letzten Jahres würden be-
tragen:

Table with 2 columns: Category and Amount.
Einnahmen . . . . . 154 770 000 Pfd. Sterl.
Ausgaben . . . . . 143 954 000 . . .

Ueberschuß 10 816 000 Pfd. Sterl.
Der Schatzkanzler beschloß deshalb zwei Steuererleichterungen vor-
zunehmen. Die Einkommensteuer, die bekanntlich nur die Einkommen
über 3200 M. trifft, betrug im letzten Jahre 1 Schilling 8 Pence
(= 1,25 M.) von jedem Pfund Sterling (= 20 M.) Einkommen.
Diese Steuer soll nunmehr um 4 Pence (= 34 Pfennige) herabgesetzt

werden. Dann soll der Kornzoll beseitigt werden. Diese Entlastungen betragen:

Einkommensteuer — 4 Pence	8 500 000 Pfd. Sterl.
Kornzoll — beseitigt	2 000 000
Zusammen	10 500 000 Pfd. Sterl.
Die Bilanz stellt sich demgemäß:	
Einnahmen	144 270 000 Pfd. Sterl.
Ausgaben	143 954 000
Ueberschuß	316 000 Pfd. Sterl.

Die Nationalschuld beträgt 770 778 000 Pfd. Sterl. Die Kosten des südafrikanischen und chinesischen Krieges beliefen sich auf 217 Millionen Pfund Sterling, davon wurden 67,5 Millionen durch Steuern gedeckt und 149,5 durch Anleihen, oder von je 100 Pfund Sterling Kriegskosten wurden 31 durch Steuern und 69 durch Anleihen aufgebracht.

Von diesen 217 Millionen Kriegskosten erhält England zurück: von Transvaal als Kriegsschuld 34 Millionen, dann 3 Millionen als Rückzahlung gegebener Vorschüsse, also zusammen 37 Millionen von Transvaal; schließlich 6 Millionen Kriegsentwädigung von China, insgesamt 43 Millionen, so daß England mit 174 Millionen Pfund Sterling für den südafrikanischen und chinesischen Krieg belastet wird.

In seiner heilige zweiwöchigen Rede gab der Schatzkanzler Mr. Ritchie eine Uebersicht über die finanzielle Lage Englands. Er berührte auch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und bemerkte: „Es ist befriedigend festzustellen, daß wir trotz der fallenden Löhne verhältnismäßig sehr wenig industrielle Konflikte hatten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich in Lohnfragen friedlich auseinandergesetzt. . . Unternehmer und Arbeiter sollten bemüht sein, sich enger aneinander zu schließen und sich gegenseitig besser zu verstehen, denn beide wissen, daß das Interesse des einen ist das Interesse des andern; beide sollten durch freundliches Konferieren und Zusammenarbeiten ihre Konkurrenzfähigkeit gegen das Ausland stärken.“ Mr. Ritchie hat natürlich keine Ahnung, daß der gegenwärtige industrielle „Frieden“ nur die Folge ist der unsicheren Rechtslage, die der Taff-Wale-Urteil geschaffen hat.

Von den Antworten der Oppositionsredner ist nur die des Abgeordneten Mr. Galdane bemerkenswert. Er tadelt es, daß der Nutzen der Steuerentlastung hauptsächlich dem Kapital zukommen sollte. Die Erleichterung der direkten und indirekten Steuern verhält sich wie 5 zu 1. „Die Zahl der Personen, die Einkommensteuer zahlen, ist gering. Aber das sind gerade die Leute, die das meiste Geld haben. Unser Nationaleinkommen wird jetzt auf 1600 Millionen Pfund Sterling geschätzt; die Hälfte dieser Summe fließt in die Taschen der Einkommensteuerpflichtigen, die nur 4 Millionen Personen zählen, während die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs 42 Millionen beträgt. Es ist doch außerordentlich, daß vier Fünftel der Steuerentlastung dieser geringen Zahl von Leuten zufallen sollen. Wir sollten doch einmal eine wissenschaftliche Untersuchung unseres Nationaleinkommens und seiner Verteilung vornehmen, damit wir eine sichere Basis für unser Steuerhystem gewinnen.“ Galdane ist, wie früher gesagt, ein sozialliberaler Imperialist und einer der bedeutendsten Rechtsanwälte Englands.

## Deutsches Reich.

### Die Aristokratie des Geistes — der Korpsstudenten.

Als neulich die „Freisinnige Zeitung“ die in dieser Form sicher falsche Nachricht brachte, den preussischen Landräten sei die Annahme von Wahlkandidaturen verboten worden, begam es wieder wie „Frühlingsdämmerung“ durch die liberale Presse zu wehen. Wir spotteten in einer kurzen Anmerkung über dies große Ereignis.

In diesem Sonnabend nun hatte der gute Liberalismus Gelegenheit, die Realität seiner liberalen Frühlingshoffnungen zu prüfen. Gelegentlich der Beratung des Gesetzes über den Vorbereitungsdienst der höheren Verwaltungsbeamten schüttelte der preussische Minister des Innern im Abgeordnetenhaus einmal gründlich sein Herz aus. Wenn es gilt, oppositionelle Angriffe abzuwehren, sagt der Herr gewöhnlich, was nicht ist. Diesmal aber sprach er kühner, wenn auch nicht klug aus, was ist: daß nämlich unsere ganze Verwaltung des preussischen Staates — Landräte, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten — das Monopol der großen feudalen Korpsstudentenfamilie ist, die sich strebend einander vorzieht in alle leitenden Aemter. Schon bei den Referendaren vollzieht sich die Scheidung, ob sie in der Justiz oder der Verwaltung aufgenommen werden. Nur die dreimal patentierten Korpsstudenten werden von den Regierungspräsidenten zur Verwaltungslaufbahn zugelassen. Und diese Stippe bildet denn die eigentliche Regierung in Preußen, sie treibt ihre agrarisch-konservative Familienpolitik, mögen die Ministerchen in Berlin welchen Kurs immer steuern.

Dem Centrum und den Nationalliberalen war nun — der Beamteneid der zurückgebrachten Elemente — beantragt worden, daß künftig die Zulassung der Referendare zum Verwaltungsdienst nicht durch den Regierungspräsidenten, sondern durch den Minister verfügt würde. Daß mal ein liberaler oder liberaler Bourgeois Minister wird und damit die Verwaltungsstellen mit Männern seines Herzens besetzt würde, das ist — so rechneten die Antragsteller durchaus richtig — immer noch leichter möglich, als daß das Corps der Regierungspräsidenten andre Leute als ihre Corpsbrüder in die Regierung läßt.

Der nationalliberale Professor Friedberg richtete heftige Angriffe gegen diese Allmacht der Korpsstudenten. Nach seiner Statistik sind von den Landräten 50 Proz. ablig, von den Regierungspräsidenten 71 1/2 Proz.; von 35 Regierungspräsidenten sind gar 21 ehemalige Korpsstudenten.

Kaum aber war diese Rede gehalten, da erhob sich der preussische Minister Hammerstein in einer seltenen Erregung, feierte nun das auserwählte Volk der Korpsstudenten in einer Weise, daß auf der Linken, selbst auf dieser zahmen Linken eine starke Empörung ausbrach. Was beweist das, daß der Adel so zahlreich vertreten ist? fragte Herr v. Hammerstein. Und er beantwortete seine Frage nach dem Stenogramm wörtlich wie folgt:

„Das beweist doch mir, daß der Adel, und zwar wesentlich der unvermögende Adel, der Adel, mit dem die großen preussischen Könige den Staat gebildet haben (Zuruf links: Gegen ihn! Heiterkeit), mit dem Friedrich der Große seine Schlachten geschlagen und den Staat groß gemacht hat (der rechte v. Stoltenberg: Sirp! Red. des „Vorw.“), daß dieser Adel in seinen Sprossen auch heute noch besteht ist, in des Königs und des Vaterlandes Dienst zu treten und darin in vielfach sehr beschwerlichen Stellen zu wirken. (Zuruf links: Wir auch! Andre auch!) Ich glaube nicht, daß der Prozentsatz von 40 überhaupt etwas besonders Großes ist, ich freue mich aber über jeden Referendar, der einer Adels- oder Beamtenfamilie angehört; denn ich bin sicher, daß im allgemeinen die Regierung mit solchen Beamten gut fährt. (Unruhe und Zurufe links.) Es sind mir in meiner Amtszeit schon Fälle vorgekommen — nicht einer, sondern mehrere — wo ich junge Beamte, die aus einer andern, besonders wohlhabenden Klasse stammten, in etwas entfernteren Gegenden habe versehen wollen. Da hat man mir entgegnet: Da gehe ich nicht hin, dann gehe ich lieber ab. Das ist bei den aus dem alten preussischen Beamtenstand hervorgegangenen Referendaren bis jetzt noch niemals der Fall gewesen. So sind diese jungen

Leute sichere und treue Diener ihres Königs und Vaterlandes. (Bravo! rechts. Lebhaftige Unruhe und Zurufe links.)

Und der Minister fuhr fort: „Dann hat der Herr Vorredner sich auch daran gerieben, daß unter den Regierungspräsidenten eine verhältnismäßig große Anzahl von Korpsstudenten wäre. Ja, meine Herren, das ist sehr möglich. Regierungspräsident wird doch — ausnahmslos, sage ich, Sie sagen vielleicht: in der Regel — nur derjenige, welcher in seinem Fache besonders tüchtig ist. Ja, wenn der Mann zugleich Korpsstudent ist, so könnte ich als Korpsstudent daraus vielleicht den Schluß ziehen: das zeige eben, daß die Corps eine ausgezeichnete Erziehung geben. (Großer Widerspruch links; sehr richtig! rechts.) Ich will aber hier von diesem Schluß nicht einmal Gebrauch machen, sondern ich will nur sagen: dadurch, daß die Leute Korpsstudenten sind, sind sie doch ganz gewiß nicht unwürdig, Regierungspräsidenten zu werden. (Sehr richtig! rechts; große Unruhe und Zurufe links.) . . . Wenn Sie mir erst einmal nachweisen können, daß ich bei meinen Vorschlägen bei Ihrer Majestät jemand d e s h a l b zum Regierungspräsidenten empfehle, weil er Korpsstudent ist, dann will ich mein Haupt vor Ihnen beugen. Wenn ich ihn aber vorschlage, weil er tüchtig ist und daneben Korpsstudent, so ist das in meinen Augen ein persönlicher Vorzug, der aber dienstlich gar keine Bedeutung hat. (Große Unruhe links.)“

Herr v. Hammerstein wiederholte dann noch zweimal, daß nur nach persönlicher Tüchtigkeit — das „nur“ ist im amtlichen Stenogramm zweimal fett gedruckt, offenbar weil doch wenigstens fett Gedrucktes immer wahr ist — die Beamten auserwählt werden und feierte zum Schluß seine regierenden Korpsstudenten als die „Aristokratie des Geistes“. Links zischte man. Man rechnete sich dort nämlich auch zur „Aristokratie des Geistes“, die weil nicht nur die Geburt, sondern auch der Besitz geistesaristokratischer Bildung verleiht!

Welche Aristokraten des Geistes die Korpsstudenten werden können, das erkennt man ja besonders deutlich, wenn sie es bis zum Minister gebracht haben. Dieser Freiherr von Hammerstein war ja auch Korpsstudent!

Aber wir wollen nicht unsere eigne socialdemokratische Nachlosigkeit über das regierende Korpsstudententum austräumen. Ein Kollege des jetzigen Ministers des Innern hat über den Nachwuchs in den Aemtern der höheren Verwaltung einmal die bitterste Klage geführt und gegen das Korpsstudentenwesen die heftigsten Angriffe geschleudert. Von dieser „Aristokratie des Geistes“ wurde da gesagt:

„Die Professoren klagen über den wachsenden Mangel der juristischen Studierenden, namentlich der wohlhabenderen, d. h. derjenigen, die sich später dem Verwaltungsdienst zuwenden pflegen, und die im allgemeinen mit den fachtretenden Studenten zusammenfallen. Ich habe mich lange geäußert, diese von fast allen Universitätsprofessoren übereinstimmend bezogene Wahrnehmung als richtig anzuerkennen. . . Ein hiesiger angesehener Professor versicherte mir jüngst, daß ein Corps in Heidelberg seinen Mitgliedern und Häupten den Kollegienbesuch als unanständig geradezu verbiete.“

Dieser Umstürzler beklagte dann die schwelgerische Lebensweise mancher Corps, die selbst für sehr reiche Väter nicht erschwinglich sei. Ein Berliner Richter beklagte sich über die „Interesselosigkeit“ zahlreicher Referendare, über den „völligen Mangel an idealer Lebensauffassung“. Er beruft sich auf den Professor Schmoller, der jetzt im Herrenhause sitzt, daß selbst die Juristen, die später ernste Beamte werden, „Tüchtigeres leisten würden, wenn sie zur rechten Zeit mehr gelernt hätten.“

Völlig mangelhaft sei hier die Vorbildung der Herren auf wirtschaftlichem Gebiet.

„Oberflächliches Aburteilen in Hülle und Fülle! Aber gediegene, tiefgründige, auf lebendigem Interesse und Verständnis beruhende wirtschaftliche Arbeit ist so selten, daß jede einigermaßen wertvolle Arbeitsleistung auf diesem Gebiete sofort auffällt.“

Es war ein sehr gutgehumter und sehr frommer Mann, der diesen bösen Einfluß des Corpswesens schilderte: Herr Vosse, damals (1887) Direktor des Reichsamts des Innern, später lange Jahre hindurch preussischer Kultusminister.

Die Studenten und Referendare, die Herr Vosse mit so dunklen Farben malte, dürften heute schon zumeist in den höheren Verwaltungsstellen sitzen, Landräte und Regierungspräsidenten sein, und damit zu jener „Aristokratie des Geistes“ gehören, die Herr v. Hammerstein entzückt.

Die Korpsstudenten-Sitten haben sich seit jener Zeit noch stark entwickelt und die Minister, wie man sieht, gleichfalls.

Die Angelegenheit hat übrigens auch zu einem Konflikt zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus geführt. Das Abgeordnetenhaus hat gegen die Konservativen die Abänderung der Vorschläge beschlossen. Im Herrenhaus wird aber das Referendaren-Gesetz zweifellos wieder den verordneten Regierungspräsidenten überlassen werden. Bereits hat am Montag die Kommission des Herrenhauses die Wiederherstellung der Regierungsvorlage auf den Antrag des Freiherrn v. Planteuffel hin angenommen. Nunmehr muß die Vorlage an das Abgeordnetenhaus zurück. Wenn das sich nicht bekehrt, so fällt das ganze Gesetz unter den Tisch.

## Wahlvorbereitungen.

Aus dem 1. Berliner Wahlkreise. Die Firma Rudolph Herzog ersucht um diese Verächtigung:

„Es ist nicht wahr, daß am Freitagabend den Hausdienern zeitiger Hierabend gegeben wurde, um die konservative Wählerversammlung zu besuchen. Es ist ferner nicht wahr, daß Hausdiener in diese Wählerversammlung kommandiert wurden. Es haben von den angestellten ca. 500 Hausdienern ca. 20, welche in dem ersten Wahlkreise wohnen, aus eigenem Antriebe gebeten, um 8 Uhr, kurz vor Geschäftsschluß, gehen zu dürfen, um der Versammlung beizuwohnen zu können. Dies ist ihnen gestattet worden. Daß also von seiten der Firma irgend eine Beeinflussung der Hausdiener stattgefunden hat, ist unwahr.“

Wir geben diese Darstellung, ohne zu ihr irgendwie verpflichtet zu sein. Denn wir haben überhaupt nicht gesagt, daß die Geschäftsleitung“ der Firma Herzog den Besuch der konservativen Versammlung erzwungen habe. So kommen solche Sachen allerdings nicht zu stande. Das wird vorsichtiger eingestanden.

Inmerhin freut es uns zu vernehmen, daß die Firma Herzog, wenn Angestellte um freie Zeit eruchen, damit sie politische Versammlungen besuchen können, solchen Wünschen gern entgegenkommt. Sicherlich wird die Firma zu diesem Entgegenkommen auch bereit sein, wenn die Angestellten nicht eine konservative Versammlung besuchen wollen! Vielleicht geben die Hausdiener und andre Angestellte bei einer demnächstigen socialdemokratischen Versammlung der Geschäftsleitung der Firma A. Herzog Gelegenheit, ihre gerechte Unparteilichkeit zu beweisen!

Aus der konservativen Versammlung, die am vorigen Freitag stattfand, ist folgendes zu berichten. Der konservative Kandidat Generalmajor a. D. Varel's stellte sich vor, indem er eine Rede ablas und sich durch den rühmlichen v. Wendstern empfehlen ließ. Dieser erging sich gewaltig in anti-socialdemokratischen Geschimpf, behauptete, die Socialdemokratie ruinire den Mittelstand, und stellte sich als der starke Mann vor, der es gewagt habe, in einer Berliner vieltausendköpfigen socialdemokratischen Versammlung seine Anschauungen vorzutragen. Allerdings hätte er sich in hohem Maße Reserve

ausgesetzt, um die erregte Versammlung nicht zu einer tumultuarischen werden zu lassen, jedoch könne er auch anders, wie der heutige Abend beweise!

Es kennzeichnet den ganzen Wendstern, das feige Verbergen seines wirklichen Wesens in der Bodbrauerei-Veranstaltung, das zu dem freilich lächerlichen Versuch bestimmt war, die Arbeiter dort zu tödren, nachträglich mit der Aufguldigung gegen jene Versammlung zu beschönigen, sie würde sonst tumultuarisch ausgeartet sein. Nach dem Bericht anderer Wähler hat v. Wendstern noch deutlicher gesagt, daß es nur seiner Besonnenheit und der seiner Freunde zu danken gewesen sei, wenn es in der Versammlung auf dem Bod nicht zu einer Katastrophe gekommen ist. Erst erklärt sich der Herr v. Wendstern als der Tapfere, der sich in alle Schreden einer socialdemokratischen Versammlung wagt, dann erklärt er sich als der Besonnene, der durch kluge Reserve die Tapferkeit überflüssig macht. Das alles zeigt nur den eiteln Prahlhans. Dem socialdemokratischen Arbeiter ist der Herr v. Wendstern nicht ein Erreger von Jörn, er entsefelt in ihm höchstens mildes Bedauern, vornehmlich aber heiteres Lachen.

In der Diskussion nahm der socialdemokratische Kandidat Dr. Krons das Wort, um vornehmlich die Stellung der Socialdemokratie zum Mittelstand darzulegen. Er erinnerte u. a. die gegen die Arbeiter-Konsumvereine tobenden Konservativen daran, daß die Beamten und Offiziere selbst große Warenhäuser haben zum Schaden der kleineren Geschäftleute! Der Redner hatte sehr starken Beifall. Professor v. Wendstern — nicht der fast reuefähige Generalmajorskandidat! — nahm sofort außer der Reihe der Rednerseite das Wort zu einem Abwehrversuch. Das mißlang ihm, um so eifriger wiederholte er sein Junfergeschimpf. Wir können mit unfrem Erfolg in der gemüthlichen Versammlung sehr zufrieden sein, wir haben auch unter den anwesenden Mittelstandsleuten gewonnen.

Kandidatenwechsel im zweiten Berliner Wahlkreise. Der freisinnige Kandidat im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise, Leontian Gräbner, ist am Sonntag auf der Kanzel von einem leichtem Schlaganfall betroffen worden und hat deshalb seine Kandidatur zurückgezogen. An seiner Stelle soll der Landtags-Abgeordnete und Stadtverordnete Kreitzing als freisinniger Kandidat aufgestellt werden. Herr Kreitzing kandidierte bereits 1898.

Der Aecht sagt gern ein Freisinnliches, des Abends in der Schenke. Der freisinnige Wahlverein Roabit ladet seine Mitglieder zu einem Vortrage über die Befreiung Schleswig-Holsteins ein. Das ist mitten im Wahlkampf, wo die höchsten Interessen des Volkes, wo die politischen Freiheiten auf dem Spiele stehen, ein außerordentlich aktuelles Thema für einen freisinnigen Wahlverein. Werden die freisinnigen Philister sich herausuchen an den zweifelhafte Befreiungssitten der preussischen Reaktion, schwärmen von den mecerumschlungenen Stammverwandten, derweilen uns diese selbe Reaktion im eignen Hause an den Kragen will. Es geht nichts über einen freisinnigen Philister.

An die Frauen wendet sich die „Kreuz-Zeitung“ in einer Empfehlung, die sie der konservativen Wahlbrochure „Vorwärts zu den Wahlen 1903“ schreibt. Die Frauen sollen die Schrift lesen, dann würden sie erfahren, daß nicht die Junier, sondern die Juden schuld seien an der Brot- und Fleischverteuerung. Ist es schon hübsch, daß die „Kreuz-Zeitung“ damit die Thatsache der Teuerung zugiebt, die sonst stets abgeleugnet wird, so ist es weiter erfreulich, daß sie nun auch an die Hilfe der Frauen appelliert, die nach konservativer Behauptung die Politik gar nichts angeht. Wenn die Konservativen von der Durchschlagkraft der Argumente ihrer Wahlbrochure bei den Frauen so überzeugt sind, dann wäre es doch nur in ihrem Interesse, den Frauen das Wahlrecht zu gewähren.

Wie werden übrigens dieser konservativen Schrift, die zu den erbärmlichsten Lügenmachwerken gehört, demnächst einige Worte widmen.

Im Wahlkreise Falkenberg-Großtau sollte erst, wie gemeldet wurde, dem Centrum ein Kandidat des Bundes der Landwirte entgegengestellt werden. In einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung des Bundes in Falkenberg wurde jedoch der Centrumskandidat Hubrich als offizieller Bundeskandidat proklamiert. Herr Hubrich hat die Forderungen des Bundes zu den seinigen gemacht.

## In Baden

ist — wie man uns schreibt — die Aufstellung der Reichstagskandidaturen in nahezu allen Wahlkreisen vollendet. Ingesamt dürften sich am 16. Juni in den 14 Kreisen des Kaiserthums etwa 50 verschiedene Parteikandidaturen gegenüberstellen. In allen 14 Kreisen stellt außer der Socialdemokratie nur das Centrum auf; die Nationalliberalen werden voraussichtlich in 12, die Demokraten in 3—4, der Freisinn in 2, der Bund der Landwirte in 4—5 Kreisen mit eignen Bewerbern auftreten. Der Appell des Kaisers, bei der Auswahl der Kandidaten den „schlichten Mann aus der Werkstat“ zu berücksichtigen, hat bei unsern bürgerlichen Gegnern nicht die geringste Beachtung gefunden: kein einziger Arbeiter, ja selbst nicht einmal ein Vertreter des werktätigen Mittelstandes, ein Handwerker, Kleinrentner oder kleiner Bauer, ist unter den etwa 35 bürgerlichen Kandidaten zu entdecken. Dagegen befinden sich darunter 8 Rechtsanwälte, 8 Staatsbeamte (je 1 Landeskommissar, Finanzrat, Staatsanwalt, Schuldirektor, Gymnasialprofessor, Amtsgerichtsrath, Landgerichtsdirektor, Oberamtmann), 7 Gutbesitzer, 3 katholische Geistliche, 2 Kommerzienräte, 4 Fabrikanten, 1 Chemiker, 1 Gasthausbesitzer. Dagegen ist unter den Kandidaten der Socialdemokratie das handarbeitende Element relativ sehr stark vertreten: 6 derselben sind heute noch in Industrie oder Handwerk thätig (je 1 Zimmerer, Metallarbeiter, Holzschmied, Feilenhauer, Wäfer- und Schuhmachermeister), weitere 5 sind ehemalige Arbeiter (jezt als Kaufmann, Redakteur, Expedient, Verbandsbeamter, Lagerhalter thätig), sodas nur drei unsrer Kandidaten andren Betufen angehören (Buchdruckerbesitzer, Apotheker, Privatier).

Befragung des Kontraktbruchs. Die Agrarcommission des Abgeordnetenhauses hat beantragt, eine Petition der Landwirtschaftskammer in Kiel um Erlas eines Strafgesetzes gegen den Kontraktbruch der Regierung als Material zu überweisen.

Daß das Abgeordnetenhaus ein solches Sklavengesetz, das die Zwangsarbeit einführt, herbeisehnt, ist bekannt.

Der Drehschraff Bäcker, der merkwürdiger und undankbarerweise von den Antisemiten nirgends als Reichstags-Kandidat aufgestellt worden ist, hat, wie nachträglich bekannt wird, vor einiger Zeit einen Strafbefehl von 10 M. erhalten, weil er seinen Verhärtnen auf Kinder gesetzt hatte, die aus dem Konfirmanten-Unterricht kamen. Er glaubte gewiß, sie kämen vom — Rabbiner! —

## Landarbeiterlos.

Der Aufmann G. aus Plunna bei Pr.-Holland (Ostpreußen) hat am 15. d. Mts. seinen Herrn, den Grund- und Mühlenbesitzer M., um etwas Mehl, weil er mit seiner Familie gar nichts mehr zu essen habe, und bereits den Vormittag ohne Frühstück habe arbeiten müssen. M. gab ihm aber nichts. G. erhielt laut Kontrakt für 30 Arbeitstage 1 1/2 Scheffel Roggen. Für 20 Tage, also einen Scheffel, hat G. bereits verdient. M. will aber nicht früher geben, als bis 30 Tage am sind. G. erklärte, daß er doch nicht mit Frau und Kindern hungern und nicht hungrig arbeiten könne. Der Einwand blieb jedoch wirkungslos. G. begab sich nach Elbing zu seinen Verwandten, um sich etwas zu borgen. Am 16. erhielt er aber vom Amt Plunna einen Strafbefehl von 6 M. wegen unberechtigten Verlassens der Arbeit. Er hatte die Arbeit verlassen, um sich Brot, das ihm der Grundherr verweigerte, für seinen hungernden Magen zu beschaffen! G. räumte jetzt die Wohnung, um nach Elbing zu ziehen. Als er aber bereits seine Sachen auf dem Bahnhof, Plunna hatte, kam M. nach und nahm Kleider, Büchenspende sowie das Bettgestell des G. auf seinen Wagen und brachte die Sachen bei sich hinter Schloß. G. muß jetzt mit seiner Frau auf dem Fußboden schlafen

und hat sich wegen Freigabe der Sachen an das Landratsamt Br. Holland gewandt. Gegen den Strafbefehl hat er richterliche Entscheidung beantragt.

Hier ist die Not der Landwirtschaft! Dieser Not abzuhelfen, ist unser heißestes Bestreben!

**Aus dem anhaltischen Landtage.** Die Aufnahme einer ganzen Anzahl von Nichtanhaltenern in die Wählerliste eines Bezirkes des Dessau-Altener Landkreises hat, wie der Minister v. Dallwig am Donnerstag selber mitteilte, eine sehr eigentümliche Ursache gehabt. Der Ortschulze Samberg in Hinderdorf hatte auf Verlangen der Kreisdirektion, wieviel Urwähler er habe, geantwortet, es seien ca. 120. Nachmals befragt, wieviel es genau seien, antwortete er, 115. Die Zahl entnahm er der vorigen Wählerliste. Nachträglich stellte sich heraus, daß er so viel nicht zusammenbekam. Darauf schrieb er, wie er zu Protokoll gegeben hat, eine größere Anzahl (18) Leute hinein, von denen er wußte, daß sie Nichtanhaltener seien, bloß um die Zahl voll zu kriegen. Er habe geglaubt, die kämen doch nicht zur Wahl. Daß die Dineingeführten keine Socialdemokraten waren, braucht nicht erst versichert zu werden.

In Bezug auf den Pastor, der die gegnerischen Protestler führte, müssen wir berichten, daß er den Vorwurf nicht verdient, nachträglich durch Antrag auf Ungültigkeit derjenigen Wähler, die vorher gültig sein sollten, eine Auffassung je nach Bedarf betätigt zu haben. Im Gegensatz zu mehrfachen Aufforderungen, die diesbezüglich an ihn herangetreten, hat er ganz im Sinne derjenigen Auffassung, die die socialdemokratischen und liberalen Kritiker im Landtage befundet haben, sich geweigert, diesen Antrag auf Ungültigmachung der vorher von seinen Parteigenossen für gültig beantragten Wähler in seinen Protest mit aufzunehmen.

Das vom Landtage in seiner Mehrheit empfohlene ungefehlte Verfahren, bei einer einzelnen Neuwahl sämtliche Wähler, auch die gültig gewählten, neu wählen zu lassen, hat der Landtag ein zweites Mal empfohlen, indem er eine zum zweitenmal eingebrachte Resolution Peus, die das gefällte Verfahren der Wahl durch die übrig gebliebenen gültig gewählten Wähler forderte, wiederum gegen die socialistischen und linksliberalen Stimmen ablehnte, obwohl Peus den schlagenden Nachweis lieferte, daß dann zwei Klassen gültiger Wähler neben einander in einem Wahlkreise zu stände kämen, indem, wenn z. B. in einem Wahlkreise, wo zwei Abgeordnete gewählt werden, durch Ungültigwerden von Wählern ein Abgeordneter die erforderliche Majorität einbüßen und der andere sie behalten könne. Dann bleibe ein Abgeordneter gültig, was gültige für die ganze Legislaturperiode geltende Wähler voraussetze, während nach Auffassung der Landtagsmehrheit für den zweiten Abgeordneten dann neue Wähler zu wählen seien, die dann auch gültig wären. Vergeblich, die Mehrheit entschied wider alle Vernunft. Daß die ungültig gewordenen Wähler der in Frage kommenden Kreise gegnerische sind, hatte darauf natürlich keinen Einfluß.

## Ausland.

### Die Corteswahlen in Spanien.

Die am Sonntag vollzogenen Corteswahlen, die nach den eingelaufenen Berichten wiederum in einer Reihe von Umwälzungen und blutigen Zusammenstößen geführt haben, sind für die Republikaner recht günstig ausgefallen. Soweit sich bisher erkennen läßt, haben sie in Madrid, Barcelona, Saragossa, Palencia, Valencia, Murcia, Palma de Mallorca, Coruna, Granada die Mehrheit erlangt. Die Willfährigkeit des silbernen Kabinetts gegen die Wünsche des Vatians, die in letzter Zeit bald hier, bald dort herorgetretene Korruption der höchsten Verwaltungsbehörden, das provokatorische Verhalten der Polizei gegenüber den Studentendemonstrationen in Salamanca haben ersichtlich in den liberal-monarchischen Kreisen verstimmt und dem Republikanismus neue Anhänger gewonnen. Dazu kommt, daß der vor einiger Zeit unter Salmerons Leitung erfolgte Zusammenschluß der kleinen republikanischen Richtungen zu einer nach außen einheitlich auftretenden, geschlossenen Partei die Aktionskraft der Republikaner wesentlich erhöht hat.

Daß trotzdem Silvela eine Regierungsmehrheit erlangen wird, ist sicher. Er hat sich stets als guter Wahlmacher erwiesen, der den Regierungs-Wahlapparat trefflich zu handhaben versteht, und er darf zudem diesmal als Dank für seine Dienstwilligkeit gegenüber den Ansprüchen des Vatians und der Wächersorden auf eine ganz besondere Unterstützung des mächtigen Klerus rechnen. Die halb- und ganz ländlichen Kreise, vornehmlich Andalusien, Extremadura, Murcia, Kastilien werden sicherlich nur konservativ-kerikale Regierungskandidaten ernennen.

Wie die Wahlen für die Socialdemokratie ausgefallen sind, läßt sich noch nicht erkennen. Aussichtsvoll waren für die socialistische Arbeiterpartei nur zwei Madrid Wahlkreise und der Stadtkreis Bilbao; doch scheint in keinem dieser drei Kreise der socialistische Kandidat die Mehrheit der Stimmen erlangt zu haben.

Der „Woffischen Zeitung“ wird telegraphisch gemeldet: Die gestrigen Wahlen lassen ein überraschendes Anwachsen republikanischer Stimmen erkennen. In Madrid erzielten sie 29 000 Stimmen, während es die Monarchisten auf höchstens 15 000 brachten. Die Wahlergebnisse sind noch nicht vollständig bekannt, man berechnet aber, daß 34 Republikaner (gegen 17 im vorigen Kongreß) gewählt worden sind.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Obstruktion gegen den Zollwucher.

Wien, 27. April. Die socialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus beschloß, gegen die Zölle auf Agrarprodukte, welche im neuen Zolltarif eine Erhöhung bis zu 20 Proz. erfahren haben, mit allen Mitteln zu obstruieren.

Die Obstruktion und Staatsstreik in Ungarn. Budapest, 27. April. Ministerpräsident v. Szell erklärte im Verlaufe der Indemnitätsverhandlung, daß die Erledigung des Staatshaushalts-Provisoriums keine Vertrauensfrage bilde, da das Vertrauen sich in anderer Weise kundgeben könne. Der Wille der Regierung, das Budget vorzulegen, entspreche die Pflicht der gesetzgebenden Körperschaft, den Vorschlag zu erörtern. Das Anerbieten Kostulfs, dem Budget-Provisorium gegenüber nicht zu obstruieren, falls die Regierung in den nächsten vier Monaten die Verhandlung über die Beherrschung nicht fortsetze, weist Szell zurück, da dies ein verstecktes Fallenslassen der Wehrvorlage bedeuten würde.

Was die Obstruktion betrifft, so beruft sich Szell auf Präzedenzfälle im englischen Parlament, welche zeigen, daß unter gleichen Verhältnissen, nämlich wenn das Budget nicht angenommen werden konnte, doch die Fortführung der Geschäfte und die Erfüllung der Staatsaufgaben geboten sei. „Ich bin vor der Alternative gestanden, entweder eine Verschärfung der Hausordnung herbeizuführen, so daß jede Obstruktion unmöglich wird, oder die öffentliche Gewalt so unparteiisch und so maßvoll zu handhaben, daß jede Obstruktion als schände Ungerechtheit erscheinen muß. Ich habe letzteres gewählt. Alles läßt sich gutmachen“, ruft der Ministerpräsident, „man kann Irrtümer verbessern, schlechte Gesetze ändern, andre aufheben. Eine Verletzung der Verfassung, eine Mißachtung des Gesetzes ist nie zu reparieren!“ (Stürmischer Beifall rechts.)

### Frankreich.

#### Fürst Münsters Brief über die Dreyfuß-Affaire.

Paris, 26. April. In einem Schreiben Joseph Reinas an den Grafen Felix de Bourbonne, wodurch die Hostilität der von Bourbonne verbreiteten Fabel betreffs des bekannten Vorderaus bewiesen werden soll, gibt Reinas einen Brief wieder, welchen der verstorbenen Vorkämpfer Fürst Münster am 20. Mai 1901

aus Wüdeburg an ihn gerichtet habe. In diesem Briefe heißt es: „Als die Affaire Dreyfuß begann, fragte ich Schwarzkoppen, ob er irgend etwas über Dreyfuß wisse, er versicherte mir in der bestimmten Weise, daß er keinerlei Beziehungen zu Dreyfuß gehabt habe. Ich ließ an den Kriegsminister und Generalstab in Berlin schreiben, und erhielt die Antwort, daß ein Offizier Dreyfuß nicht bekannt sei und daß unter Befehlern niemals irgend welche Beziehungen zu ihm gehabt hätten.“ Bezüglich der bekannten Unterredung mit dem Präsidenten Casimir Perier und Herrn Dupuy heißt es in dem Briefe des Fürsten Münster weiter: „Ich glaube nicht, daß Schwarzkoppen Esterhazy vor dem Jahre 1893 gekannt hat. Ich weiß nicht, auf welche Weise Esterhazy seine Dienste angeboten hat, ob mündlich oder schriftlich.“ Ferner citiert Reinas ein an ihn gerichtetes Schreiben Casimir Periers vom 22. November 1897, worin Casimir Perier anlässlich eines von gewissen Personen gefällten Briefes Kaiser Wilhelms II. seine Entrüstung über die „standalösen Erfindungen“ ausdrückt.

### Der Kongregationswist.

Rancy, 26. April. In Saint Nicolas bei Port betrieb heute nachmittag eine herbeigeilte Menge die Journalisten, welche zu dem Redemptoristenkloster gekommen waren, mit Steinwürfen. Drei Personen wurden verletzt. Militär mußte einschreiten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Es herrscht große Erregung.

Paris, 27. April. Ohne Zwischenfall sind heute morgen die Siegel an das Kapuziner-Kloster in Versailles und die Abtei in Herbénet gelegt worden. Die Vollstreckung veranfaßte Kundgebungen und rief: „Es lebe die Freiheit!“

Annecy, 27. April. Die Kapuziner des Klosters in La Roche sind heute früh, ohne daß es eines Einschreitens der nach La Roche entsandten Militärs bedurfte, ausgewiesen worden; sechs Mönche wurden verhaftet.

Marseille, 27. April. Vor dem hiesigen Kloster der Kapuziner kam es zwischen den Anhängern der Kapuziner, welche das Kloster bewachten, und den Gegnern derselben zu Zusammenstößen.

### Belgien.

#### Ein kerikaler Finanzkubist.

Brüssel, den 22. April.

Der kerikale Magistrat de Termicourt hat vor Wochen gegen den socialistischen Abgeordneten Bertrand eine Verleumdungssklage angebracht. De Termicourt ist ein kerikaler Heißhörn und Richter am Appellationshof zu Brüssel, diese Eigenschaft hinderte ihn aber nicht, an einer ziemlich Anzahl oberflächlicher Erklärungen teilzunehmen. Deswegen ging der Abgeordnete Bertrand gegen ihn im „Peuple“ etwas unsanft vor. Der kerikale Herr lud seinen Kritiker vor den Stuhl. Dies war nur zu begrüßen. Aber welche Beweggründe gerade diesen durch handgreifliche Verweise belasteten Gründer zur Furcht in der Öffentlichkeit getrieben haben und ihm noch oben drein den Rechtsbestand des Chefs der kerikalen Partei Boeste verschaffen, läßt sich schwer sagen. War es Courage? oder war es Unberücksichtigung?

Diese Fragestellung erklärt sich durch den Umstand, daß trotz der deutlichen Sprache, welche die socialistische Presse seit langer Zeit den Gründern gegenüber führt, kaum einer es der Nähe wert gefunden hat, die Wahrheit gerichtlich feststellen zu lassen. Belgien ist jungfräulicher Boden für saule Gründungen. Finanzleute mit wenig Sceptel und ein bißchen Talent können umgestört und profitbringend die riesige Unkenntnis der Bevölkerung in Geldgeschäften und die geradezu ungläubliche Vertrauensseligkeit ausbeuten. Die Gesehgebung bietet ihnen kaum ein Hindernis.

Die viele Tage währenden Verhandlungen, die von der socialistischen Presse ausführlich wiedergegeben wurden, verfolgte die Öffentlichkeit mit gespannter Aufmerksamkeit, nicht nur, weil es sich um zwei politische Persönlichkeiten handelte, sondern auch weil man bei dieser Gelegenheit begierig war, wie diesmal die Probe auf das Exempel der so viel gerühmten Unabhängigkeit des Richterstandes ausfallen werde.

Gestern hat nun endlich der Urteilspruch den Bann gelöst: er bestätigt dem Abgeordneten Bertrand, daß er sein Recht nicht überschritten habe, und verurteilt den kerikalen Gründer zur Tragung der Gerichts-kosten.

Dieses Urteil thut die mitgerichtete kerikale Presse, soweit sie es nicht mit Schweigen übergeht, mit dem Wize ab, in Belgien beginne nun auch die Ära des „guten Richters“ anzubringen. Die liberalen Blätter bleiben fast alle ihrer Wenn-Über-Stellung treu. In der socialistischen Presse, deren Kampf gegen die Korruption durch das Urteil geodrt und gefördert wird, herrscht große Freude. Sie spricht lobend von einem sozialen Urteil u. dergl. Diese Freude ist unserer Presse wohl zu gönnen. Nur dürfte die Freude keine vorbestaltlose sein, denn dazu ist die Ursache zu gering. Die Richter, deren „Unabhängigkeit“ sonst so viel zu wünschen übrig läßt, wenn es sich gegen Arbeiter und Socialisten handelt, haben diesmal nur bewiesen, daß sie mit gutem Instinkt ausgestattete Bourgeois sind. In diesem Prozeß über den sich die Bevölkerung, unter der sich zahllose Opfer der Gründer vom Schlage des Herrn de Termicourt befinden, schon ein Urteil gebildet und auf die Seite des Beklagten gestellt hatte, war es für die Bourgeois im Talar schwer, die sonst bethätigte „Unabhängigkeit“ weiter darzuthun. Die Sache war diesmal zu klar, die Beweise zu durchschlagend, die Spannung der breiten Volksschichten zu groß. Ein dem Abgeordneten Bertrand, der socialistischen Presse unangünstiges Urteil hätte der bürgerlichen Rechtsprechung den wenigen Kredit vollends genommen. Um ihr den Nimbus der Gerechtigkeit zu erhalten, mußten die Bourgeois-Richter eben ein Stück ihres Fleisches opfern.

### Schweden.

Einigungsämter für Arbeitsfreitigkeiten. Die Zweite Kammer des schwedischen Reichstages hat den Gesetzentwurf der Regierung über Anstellung von Vergleichsmännern für Arbeitsfreitigkeiten mit der Aenderung angenommen, daß nicht die Vergleichsmänner das Recht haben sollen, sachkundige Personen nach eigener Wahl zu Rate zu ziehen, sondern diese durch die Parteien ernannt werden.

Der Gesetzentwurf stieß bei einem Teil der Kammermitglieder auf heftigen Widerstand, wurde aber von den Socialdemokraten Riels Persson und Thorsson entschieden verteidigt, wenn auch mit der Einschränkung, daß man das Gute nehmen müsse, sofern das Beste nicht zu erreichen sei. Der Minister des Innern führte zur Verteidigung des Gesetzes aus, daß die Arbeitskonflikte jedes Jahr in solchem Maße zunehmen, daß es im allgemeinen Interesse liege, wenn ein Gesetz dieser Art zu stände käme. Die principielle Abstimmung ergab 109 Stimmen für und 88 gegen den Entwurf. — Die Erste Kammer hat sich noch nicht mit dem Gesetz befaßt.

### Hien.

#### Zum Mandchurien-Streit.

Yokohama, 26. April. Die letzten Forderungen Russlands an China bezüglich der Mandchurien bilden den Gegenstand der Erörterung der japanischen Presse. Sogar die Blätter, die bisher in der Mandchurienfrage Mäßigung zeigten, schließen sich nun der Ansicht an, daß die Zeit gekommen sei, daß alle an der Integrität und der Entwicklung der kommerziellen Hilfsquellen Chinas interessierten Mächte eine feste Haltung Russland gegenüber zeigen müßten.

Washington, 27. April. Staatssekretär Hay hatte gestern nachmittag in seiner Wohnung mit dem russischen Vorkämpfer Grafen Cassini eine Besprechung über die Mandchurien-Angelegenheit. Der amerikanische Vorkämpfer in Petersburg Mr. Cormid ist angewiesen, dem russischen Ministerium des Auswärtigen eine Note zu überreichen, welche, obgleich sie nur als Anfrage gehalten ist, in Wirklichkeit einen starken Protest darstellt. Ferner sind dem amerikanischen Gesandten in Peking G. C. Conger Anweisungen überhandt worden, China gegenüber das Mißverhältnis der Vereinigten

Staaten über die russischen Forderungen und die Hoffnung auszusprechen, daß China nicht auf dieselben eingehen werde.

### Afrika.

Kämpfe in Somali. Aus Boholle wird vom 25. April gemeldet: Zwischen der Kolonne unter Major Gough und Kruppen des Kullah hat bei Danop, südwestlich von Boholle, ein Gefecht stattgefunden. Der Verlust auf Seiten der Engländer beträgt 13 Tote, darunter 2 Offiziere; außerdem wurden 4 Offiziere verwundet. Der Feind hatte 200 Tote.

### Amerika.

Vom Kuffand in Venezuela. Nach einer jetzt über New York kommenden Meldung aus Willemstad vom 21. April sind die venezolanischen Regierungstruppen bei El Guapo, Paraguanime, San Felipe und Maron geschlagen worden. Die kuffandischen haben La Bela de Coro geräumt und sind jetzt in fester Stellung in der Nähe von Coro.

Santa Domingos (Meldung der „Agence Havas“): Die Revolutionspartei hat eine provisorische Regierung eingesetzt, die sich wie folgt zusammensetzt: Präsidium Alejandro Wofsch-Gil, Inneres General Miguel Lebles, Aeuheres Fidelio Despradel, Justiz Enrique Henriquez, Finanzen Rafael Gamba, Öffentliche Arbeiten José Braque, Krieg und Marine Dionisio Freitas und Posten und Telegraphie Francisco Desjean.

## Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel im ersten Vierteljahre 1903. Das soeben vom Statistischen Amt herausgegebene März-Heft der monatlichen Nachweise über den Außenhandel des deutschen Zollgebietes bringt die Ein- und Ausfuhrziffern für das erste Quartal des laufenden Jahres, die eine erhebliche Zunahme gegenüber den ersten drei Monaten 1902 zeigen. Es betrug:

1. Die Einfuhr (in Tonnen zu 1000 Kilogramm): 9 769 485 gegen 8 448 901 und 8 901 872 in den beiden Vorjahren. Von 48 Zolltarifnummern zeigen 35 eine zunehmende, 8 eine abnehmende Einfuhr. Unter den Tarifnummern mit steigender Einfuhr ragen hervor: Kohlen mit über ein Drittel der Gesamteinfuhr (+ 487 841), Erden, Erze (+ 347 607), Getreide und andre Landbau-Erzeugnisse (+ 131 258), Holz (+ 81 022), Abfälle (+ 75 623), Erdöl (+ 35 270), Del und Fette (+ 32 108), Steine, Baumwolle und Baumwollwaren, Droguen, Apotheker- und Farbwaren.

2. Die Ausfuhr (in Tonnen zu 1000 Kilogramm): 9 152 026 gegen 7 422 344 und 7 234 414 in den beiden Vorjahren. Von 43 Zolltarifnummern zeigen 36 eine stärkere, 7 eine geringere Ausfuhr. Unter jenen ragen hervor: Kohlen mit fünf Neuntel der ganzen Ausfuhr (+ 1 105 514), Erden, Erze (+ 369 067), Eisen (+ 171 074), Droguen, Apotheker- und Farbwaren (+ 36 889).

Die Einfuhrwerte stellen sich folgendermaßen (in 1000 Mark): 1 508 302 gegen 1 378 057 und 1 299 439 in den beiden Vorjahren. Edelmetall-Einfuhrwerte: 19 613 gegen 37 633 und 19 504. Mit wesentlich höheren Einfuhrwerten sind beteiligt: Abfälle, Baumwolle, Droguen usw., Flach, Getreide, Häute, Holz, Kaufschul und Wollwaren, Del und Fette, Kohlen, Vieh, während nur die Edelmetalle einen scharfen Rückgang brachten. Besonders bemerkenswert erscheint die Zunahme der Einfuhr bei Eisen und Eisenwaren um 2/3, Millionen.

Die Ausfuhrwerte (in 1000 M.): 1 205 021 gegen 1 080 064 und 1 072 872. Die Edelmetall-Ausfuhr war erheblicher als in den beiden Vorjahren; sie ergab 32 463 gegen 18 672 und 20 468. Mit wesentlich höheren Ausfuhrwerten sind von den 43 Zolltarifnummern 34 mit höheren Ausfuhrwerten beteiligt: Baumwolle und Waren daraus, Droguen, Apotheker- und Farbwaren, Eisen- und Eisenwaren, Erden, Erze, Edelmetalle, Getreide, Kupfer, Papier, Kohlen, Seide, Seidenwaren, Wolle und Wollwaren. Von besonderer Erheblichkeit ist der Anstieg von 11 Millionen Mark bei Materialwaren, der nur auf die verminderte Judentausfuhr zurückzuführen ist.

Saatenstand im Deutschen Reich. Dem Bericht über den Saatenstand in Preußen ist jetzt auch der für das ganze Reich gefolgt. Danach war der Stand um die Mitte des Monats April im Vergleich zu derselben Zeit in den vorausgegangenen fünf Jahren (Rr. 1 bedeutet sehr gut, Rr. 2 gut, Rr. 3 mittel (durchschnittlich), Rr. 4 gering, Rr. 5 sehr gering):

	Winter-Weizen	Winter-Getreide	Winter-Roggen	Alee	Getreide	Weizen
Deutsches Reich April 1903	3,2	2,5	2,9	2,5	2,6	2,5
Dagegen im November 1902	2,6	2,4	2,8	2,4	—	—
" " April 1902	2,2	2,0	2,2	2,4	2,3	2,4
" " 1901	3,0	2,2	2,8	2,9	2,6	2,5
" " 1900	2,7	2,5	2,9	3,0	2,7	2,8
" " 1899	2,8	2,3	2,7	2,6	2,5	2,5

Zur Erläuterung der vorstehenden Ziffern fügt der Bericht des Statistischen Amtes hinzu:

Nachdem schon im Oktober v. J. empfindliche Nachfröste das Reimen der Saaten beeinträchtigt hatten, setzte bald nach Mitte November im ganzen Reich der Winter mit strengem, trockenem Frost ein, unterbrach die durch die ungünstige Witterung des Sommers sehr verspätete Herbstbestellung und hinderte die späten Saaten an der nötigen Bestodung. Nach einigen Wochen milderer Witterung folgte im Januar wiederum strenge Kälte ohne erhebliche Schneefälle. Februar und besonders der März brachten dann, abgesehen von einigen kurzen Kälteperioden, ungewöhnlich warme, trockene Witterung, bis sich im Anfang April wieder allgemein ein starker Rückgang der Temperatur einstellte, der um die Mitte des Monats in starken Frösten, Stürmen und bedeutenden Schneefällen seinen Höhepunkt erreichte. Durch das nachfolgende Aprilwetter wurde die im März unter sehr günstigen Witterungsverhältnissen begonnene und vielfach schon weit vorgeschrittene Frühjahrbestellung jäh unterbrochen.

Die wegen der ungünstigen Sommer- und Herbstwitterung vielfach verspätet eingebrachten Wintersaaten konnten sich infolge des schon Mitte November eingetretenen Frostes nicht recht bestoden und gingen meistens dünn in den Winter. Die Fröste ohne Schneedecke verursachten dann vielfach Auswinterung, weniger bei Roggen und Spelz, stärker beim Weizen, namentlich bei dem englischen. Ein endgültiges Urteil über die notwendig werdenden Anpflügungen läßt sich noch nicht bilden. Bei dem ungewöhnlich warmen Wetter im März machte das Wachstum schnelle Fortschritte, und viele dünne Saaten konnten sich noch etwas erholen, die nachfolgende Witterung des April mit starken Nachfrösten, Stürmen und Schneefällen hat aber leider wieder eine vollständige Stodung der Vegetation mit sich gebracht. Eine etwas bessere Beurteilung als die Wintersaaten erfährt der Alee, obgleich auch hier Anpflügungen nötig sind.

Union, Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin. In der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung wurde den Vorschlägen gemäß beschloffen, von dem Netto-Uberschuß von 316 172 M. der Dispositions- und Dividenden-Reserve 130 000 M. und den Wohlfahrts-Einrichtungen für die Beamten 60 000 M. zuzuwenden, sowie 12 Proz. Dividende an die Aktionäre zu verteilen und den nach Abführung der Titulenden verbleibenden Rest von 6311 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Baukempner. Eine zahlreich besuchte Kämpnerversammlung fand am Sonntag bei Keller statt, um zu den Vorschlägen der Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Cohen, der über die Verhandlungen vom Donnerstag berichtete, hob ausdrücklich hervor, daß nicht — wie die „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer neuesten Nummer ihren Lesern erzählt —

der Gesellenausführung an die Forderung herangetreten ist, um zu verhandeln, sondern die Meister es waren, die die Verhandlungen anführten. Ebenso haben sich die Meister, trotz ihrer früheren antizipierten Proteste, veranlaßt gesehen, den Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen und bei der Leitung der Verhandlungen sich dem Grundsatze der Parität anbequemen. Daraus sowie aus der Haltung der Meister, die unter anderem erklärten, daß ihre mit vieler Mühe ausgearbeitete Accordtarif „nicht so ernst gemeint“ sei, ist zu erkennen, daß die Arbeiterorganisation die größere Macht in Händen hat. Die Abstimmung am Freitag, bei der nicht ein einziger der Streikenden für die Annahme des Angebots von 57 1/2 Pf. Stundenlohn zu haben war, zeigt deutlich, daß sie an ihrer Forderung festhalten wollten. Der Referent wies am Schluß seiner Ausführungen auf die Versuche von Unternehmern, ihre Arbeit durch Gründung von Scheinfirmen fertiggestellt zu erhalten, hin. So hat sich der Buchhalter oder Geschäftsführer Franke von der Firma Moritz Schulz in der Straßburgerstr. 37 als selbständiger Kleinwerkmeister etabliert. Die Organisation ist jedoch gleich dahinter gekommen, daß es sich hier um solche Scheinfirma handelt, so daß dieser Versuch, wie alle dergleichen Versuche, scheiterte. — In der Diskussion äußerten sich sämtliche Redner durchaus ablehnend über das Angebot der Meister. Unter anderem wurde scharf betont, daß sich die Streikenden in keiner Weise von den Führern, wie Arbeitgeber behaupteten, am Gängelbande führen lassen, sondern nur nach eigenem Ermessen urteilen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den mit den Meistern gepflogenen Verhandlungen und erklärt: Mit dem Mindestlohn von 57 1/2 Pf. pro Stunde können wir uns nicht zufrieden geben. Wir haben 60 Pf. gefordert und werden nicht nachgeben, bis die Meister sich bereit erklären, 60 Pf. zu zahlen. Ganz besonders sehen wir deshalb keine Veranlassung zum Nachgeben, weil bereits der größte Teil der Berliner Bauknechte einen Mindestlohn von 60 Pf. hat.“

Ferner beschloß die Versammlung, daß am 2. Mai eine Extrafeier von den in Arbeit stehenden Bauknechten von 1 M., von den Werkstattknechten in der Höhe von 50 Pf. zu entrichten ist. Der Betrag soll an die am 26. April noch im Streit befindlichen Kollegen als Mitgliedsbeitrag ausgezahlt werden; ob der Streik am 2. Mai beendet ist oder nicht, ist dabei gleichgültig.

### Zum Streit der Kutscher und Wurschen von der Ringmühl-Centrale.

Am Sonnabend, als sich die Ausständigen ihren Lohn von den ersten drei Tagen der Woche holten, wurde an jeden einzeln das Erfordernis gestellt, doch zu arbeiten. 20 von den streikenden Kutschern könnten noch eingestellt werden. Alle lehnten dies Ansuchen ab und erklärten, nur dann die Arbeit aufzunehmen, wenn ihren gerechten Forderungen Rechnung getragen würde. Darauf erhielten alle ihre Abgangsbekanntmachung. Die Kautions wurde den Kutschern aber nicht gleich ausgezahlt. Diefelbe beträgt insgesamt ungefähr 6000 M. Die Kutscher hatten einmütig zusammen, kein einziger ist abtrünnig geworden.

Der Streit ist infolgedessen in ein ernstes Stadium getreten, als sich die jungen Wurschen, welche als Ruffahrer verbandt werden, mit ihren Kutschern solidarisch erklären. Hierzu trug unter anderem auch das Vorgehen der Geschäftsführung bei. Am Sonnabend wurden verschiedenen Wurschen Lohnabzüge von 1 bis zu 3 M. gemacht, und zwar für angeblichen Schaden, welchen die Streikbrecher verursacht hätten. Am Montag früh nahmen einige 30 Wurschen die Arbeit nicht wieder auf, obgleich man ihnen gut zuredete und die Kontrollen auf offener Straße nach ihnen Jagd machten. In der gestrigen Versammlung erklärten sich 112 Wurschen mit den Kutschern solidarisch. Sie werden heute früh die Arbeit ebenfalls nicht antreten. In Anbetracht dessen, daß man den Streikbrechern anstatt 24 M. Lohn, wie sonst in dem Betriebe üblich ist, jetzt 27 M. pro Woche zahlt, beschloßen die Kutscher nunmehr, ihre Forderungen neu zu formulieren. Diefelben lauten: Wiedereinstellung der beiden Gemahrgestellten, vom 1. Mai ab einen Lohn von 27 M. pro Woche, Abschaffung resp. Verringerung der Strafen, Schaffung einer Arbeitsordnung nach Maßgabe des § 184c der Gewerbe-Ordnung, sowie Einsetzung eines Aufsichtes.

Die Wurschen fordern Wiedereinstellung aller ausständigen Kutscher sowie eine Lohnerhöhung von 1 M. pro Woche. Der Ausgangslohn soll anfangs wie bisher 8,50 M., 9,50 M. betragen.

Diese Forderungen sind sofort der Centrale durch den Verband übermittelt worden.

Mit der Lohnbewegung der Treibriemen-Sattler beschäftigte sich am Sonntag eine Versammlung in den Anninshallen. Aus dem Referat Wehbers und der lebhaften Debatte ergab sich, daß verschiedene Unternehmer der Organisation auf die Einsetzung des Lohns nicht geantwortet hatten, weil sie mit dem Verband, „den bezahlten Leuten“, nichts zu tun haben wollten. — Den Firmen, die gleich bewilligt hatten, sind noch einige andere gefolgt. Auch bei der Firma Friedrich Schulz, Rammnitze, ist die Durchführung der Forderungen infolge Eingreifens der Organisation gelungen, obwohl die Kollegen dort in letzter Zeit nicht organisiert waren. Bei Rüger u. Mallon dauert der Streit fort. Herr Ernst Schulz, Ludowicstraße, hat sich bereit erklärt, die Forderungen zu bewilligen; er will jedoch einen der beiden gemahrgestellten Kollegen nicht wieder mit einstellen, weil dieser ihn persönlich verunglimpft habe. Der betreffende Kollege will seinerseits auf die Wiedereinstellung verzichten. Die Versammlung billigte dies und erklärte sich mit der Wiederaufnahme der Arbeit bei Ernst Schulz einverstanden unter der Bedingung, daß Schulz die Forderungen schriftlich anerkennt und alle anderen Kollegen, mit Ausnahme jenes einen, wieder einstellt. Die Sattler der Firma Diesner wollen am Montag, den 27. April, die Forderungen geltend machen. Bei ihnen handelt es sich nur noch um die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden bei gleichbleibenden Löhnen und um den Aufschlag von 25 Proz. für Überstunden. Die Versammlung stimmte dem Vorgehen der Kollegen sowie einer eventuell notwendig werdenden Arbeitsniederlegung zu. Weiter wurde der Verbandsbeamte beauftragt, mit den Inhabern der Firma Rüger u. Mallon zwecks Verhandlungen in Verbindung zu treten. — In der vom Verband geleiteten Streikunterstützung soll aus Lokalmitteln (aus gesammelten Beiträgen und dem Rest der ehemaligen Lokalkasse) ein Zuschlag von je 3 M. pro Woche gezahlt werden.

**Streik der Müllkutscher der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer.** In die Müllkutscher Berlins wurde vor einiger Zeit von einzelnen Firmen das Ansuchen gestellt, anstatt wie bisher zwei, jetzt drei Führer zu fahren. Durch das einmütige Zusammenhalten der Kutscher und Schaffner wurde diese Angelegenheit bei einigen Firmen durch Verhandlungen beigelegt. Rummebe sollte auch von Montag ab die dreimalige Tour bei dem gemahnten Unternehmer der Wirtschaftsgenossenschaft eingeführt werden. Am Montag fanden deswegen Verhandlungen statt. Diefelben hatten kein Resultat, die Kutscher legten deshalb die Arbeit nieder. Von den circa 50—60 Müllwagen des Betriebes konnten nur 10 mit fremden Arbeitswilligen besetzt werden, wovon drei Wagen nach abweislichem Umherstreifen in der Stadt wieder zurückkamen, da die Streikbrecher die schwere Arbeit nicht leisten konnten. Daß sich nur wenig Arbeitswillige für 4 M. bei 14—16stündiger Arbeitszeit fanden, geht daraus hervor, daß die im Betriebe beschäftigten Maler und Schmiebe zuletzt noch herangezogen werden mußten. Die Situation ist günstig für die Kutscher. Diefelben treten nur unter den alten Bedingungen, das heißt, dem Dreiführer-System, wieder ein, und zwar unter der Voraussetzung, daß alle Kutscher wieder eingestellt werden und keine Maßregelungen stattfinden.

**Zum Streit der Staffature.** Am Montag beschäftigte sich wieder eine Versammlung mit dem Stande der Lohnbewegung. Der Vertrauensmann gab zunächst bekannt, daß nunmehr 40 Firmen mit 341 arbeitenden Kollegen die Forderungen unterschriftlich anerkannt haben. Beteiligt haben sich bis dahin am Ausstände 829 Gehilfen in 98 Betrieben. Bei der Baukontrolle sind 8 Arbeitswillige festgestellt worden, die dem Verbands angehören. Die

55 Firmen, welche sich bisher noch ablehnend verhalten haben, gehören fast alle der freien Vereinigung an. Bei diesen Firmen scheint der Hauptablenkungsgrund darin zu bestehen, daß sie nicht von Organisation zu Organisation verhandeln wollten; es sei ja bedeutend, daß die maßgebenden dieser Firmen einige Hauptforderungen, wie z. B. die 8 1/2stündige Arbeitszeit, das Wasserherausrufen usw. durch Hilfsarbeiter durch Einführung in ihren Betrieben anerkannt haben. Es gelte nun, dafür einzutreten, daß diese Arbeitgeber-Korporation die Organisation der Arbeiter als gleichberechtigt anerkennt.

**Zur Aussperrung in der Holzbearbeitungsbranche.** Die Führer der Holzindustriellen fahren fort, durch Inserate Verträge für die Maschinenarbeit zu suchen und citieren die armen Arbeitslosen auf Stellen hin, wo alle Plätze besetzt sind. Die Handlungsweise erscheint hauptsächlich als großer Unfug. Würden die Schaufmacher der Holzindustrie von der Holzbearbeitung etwas verstehen, dann müßten sie einsehen, wie unangebracht es ist, Lehrlinge in Masse auszubilden. Die gemeingefährliche Handlungsweise der Unternehmer hat wieder einen Unfall herbeigeführt. In der Möbelfabrik von Jetter u. Blaten hat sich ein junger Mann vier Finger einer Hand abgeholt. Dieser Fall ist nicht vereinzelt. Während des Streiks haben verschiedene mit den Maschinen nicht vertraute Personen ihre Gliedmaßen verloren. Dieses sei hiermit zur Warnung mitgeteilt. Die größte Klage wird von den Herren Arbeitgebern über die hohen Beiträge für die Unfallversicherung geführt. Die jetzige Handlungsweise ist wirklich nicht dazu angethan, die Beiträge zu vermindern. Zur Bewegung selbst sei mitgeteilt, daß weitere fünf Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen haben. Ausgesperrt sind noch 52 Maschinenarbeiter.

**Achtung, Steinseher und Kammer!** Der Vorstand des Verbandes ersucht uns, mitzuteilen, daß in der Anzeige der Monatsversammlungen in der Sonntagsnummer ein Irrtum enthalten ist. Richtig ist: Die Versammlung der Steinseher ist bei Rümmer in der Brunnenstraße 188, die Versammlung der Kammer und Hilfsarbeiter Bergstr. 12.

**Achtung, Treibriemen-Sattler, Sattler aller Branchen!** In der Treibriemen-Fabrik von Hugo Diesner, Schleißh. 33, haben die dort beschäftigten Kollegen wegen Nichtbewilligung der Forderungen die Arbeit niedergelegt. — Der Streit bei E. Schulz, Ludowicstr. 11, und bei Rüger u. Mallon, Caussestr. 77, dauert unverändert fort. Zugang nach wie vor streng fernhalten. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Sattler-Verbandes.

### Deutsches Reich.

**Die Schuhmacher in Hamburg-Altona** beschloßen gestern in einer stark besuchten Versammlung einstimmig, in den Streit zu treten. Bis mittag waren 400 Streikende in die Listen eingetragen.

**Lügen zu Gunsten rückständiger Unternehmer.** Wir hatten schon kürzlich darauf hingewiesen, daß die Schuhfabrikanten in Birmasens die von ihnen verhängte Aussperrung in einen Streit der Arbeiter umzu-drehen suchten. Die Soldatenscheiter des Unternehmertums folgen natürlich dem Beispiel ihrer Vorgesetzten, ja sie bemühen sich noch, deren Schwindelchen zu überbieten. Das Centralorgan aller Schuhmacher, die „Arbeitgeber-Zeitung“, schreibt in ihrer neuesten Nummer mit r-der Stirn, die sozialdemokratische Presse habe die Arbeiter in Hferlohn und in Birmasens in den Streit getrieben. — Man weiß nicht, soll man die Dreißigkeit des Blattes oder sein Vertrauen in den blinden Glauben seiner Leser mehr bewundern. — Viele Tausende von Arbeitern soll also die sozialdemokratische Presse — sonst sollten es bekanntlich sozialdemokratische Agitatoren und Heher sein — in Hferlohn und Birmasens in den Streit getrieben haben. Wenige Zeilen nach dieser unerhörten Behauptung schreibt aber die „Arbeitgeber-Zeitung“: „Dagegen ist in Hferlohn und Birmasens mit der erfolglosen Aussperrung der Schuhmacher und Metallarbeiter die Arbeitslosigkeit mit all ihren Schrecken eingezogen.“ — Wieso die sozialdemokratische Presse diese Aussperrung verschuldet haben soll, das zu beweisen dürfte der „Arbeitgeber-Zeitung“ doch wohl schwer fallen. Wer nicht absichtlich die Wahrheit auf den Kopf stellen und allgemein bekannte Thatsachen in ihr Gegenteil verkehren will, der muß zugeben, daß sowohl in Hferlohn wie in Birmasens die Unternehmer es waren, die aus nichtigen Ursachen, und obwohl die Arbeiter die größte Bereitwilligkeit zur Beilegung der schwebenden Differenzen zeigten, Tausende von Arbeitern, die mit den ursprünglichen unbedeutenden Konflikten nicht das geringste zu tun hatten, ohne Bedenken aussperrten, und dadurch die Arbeitslosigkeit mit all ihren Schrecken heraufbeschworen. — Die Firmasener Fabrikanten hoffen übrigens neben der Niederwerfung der Arbeiterorganisation noch ein gutes Geschäft durch die Aussperrung zu machen. Die Verkäufer reden den Kunden vor, die Schuhwaren seien infolge des „Streiks“ sehr knapp, und durch diese Vorrede sollen die Kunden bewegt werden, die alten Ladenhüter, womit die Lager in Birmasens angefüllt sind, zu kaufen. So sieht man, daß überall geschwindelt und gelogen wird im Interesse der profitlüsternen und herrschsüchtigen Unternehmer.

**Aussperrung der Bauarbeiter in Bromberg.** Die Streikenden haben — wie wir mitteilen — den Ausstand als beendet erklärt, weil sie die Fortführung des Kampfes für nutzlos halten. Die Unternehmer wollen aber noch keinen Frieden. Ihnen ist es um die völlige Ausnutzung ihres Erfolges, um die gänzliche Niederwerfung der Arbeiter zu thun.

Aus Bromberg wird uns geschrieben: Die Unternehmer im Baugewerbe haben beschloßen, die hiesigen Arbeiter des Baugewerbes nur dann einzustellen, wenn die Arbeiter den von den Unternehmern verfahrenen Tarif anerkennen. Dieses konnte von den Führern nicht anerkannt werden, weil der Tarif für die Arbeiter eine Reihe Pflichten, jedoch keine Rechte enthält. Die Maßnahmen der Unternehmer sind einer Aussperrung gleichzuachten und wird seitens der Streikenden ersucht, den Zugang von Bromberg fernzuhalten. Ausländische Streikbrecher werden fortwährend unter Polizeibedeckung eingeschleppt.

**Ausgesperrt** sind die Maurer, welche in den vereinigten chemischen Fabriken in Staßfurt arbeiten. Unter den Ausgesperrten sind Arbeiter, die 12—15 Jahre für niedrigen Lohn auf dem Werke gearbeitet haben. Jetzt, wo eine kleine Erhöhung des Lohnes gefordert wurde, schritten die Unternehmer zur Aussperrung.

### Sociales.

**Bürgerliche Socialpolitik.** In der Stadtverordneten-Versammlung zu Offenbach hatten eine Zeitlang unsere Parteigenossen die Mehrheit. Sie sorgten für eine Reihe sozialer Verbesserungen, die geradezu als musterhaft bezeichnet werden mußten. So führten sie die unentgeltliche Geburtshilfe ein ebenso wie die unentgeltliche Totenbestattung. Für die Arbeitslosen führten sie an Stelle der Armenunterstützung den Modus ein, daß dieselben von der Stadt für einen Arbeitslohn von 2,20 M. pro Tag beschäftigt werden müßten. Auf diese Weise ersparte man den Arbeitslosen die Rechlosmachung durch die Armenunterstützung und auf der anderen Seite erhielt die Stadt für die Unterbringung der Hilfsbedürftigen, zu der sie ja so wie so verpflichtet war, eine Gegenleistung in Form von Arbeit. Nachdem nun die „gut geminten Elemente“ in der Stadtvertretung wieder die Mehrheit erlangt haben, beseitigen sie die Fortschritte Stück für Stück. So wurde zunächst die unentgeltliche Geburtshilfe abgeschafft und es sollen die Hebammenkosten in Zukunft nur noch bezahlt werden, wenn eine Familie die Kosten dafür nicht aufbringen kann. Für die Beschäftigung von Arbeitslosen wurden nur noch 5000 M. bewilligt und beschloßen, außer den 50 noch beschäftigten weiteren Arbeitslosen nicht mehr einzustellen. — Bald wird nun in Offenbach wieder der unbeschränkte Privatkapitalismus herrschen. Die Unternehmer werden der Stadt die Arbeit zu erheblich höheren

Preisen liefern als bisher die Arbeitslosen und die Differenz zwischen ihrer Forderung und dem Arbeitslohn ungeschmälert in die Tasche steckt, und die mit der bisherigen Ordnung der Dinge ebenfalls unzufriedenen Hebammen werden wieder bei jedem, der noch einen anständigen Rod und mehr als eine Hölle zur Wohnung hat, ihr Extraprofit machen können. Die Beseitigung der unentgeltlichen Totenbestattung wird natürlich folgen.

### Verfammlungen.

**Der Fachverein der Tischler** hielt am 23. April seine Generalversammlung ab. Den Kassendbericht gab Rümmer. Die Einnahme im ersten Vierteljahr ergab die Summe von 1816,13 M., die Ausgabe 1482,96 M., darunter für Streikunterstützung und Rechtschutz 639,42 M. Der Ueberfluß betrug 333,17 M. Der 1. Mai soll durch fünf Tage Arbeitsruhe gefeiert werden, die Versammlung findet im Fürstenthuß vormittags statt; in derselben hat jeder Kollege sein Mitgliedsbuch zur Kontrolle mitzubringen. Neu aufgenommen wurden 59 Kollegen.

**Die Hausdiener-, Packer- und Geschäftsführer-Vereinigung** hielt am 22. d. M. ihre Generalversammlung ab. Den Vorstandsbericht gab der Vorsitzende Koch. Der Kassendbericht wies bei einer Einnahme von 840,09 M., einer Ausgabe von 501,41 M., einen Ueberfluß von 338,68 M. auf. Einen weiteren Raum nahm sodann die Berichterstattung des Delegierten Schattschneider über die Einigungs-Verhandlung ein. Die Versammlung erledigte diesen Punkt durch Annahme einer Resolution, welche sich gegen einen Zusammenschluß mit dem bestehenden Centralverband wendet und für Schaffung einer Centralisation der Handels-Hilfsarbeiter eintritt.

**Der Fachverein der Holz- und Bretterträger** hielt am 19. April eine Versammlung ab. Die Abrechnung für das erste Quartal ergab: Einnahme 265,50 M., Ausgabe 79,15 M., Ueberfluß 186,35 M. Für den sozialdemokratischen Wahlfonds wurden 20 M. bewilligt.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Gemeindevahltag.**  
Halle, 27. April. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordneten-Wahlen in Bitterfeld wurden die drei aufgestellten Arbeitervertreter gewählt.

### Die zweijährige Dienstzeit in Ungarn.

Budapest, 27. April. (W. T. B.) Abgeordnetenhause. (Fortsetzung.) Im weiteren Verlaufe seiner Rede erwähnte der Ministerpräsident, daß Vorbereitungen für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit getroffen würden. Der Ministerpräsident schloß unter dem fürmlichen Beifall mit der Erklärung, daß er als Vertreter des parlamentarischen Princips in dieser Lage nicht vom Plaque weichen könne. Falls er gezwungen sein sollte, die Regierung ohne Budget weiterzuführen, so werde er dies im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit thun, weil die Pflichterfüllung gegen König und Vaterland dies gebiete. Kein ungarischer Staatsmann hätte unter den gleichen Verhältnissen einen anderen Entschluß fassen können. Der Ministerpräsident wird nach seiner dreistündigen Rede von Mitgliedern der Rechten und des Centrums beglückwünscht.

### Gegen die Kongregationen.

Kantes, 27. April. (W. T. B.) Vom hiesigen Justizpolizeigericht wurden heute sieben Kapuziner, die dem Auslieferungsbefehl nicht Folge geleistet hatten, zu Geldstrafen verurteilt. Als die Kapuziner das Gerichtsgebäude verließen, wurden sie von einer großen Menschenmenge empfangen und zu ihrem Kloster zurückgeleitet.

### Zur Lage in Macedonien.

London, 27. April. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage über die Lage in Macedonien erklärt Unterstaatssekretär des Krieges, Grandover, erneut ernstliche Vorstellungen hinsichtlich einer schleunigen rückständigen Durchführung der versprochenen Reformen seien während der letzten Tage von dem russischen und dem österröisch-ungarischen Vorkommandant gemacht und von den Vertretern der übrigen Mächte unterstützt worden. Bezüglich einer baldigen Erneuerung europäischer Offiziere zur Reorganisation der Gendarmarie als von besonderer Bedeutung sei kürzlich der britische Vorkommandant bei der Hofe vorstellig geworden. Es verlautete, daß schwedische Instruktionen angestellt seien; es lägen aber noch keine weiteren Informationen endgültigen Charakters vor.

### Die Randschurci-Frage.

London, 27. April. Das „Reuterische Bureau“ erfährt, die chinesische Regierung habe der russischen Regierung in Petersburg die offizielle Ablehnung der von Rußland für die Räumung der Randschurci erhobenen Forderungen überhandt.

### Yokohama, 27. April. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.)

Das Vorgehen Rußlands hat zu weiterer Kräftigung der zwischen Rußland und dem Kabinett zu stande gekommenen Verständigung geführt. Die Randschurci-Frage hat den Gegenstand häufiger Erörterungen zwischen dem früheren Premierminister und dem Ministerium gebildet. Die japanischen Blätter fahren fort, sich in ihren Besprechungen der Randschurci-Frage der Rührung zu befleißigen, sprechen aber einstimmig die Ueberzeugung aus, daß die beteiligten Mächte eine feste Haltung einnehmen müssen. Rußlands Vorschlag, die Städte der Randschurci für die übrigen Nationen zu schließen, wird von der Presse als ein direkter Verstoß gegen die bestehenden Verträge erklärt.

### Amerika und China.

Beijing, 27. April. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Der amerikanische Gesandte Conger hat dem Prinzen Tsching eine Note überreicht, in welcher er gegen zwei Artikel des von Rußland vorgeschlagenen Abkommens Einspruch erhebt, die besonders den amerikanischen Interessen zuwiderlaufen. Die Note wendet sich dagegen, daß China das Verprechen abgebe, keine weiteren Städte für den fremden Handel zu öffnen, da die Verhandlungen über den chinesisch-amerikanischen Handelsvertrag, demzufolge Rußland und Japan zu Freihäfen erklärt werden sollen, in Fortschreiten begriffen seien. In der Note wird ferner gegen ein Verprechen Chinas Einspruch erhoben, als fremde Beamte nur Russen anstellen zu wollen. Die amerikanische Regierung enthält sich einer Verheerung über die übrigen Forderungen Rußlands, behält sich jedoch vor, auf ihren vertragmäßigen Rechten zu bestehen, wenn Vertragsverletzungen vorkommen.

### Aussperrung von Bauarbeitern in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 27. April. (W. T. B.) Durch Anschlag wurde am Sonnabend sämtlichen hier arbeitenden Maurern von den Bauunternehmern mitgeteilt, wenn die Sperrung über die Firma Hertel bis Montag nicht aufgehoben sei, würden am Dienstagmorgen sämtliche Maurer ausgesperrt werden. Da die Sperrung bei der Firma Hertel nicht aufgehoben wurde, werden morgen sämtliche hier arbeitenden Maurer ausgesperrt, es konnten ca. 1500 Arbeiter in Verhaft.

### Vorbereitungen zur Kaiserfeier.

Warschau, 27. April. In ganz Polen und Litauen fordern die Socialisten mittels Circularen zur Kaiserfeier und zwar überall zu Versammlungen und Demonstrationsumzügen auf, wo dies nicht möglich, sollen die Arbeiter wenigstens am 1. Mai nicht arbeiten.

### Eisenbahn - Unglück.

New York, 27. April. (W. T. B.) Ein Viehzug der Missouri Pacific Railway ist in der Nähe von Buffalo (Kansas) von hinten in einen Arbeiterzug hineingefahren; dabei wurden 11 Personen getötet und 25 verletzt. Die meisten der Verunglückten sind Griechen und Italiener.

Reichstag.

297. Sitzung. Montag, den 27. April 1903, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Thielmann, v. Tirpitz, Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Nachtrags-Etats betreffend Bau eines neuen Reichs-Marine-Amtes.

Die Kommission (Berichtersteller Abg. Prinz v. Arenberg (C.)) empfiehlt die Ablehnung der Forderung.

Das Haus stimmt debattelos diesem Antrage zu. (Für die Forderung stimmen nur die drei nationalliberalen Abgg. Dr. Böling, Dr. Semmler und Graf Oriola.) Nachdem somit der Nachtrags-Etat in allen seinen Teilen in zweiter Lesung abgelehnt ist, findet eine Weiterberatung desselben in dritter Lesung nicht mehr statt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Uebersicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für 1900. (Die Uebersicht war durch Plenarbeschluß vom 20. April 1902 an die Rechnungs-Kommission zurückverwiesen worden.)

Abg. Dr. Sattler (natl.) begründet dazu folgenden Antrag: „Alle Anfragen der Rechnungs-Kommission zur weiteren Aufklärung der in den Uebersichten und Rechnungen der Reichsausgaben und -Einnahmen gegebenen Erläuterungen sind an den Reichskanzler zu richten.“ Der Antrag sei von zentraler Bedeutung für das Verhältnis der Finanzverwaltung zu den übrigen Ressorts. Er sei veranlaßt durch eine Aeußerung des Schatzsekretärs, er könne über eine Etatsüberführung keine Auskunft geben, weil die Verwendung der im Etat vorgesehenen Mittel Sache der einzelnen Ressorts sei. Gegenüber dieser Thatsache müsse die Stellung des Reichs-Schatzsekretärs geändert werden. Wenn die Verhältnisse blieben, wie sie jetzt sind, brauchte man überhaupt keine Reichs-Finanzverwaltung. Wenn die Anfragen der Rechnungs-Kommission an den Reichskanzler selbst gerichtet würden, so werde dieser hoffentlich dafür sorgen, daß keine Frage ohne Verständigung des Reichs-Schatzsekretärs beantwortet werde.

Staatssekretär Graf Posadowski: Man kann mit den Tendenzen des Antrags Dr. Sattler durchaus einverstanden sein und sich doch gegen den darin vorgeschlagenen Weg wenden. Die einzelnen Ressorts haben selbständig über die ihnen etatsmäßig zur Verfügung gestellten Fonds zu verfügen. Sie tragen daher auch die Verantwortung dafür sowohl gegenüber dem Reichskanzler wie eventuell dem Rechnungshof des Deutschen Reiches. Die einzelnen Ressorts haben demgemäß auch die gegen ihre Verwaltung erhobenen Einwendungen zu beantworten. Wenn solche Anfragen der Rechnungs-Kommission des Reichstags an den Reichskanzler gelangen, so muß dieser sie doch an das betreffende Ressort abgeben. Unter Umständen ist allerdings eine Beteiligung der Reichs-Finanzverwaltung nicht nur erwünscht, sondern dringend notwendig, besonders auch, um auf eine Gleichartigkeit der finanziellen Grundzüge bei Erledigung der Beschwerden des Rechnungshofes oder des Reichstags hinzuwirken. Inwiefern jedoch diese Beteiligung der Finanzverwaltung statzfinden hat, das ist eine Frage der inneren Reichsverwaltung, die allein dem Reichskanzler entschieden werden kann. Durch den Antrag Dr. Sattler allein kann in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen diese staatsrechtlich wichtige Frage nicht gelöst werden.

Abg. Aug (C.) spricht sich für den Antrag Dr. Sattler aus.

Abg. Dr. Spahn (C.) beantragt Ueberweisung des Antrages Dr. Sattler an die am sieben Mitglieder zu verstärkende Geschäfts-Ordnungs-Kommission.

Der Antrag Dr. Spahn wird angenommen, die Uebersicht genehmigt.

Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (C.) folgt nunmehr statt der Weiterberatung der Krankenkassen-Rovelle, die zunächst auf der Tagesordnung steht, die dritte Beratung des Phosphor-Bau-waren-Gesetzes.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Spahn (C.) wird über die Vorlage in ganzen abgestimmt. Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Darauf folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung der Rovelle zum Krankenversicherungs-Gesetz.

§ 26a bestimmt: Krankheitsmitgliedern, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind, ist das Krankengeld soweit zu kürzen, als es zusammen mit dem andern Krankengeld den vollen Betrag ihres durchschnittlichen Tageslohnes übersteigen würde. — Durch das Krankenstatut kann diese Kürzung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden.

Ein Antrag Albrecht (Soc.) will diesen Absatz streichen.

Ein zweiter Antrag Albrecht (Soc.) zu demselben Paragraphen will auch für die Orts-Krankenkassen die Bestimmung beseitigen, daß das Krankengeld für Krankheiten entzogen werden kann, die sich der Betreffende durch schuldhaftes Verhalten bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hat“ (die Kommission wie die Vorlage haben nur die „geschlechtlichen Ausschweifungen“ gestrichen), und drittens soll auch Kranken, welche innerhalb eines Jahres bereits 26 Wochen Unterstüfung bezogen haben, auch im nächsten Jahre bis zu 26 Wochen (Centrum: 18 Wochen) Unterstüfung von den Orts-Krankenkassen gewährt werden.

Abg. Trimborn (C.):

Dieser Paragraph bestimmt auch, daß durch Statut bestimmt werden kann, daß die ärztliche Behandlung und die Arzneilieferung auf bestimmte Ärzte und Apotheken zu beschränken ist. Es ist deshalb hier der Ort, über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten und Apotheken zu sprechen. Es wird behauptet, daß in manchen Fällen die Ärzte sich in einer unwürdigen Abhängigkeit von den Krankenkassen befinden, und daß vielfach sogar gewisse politische Tendenzen bei der Auswahl der Ärzte maßgebend sind. Geheimrat Dr. Jacher hat festgestellt, daß infolge der Unterbietung der großen Anzahl unbeschäftigter Ärzte viele Krankenkassen die ärztlichen Honorare so herabgedrückt haben, daß der einzelne Krankenkassenbesuch sich kaum auf 50 Pf. stellt, die einzelne Behandlung in der Krankenkasse auf kaum 20 Pf. stellt. Dieser Zustand hat zu erbitterten Kämpfen zwischen Ärzten und Krankenkassen geführt, und eine Besserung ist nur durch gesetzlichen Eingriff zu erwarten. Durch einfache Einführung der freien Arztwahl wäre hier nichts geholfen, es müssen zunächst eingehende Untersuchungen über die wirklichen Verhältnisse angestellt werden. Wir erwarten, daß die Revision der Krankenversicherung sich vor allem auch mit der Arztfrage beschäftigt werden. Vorher müssen aber die legitimen Vertreter der Arztenschaft gehört werden. Ihre Vorschläge gehen auf Errichtung örtlicher Kommissionen, bestehend aus Vertretern der Ärzte, der Krankenkassen und einem neutralen Vorsitzenden, welche die Anstellungsverhältnisse der Krankenkassen des betreffenden Bezirkes zu regeln und bei Streitigkeiten als Schiedsgericht zu funktionieren hätten. Es kann keine besseres Verfahren, widerwärtigere Erscheinung geben, als einen Arztstreik, daher muß die Möglichkeit einer Einigung durch Schiedsgericht getroffen werden. In die Kommissionen können auch Vertreter der Apotheker gewählt werden, damit auch die Arzneilieferung von den örtlichen Kommissionen geregelt werden kann. Eine Resolution, welche diese Forderung enthält, ist in der Kommission mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen worden und ich bitte Sie, derselben auch hier im Plenum Ihre Zustimmung zu geben. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Münd-Kerber (natl.): Auch meine Freunde wünschen mögliche Berücksichtigung der Forderungen der Ärzte bei der Revision der Krankenversicherung. Ich bitte Sie also dringend, wenigstens der Resolution Ihre Zustimmung zu geben.

Abg. Hoffmann-Hall (libd. Vp.):

In der Kommission ist namentlich von seiten der Sozialdemokratie, die ausschließlich die Krankenkassen vertritt, nichts für die Krankenkassen gesagt. Man hat nur ihre Leistungen anerkannt, aber von einer Ausbesserung der jämmerlichen Bezahlung der Ärzte will die Sozialdemokratie nichts wissen. Ebenso wenig Rücksicht auf die Ärzte nimmt die Regierung: sie hat nicht daran gedacht, Vertreter der Ärzte vor Ausarbeitung dieser Rovelle zu befragen, sie erklärt einfach: die Wünsche der Ärzte sind noch nicht reif, noch nicht geläutert genug. Alle freien Ärzte, die keine Massenpraxis haben, sind heute dem Hungertode preisgegeben. Ein Krankenkassen-Vorstand hat einen Arzt direkt gefragt: „Die Ärzte müssen unter der Armut des Arbeiters stehen!“ (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Jurist: Wo?) Den Namen des Arztes werde ich Ihnen (zu den Sozialdemokraten) nicht preisgeben! (Jurist bei den Sozialdemokraten: Wie heißt der Krankenkassen-Vorstand?) Den Namen bekommen Sie auch nicht! (Oh! und Lachen bei den Sozialdemokraten. — Jurist des Abg. Antrid.) Der Jurist: „Niederträchtig!“ Herr Antrid stimmt für einzelne Fälle allerdings! (Große Unruhe.)

Abg. Antrid (Soc.): Das habe ich gar nicht gesagt!

Vizepräsident Böling: Einen Jurist: „Niederträchtig!“ habe ich nicht gehört.

Abg. Antrid: Ich habe es auch gar nicht gesagt!

Abg. Hoffmann-Hall: Ich habe den Jurist „Niederträchtig!“ ja auch nicht auf mich, sondern auf die Haltung des Krankenkassen-Vorstandes bezogen. Seien Sie zu den Sozialdemokraten) doch ruhig, und fördern Sie mich nicht! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Als Redner ausführlich unter Anführung zahlreicher Einzelfälle auf das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen-Vorständen eingeht, unterbricht ihn

Vizepräsident Böling: Im Interesse des Fortschreitens unserer Arbeiten möchte ich doch bitten, von weiteren solchen Mitteilungen abzusehen.

Abg. Hoffmann-Hall: Ich werde diesem Wunsch von autoritativer Stelle gern entsprechen, bitte aber noch um zwei Minuten, weil ich mir das Beste bis zum Schluß angefaßt habe. (Große Heiterkeit.) Im „Kranklichen Vereinsblatt“ wird unter der Ueberschrift „Schamlosigkeit eines Krankenkassen-Vorstandes“ mitgeteilt, daß ein Krankenkassen-Vorstand Mitglied in einem Ärzte-Angebote hat, ihm seine Stimme bei der Wahl eines Krankenkassen-Vorstandes zu geben, falls der Arzt dafür eine Remuneration bezahle. Es heißt in dem betreffenden Schreiben des Vorstandesmitgliedes an den Arzt: „Die Höhe dieser einmaligen Remuneration überlasse ich Ihnen!“ Das ist das Letzte, was ich in dieser Sache mitteilen habe. Geschicht nichts für die Ärzte, so wäre es das Beste, wenn die Vorlage überhaupt abgelehnt würde.

Abg. Spethmann (fr. Vp.): Die Gefahr, daß der Arztstand mehr und mehr proletarisiert, besteht in der That. Das Buhlen um die Anstellung bei einer Kasse kann nur durch die freie Arztwahl beseitigt werden. Ich bitte Sie, der Resolution zuzustimmen.

Abg. Köstke-Deffau (fr. Vg.):

Mit Uebertreibungen, wie sie von einzelnen Arztvereinigungen ausgehen, oder der Art und Weise, wie einer der Vorredner die Interessen der Ärzte glänzend vertreten zu können, wird ihren Interessen mehr geschadet als gedient. Diese Art verschafft den Ärzten nur Antipathien. Nicht allein die soziale Gesetzgebung hat die Ärzte in ihre heutigen Verhältnisse hineingetrieben; die heutigen Uebelstände rühren im wesentlichen her von der außerordentlichen Vermehrung der Zahl der Ärzte. Andererseits kommen die Mediziner ja viel eher zu eigenem Erwerb als z. B. die Juristen. Ich unterschätze keineswegs die hingebende Aufopferung des ärztlichen Standes zur Durchführung der sozialen Gesetze, ich erkenne an, daß die Honorierung der Ärzte vielfach ungenügend und daß ihre Behandlung manchmal nicht die richtige ist. Aber die vorgebrachten Fälle sind doch nur Einzelfälle und es ist ja auch keineswegs erwiesen, daß nicht eine Besserung eintritt auch ohne eine Änderung der Gesetzgebung. Die Ärzte haben noch nicht das getan, was sie thun müßten: sich selbst ihre Rechte schaffen, selbst ihre Lage verbessern. Die Einführung der freien Arztwahl erachte ich durchaus nicht für alle Fälle für zulässig. „Freie Arztwahl“ ist überhaupt ein Schlagwort, bei dem sich der eine das denkt, der andere das. Auch für die Bestellung eines allgemeinen Minimaltarifs für die Honorare der Ärzte an allen Krankenkassen sind die Verhältnisse zu verschieden. Mit der Einführung der freien Arztwahl wird auch die Kontrolle der Kranken ganz wesentlich erschwert.

Abg. Wollenbuhr (Soc.):

Ich habe nicht erwartet, daß die Interessen der Ärzte mit solchen Argumenten vertreten werden werden, wie es heute geschehen ist. In diesen Debatten wird selbst mancher lassenfeindliche Arzt den Kopf schütteln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Hoffmann-Hall behauptete, die Ärzte müßten Geschäftssozialisten sein, die Krankenkassen besetzen usw. In den Vorständen sitzen aber doch nicht nur Arbeiter, sondern auch Arbeitgeber, die doch kaum ein besonderes Interesse an der Anstellung von „Geschäftssozialisten“ haben. Oft wird von Ärzten, die den Kollegen den höheren Verdienst nicht gönnen, diesen vorgeworfen, ihr höherer Verdienst rühre nur von ihrer sozialdemokratischen Gesinnung her. Herr Hoffmann sprach von den Bestechungen der Krankenkassen-Vorstände; aber zu einer Bestechung gehören immer zwei: einer, der sie nimmt, und einer, der sie gibt. Beide begehen dieselbe gemeine Handlung. Oft kommt es vor, daß Ärzte den Krankenkassen-Vorstandesmitgliedern Bestechungssummen anbieten, die zurückgewiesen werden. Daß unter den Ärzten in Deutschland eine gewisse Skamität besteht, ist gewiß, aber sie rührt nicht von den Krankenkassen-Vorständen her. Nach der Statistik ist gerade seit der letzten Krankenkassen-Rovelle in der Honorierung der Ärzte eine Bewegung zum Besseren eingetreten. Auf die große Steigerung der Zahl der Ärzte im Verhältnis zu der Bevölkerung hat schon Abg. Köstke-Deffau hingewiesen. Es ist ganz falsch, es so darzustellen, als ob gerade die Krankenkassen besonders schlechte Honorare bezahlten. Ein Eisenbahnarzt der königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg erhält ein Jahresgehalt von 1600 Mark, für die er in einem Jahr 6540 Besuche und Konsultationen zu leisten hatte, das macht für jede Leistung wenig mehr als 25 Pfennig! Das ist das königliche Gehalt, das eine Eisenbahndirektion ihrem Arzte bezahlt! Aber dagegen richtet sich niemals die Entrüstung, sondern immer nur gegen die Honorare der Krankenkassen! Wenn man es zuläßt, daß die niedrige Bezahlung der Ärzte an kommunalen und staatlichen Einrichtungen die alte bleibt, und wenn man immer nur von den Krankenkassen eine höhere Honorierung verlangt, so heißt das, die Lage der Ärzte allein durch die Arbeitergroßen aufbessern wollen, nicht auch durch die Leistungen der anderen Bevölkerungsklassen. Für die Gemeindefassen haben wir schon einmal die freie Arztwahl beantragt; damals haben allerdings die Herren, die heute so energisch für die freie Arztwahl eintreten, einstimmig gegen unseren Antrag gestimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird immer so dargestellt, als ob für die Ärzte überhaupt nur die Krankenkassen-Praxis vorhanden sei. In der That aber gibt es noch 1612 Millionen Patienten, die nicht in Krankenkassen versichert sind, also für die freie Arztwahl in Betracht kommen. Werden denn in Wirklichkeit die Krankenkassen so schlecht bezahlt, wie es hier dargestellt wird? In der Armut erhält jeder Arzt durchschnittlich 2617 Mark. Diese Summe bezahlen die Krankenkassen heute für etwa sechzehn Konsultationen in der Woche und drei Besuche täglich in der Wohnung des Kranken, das ist gewiß keine volle Beschäftigung. Aus der Abrechnung der Kieler Orts-

Krankenkasse ergibt sich, daß dort ein Arzt 7706 Mark, ein zweiter 7295 Mark Honorar bezieht. Das ist doch ein durchaus genügendes Honorar. Jedenfalls müßten bei einer Untersuchung über die Verhältnisse der Ärzte nicht nur die Krankenkassen-Ärzte befragt werden, sondern auch die Ärzte bei den Eisenbahnen, Gemeinden, beim Militär etc. Die Krankenkassen-Vorstände klagen auch darüber, daß viele Ärzte, um recht viele Punkte zu erzielen, die Zahl der Behandlungen ganz unmäßig vermehren, so daß darum auf die einzelne Behandlung anscheinend sehr geringe Summen entfallen, während der Arzt in vielen Fällen den Kranken vielleicht nur gefogt hat, wie es ihm geht, und dann wieder weggegangen ist. Nach alledem steht es jedenfalls fest, daß die Not der Ärzte nicht auf die Arbeiterversicherung zurückzuführen ist, sondern in ganz andren Ursachen begründet ist.

Weiter haben wir beantragt, den Passus zu streichen, daß das Krankengeld bei einer Doppelversicherung des Arbeiters zu kürzen ist, jedoch es insgesamt die Höhe des ortsüblichen Tageslohnes nicht übersteigt. Diese Bestimmung bezieht sich nur auf Krankenkassen, welche auf Grund dieses Gesetzes errichtet sind, und die Arbeiter werden so, um ein höheres Krankengeld zu erzielen, leicht veranlaßt einer Schwindelkassette beizutreten, die ihnen große Leistungen in Aussicht stellt, ohne sie doch im gegebenen Falle einhalten zu können. Die übrigen von uns zu diesem Paragraphen eingebrachten Anträge haben wir bereits bei den Gemeinde-Krankenkassen besprochen und ich bitte Sie denselben wenigstens hier Ihre Zustimmung zu geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Leuzmann (fr. Vp.):

Meine Fraktion tritt für die freie Arztwahl ein. Wenn wir trotzdem bei der Gemeindeversicherung dagegen gestimmt haben, so geschah es deshalb, weil wir die Regelung dieser Sache der späteren Rovelle vorbehalten wollten. Die heutige Abhängigkeit der Ärzte von den Krankenkassen ist für den ärztlichen Stand sehr herabwürdigend. Die freie Arztwahl aber liegt in erster Linie im Interesse der Arbeiter und nicht der Ärzte. Der Arzt muß der Vertrauensmann der Arbeiter sein; heute müßte das Gesetz vielfach die Arbeiter, sich einem Arzte anzuvertrauen, der nicht ihr Vertrauen genießt. In meiner Heimat haben wir freie Arztwahl in dem Sinne, daß jeder Versicherte bei Anfang des Jahres sich einen Arzt für die Dauer von zwölf Monaten wählen kann, nicht in der Weise, daß er jeden Tag zu einem andern Arzt laufen kann. Ich möchte die Regierung auf dies System aufmerksam machen. Wir stellen im Augenblick, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu gefährden, keinen bestimmten Antrag, sondern begnügen uns mit der Zustimmung zu der Resolution. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Nitzsch-Damsdorf (L.): Die Aufregung unter den Ärzten ist keineswegs ohne berechtigten Grund. Es hat sich ein vollständiges ärztliches Proletariat herangebildet. Das Verlangen der Ärzte, entweder ihre Ansprüche schon in dieser Rovelle mit zu regeln oder die Vorlage zurückzuziehen, ist aber nicht berechtigt. Die Rovelle erfüllt eine bestimmte Aufgabe; in der Arztfrage liegen solche Versprechungen nicht vor. Wir werden dem Antrage zustimmen.

Abg. Albrecht (Soc.):

Es sind gegen meine Partei Aeußerungen gefallen, die ich nicht unvorderproben lassen kann. Herr Trimborn sagte, bei der Wahl der Krankenkassen seien hauptsächlich politische Rücksichten maßgebend, und Herr Hoffmann-Hall ging noch ganz anders vor. Aus seinen Aeußerungen müßte man schließen, daß fast alle Ärzte in Deutschland Sozialdemokraten wären. In Wirklichkeit sind nur zwei bis drei Duzend Sozialdemokraten darunter. Ein Arzt, der sich als Sozialdemokrat offen bekennt, wird ja leicht von den besser situierten Kreisen hantloziert werden; es wäre also ganz gerechtfertigt, wenn die Krankenkassen ihn anstellen. Aber so liegt doch die Sache gar nicht. Die ganze Darstellung von der ungeheuren Macht der Sozialdemokratie über den Arztstand ist falsch. Herr Hoffmann-Hall citierte die angelegliche Kennerung eines Krankenkassen-Vorstandesmitgliedes: „Die Ärzte müssen unter der Armut der Arbeiter stehen!“ Der Mann, der diesen Ausdruck gebraucht haben soll, ist gewiß kein Sozialdemokrat. Herr Hoffmann hat aber direkt gesagt, es sei einer von unsren Partei-Angehörigen gewesen, und hat darauf gegenüber unsren Juristen die Rennung des Namens dieses Mannes verweigert. Da habe ich den Jurist gemacht: „Das ist niederträchtig!“ Ich habe gemeint, es sei niederträchtig, daß er uns den Namen nicht nennen wolle. Wenn man gegen uns als Partei einen solchen generellen Vorwurf erhebt und dann den Namen des Betreffenden nicht nennen will, so ist das doch ein sehr sonderbares Vorgehen. Auf dem Arzttag hat ein Arzt aus Weimar ausdrücklich anerkannt, daß unter den Orts-Krankenkassen besonders die großen Verbände eine ungeheure Leistungsfähigkeit entwickelt haben. Es sei offen anzuerkennen, daß dieser Fortschritt erzielt sei durch das organisatorische Talent und die Arbeit der sozialdemokratischen Mitglieder dieser Kassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man soll die Kassen soviel wie möglich centralisieren, große Institute schaffen, dann werden wir auch in die Lage versetzt werden, den Ärzten das zuzulassen, was ihnen gebührt. Man kann aber unmöglich verlangen, daß wir sämtliche Beiträge, die eingehen, einfach den Ärzten und Apothekern auf dem Präsentierteller entgegentragen. Ich möchte Sie bitten, unsren Anträgen zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pohl (fr. Vp.): Wir können jetzt nichts mehr für die Ärzte thun, als der Regierung anheimstellen, sich über die Verhältnisse der Ärzte zu orientieren, und ihr gewisse Anregungen an die Hand geben. Das thut die Resolution der Kommission. Die Arbeiter können mit Recht verlangen, den Arzt zu erhalten, zu dem sie wirklich Vertrauen haben. Darum liegt die freie Arztwahl durchaus auch in ihrem Interesse.

Damit schließt die Diskussion.

Unter Ablehnung der Anträge Albrecht wird der § 26a in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 35 handelt von den Befugnissen der Krankenkassen-Vorstände. Die Vorlage schlägt hier folgenden Zusatz vor:

Der Vorsitzende des Vorstandes hat Befugnisse der Kassenorgane, welche gegen die gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften verstoßen, unter Angabe der Gründe mit ausschließender Wirkung zu beanstanden. Die Beanstandung erfolgt mittels Bericht an die Aufsichtsbehörde.

Die Abgg. Albrecht (Soc.) und Genossen beantragen diesen Zusatz zu streichen dagegen folgende Bestimmung neu einzufügen:

Die öffentlichen Behörden sind verpflichtet, den im Vollzug dieses Gesetzes an sie ergehenden Ersuchen der Krankenkassen-Vorstände zu entsprechen und den Krankenkassen-Vorständen auch unaufgefordert alle Mitteilungen zuzulassen, welche für deren Geschäftsbetrieb von Wichtigkeit sind.

Abg. Wollenbuhr (Soc.):

Der Zusatz der Vorlage ist ein Verstoß gegen die Selbstverwaltung der Kassen. Ein solcher Angriff auf das Grundprinzip der Krankenversicherung ist aber durchaus unbegründet. Die Selbstverwaltung hat sich durchaus bewährt. Der erste Versuch in dieser Richtung seitens des Geheimrats Hoffmann rief seiner Zeit einen Sturm der Entrüstung in den Kreisen der Versicherten hervor. Dadurch mag die Regierung veranlaßt sein, diesen Versuch nicht offen zu erstreben, aber es ist zweifellos, daß dieser Zusatz dieselbe Absicht auf Umwegen verfolgt. Der eine Vorsitzende soll jetzt gewissermaßen zum Aufsichtsrat über die andren Vorstandesmitglieder gemacht. Viele Vorstandesmitglieder haben erklärt, daß sie, wenn diese Bestimmung Gesetz würde, keinen Tag länger auf ihrem Posten bleiben würden, da sie innerhalb der Körperlichkeit, mit der sie kollegial zusammen wirken sollen, auch als Aufsichtsrat, womöglich als Denunziant zu fungieren hätten. Man bezweckt mit dieser Bestimmung indirekt, die Arbeiter aus dem

Vorstandsposten zu verdrängen und Militärärzte an ihre Stelle zu setzen, also das, was Geheimrat Hoffmann direkt erstrebte. Im Ausland profitiert man mit dem großen Bau der Arbeiterversicherung. Die Arbeiter sind die Baumeister, sie haben den Bau errichtet und nun nach seiner Vollendung will man sie hinauswerfen und Militärärzte an ihre Stelle setzen. Dagegen müssen wir protestieren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Böling: Der Herr Abg. Albrecht hat vorher nach dem mir jetzt vorliegenden Stenogramm in Bezug auf den Herrn Abg. Hoffmann-Gall folgendes gesagt:

„Ich habe den Zwischenruf gemacht: Das ist niederträchtig. Es war ja vielleicht parlamentarisch nicht der richtige Ausdruck, aber ich habe gemeint, es sei niederträchtig, daß er nicht den Namen nennen wollte.“ Wegen dieses einem Abgeordneten gegenüber absolut unzulässigen Ausdrucks „niederträchtig“ rufe ich hiermit den Herrn Abg. Albrecht nachträglich zur Ordnung:

Abg. Trimbom (C.): Von einem Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen kann keine Rede sein. Die Kassen sind keine privaten Einrichtungen, sondern haben einen öffentlichen Charakter mit dem Versicherungszwang. Aus dieser Natur der Kassen folgt ohne weiteres die Notwendigkeit einer Kontrolle und zwar einer wirksamen Kontrolle. Es ist eine Übertreibung, wenn man in dieser Bestimmung einen unerhörten Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen erblickt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Es ist ein starkes Stück, wenn ein Abgeordneter derjenigen Partei, die früher selber für die Selbstverwaltung eingetreten ist, heute den Krankenkassen noch weniger Bewegungsfreiheit geben will, wie seiner Zeit der Fürst Bismarck. Der Krankenkassen-Kongress hat sich einstimmig gegen diese Beschränkung erklärt. Herr Trimbom meinte, eine Aufsicht sei unbedingt nötig. Eine Aufsicht über die Behörden aber heute schon aus. Die Aufsichtsbehörden dürfen Einsicht nehmen in die Statuten, Bücher, Akten etc. und diese Aufsicht hat sich durchaus bewährt. Nicht ein Fall ist angeführt, in dem der Aufsichtsbehörde eine solche Einsicht verweigert wäre. Auf dem Krankenkassen-Kongress hat man einstimmig erklärt, daß diese Bestimmung einen Teil in die Selbstverwaltung der Krankenkassen treibe. Was ist denn passiert in den 20 Jahren, in denen diese Bestimmung nicht bestanden hat, daß man jetzt diese Beschränkung der Selbstverwaltung glaubt eintreten lassen zu müssen? Es giebt schon heute genügende Instanzen, um etwaige Verstöße gegen gesetzliche oder statutarische Vorschriften zu revidieren. Es ist geradezu eine Verleumdung und Verunglimpfung der Krankenkassen-Vorstände, wenn man durch diese Bestimmung die Notwendigkeit einer größeren Kontrolle ihnen gegenüber statuiert. Diese Bestimmung hat mit den angeblichen sozialen Zwecken der Novelle auch nicht das geringste zu tun. Der Vorsitzende soll hier zum Denunzianten gemacht werden! Wenn Sie diesen § 35 und nachher den § 42 nach den Kommissionsbeschlüssen annehmen, so wird auch kein Atom einer Selbstverwaltung der Krankenkassen mehr vorhanden sein! Herr Trimbom hat deutlich gezeigt, daß seiner Partei nur an dieser Beschränkung der Selbstverwaltung gelegen ist, nicht an der Ausfüllung der Lücke von der 18. zur 26. Woche. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Köpcke-Deffau (fr. Vg.): Wenn die Bestimmung der Novelle zu § 35 auch keinen unerhörten Eingriff in die Selbstverwaltung darstellt, so stellt sie doch tatsächlich einen Eingriff dar. Die Bestimmung hatte beim Invalidenversicherungsgesetz, aus dem sie entnommen ist, einen Sinn, weil es sich dabei um sehr große Organisationen handelt, deren Vorstände schwerwiegende Beschlüsse zu fassen haben. Außerdem sind dort die Vorstände Beamte, während es sich hier um den übrigen Vorstandsmitgliedern koordinierte Arbeiter handelt. Tatsächlich enthält diese Bestimmung einen Eingriff in die Selbstverwaltung; die Vorstehenden werden gezwungen, gegen jede ihnen möglicherweise als ein Verstoß erscheinende Auslegung des Statuts Einspruch zu erheben, was eine Quelle unaufrichtiger Streitigkeiten über die unbedeutendsten Dinge sein würde. Ich bitte, diese unzulässige, ungerechtfertigte Bestimmung abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Trimbom (C.): Herr Stadthagen hat behauptet, es läge uns nichts an der Ausfüllung der Lücke. Die Beurteilung dieser Information überlasse ich dem Urteil des Hauses, das Stadthagenische Uebersetzungen aus einer langen Praxis richtig einzuschätzen gelernt hat. Ich habe mich lediglich dagegen gewandt, daß dieser Paragraph einen unerhörten und unbedingten Eingriff in die Selbstverwaltung bedeute. Eine gewisse Beschränkung liegt darin in der That, aber ich halte sie für berechtigt. — Der Antrag Albrecht, daß die Behörden allen an sie ergehenden Erträgen der Rassenvorstände zu entsprechen haben, geht viel zu weit, auch die weiteren Forderungen des Antrages sind bei der großen Anzahl der Kassen undurchführbar.

Abg. Mollenhuth (Soc.): Herr Trimbom hat zugegeben, daß es sich um eine Beschränkung der Selbstverwaltung handelt. Er hat diese Beschränkung für berechtigt erklärt, aber nicht die Spur eines Beweises dafür angeführt. Dieser Paragraph steht im engen Zusammenhang mit dem § 42, der die Entzerrung eines Vorstehenden wegen „grober Mißthat“ vorbestimmt. Man will eben auf diese Weise den von Geheimrat Hoffmann herangewünschten Messias, den Beamten als Vorstehenden der Krankenkassen auf ungewissen herbeiführen. Gelänge dies aber, dann wird sicher die Verwaltung der Krankenkassen sich ebenso teuer gestalten wie jetzt die der Invalidenversicherung. Das wollen wir auch vermeiden, zumal gegen die bisherige Verwaltung der Krankenkassen nichts Stichhaltiges vorgebracht werden kann.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es ist bei den Beratungen in der Regierung nicht davon die Rede gewesen, daß § 35 und 42 irgendwie in Verbindung gebracht werden könnten. Von einer Störung der Kollegialität kann nicht die Rede sein. Eine Kollegialität in Bezug auf Fassung statutarwidriger Beschlüsse kann es überhaupt nicht geben. Ein Eingriff in die Selbstverwaltung kann unmöglich darin bestehen, daß die Vorstehenden verpflichtet werden, Beschlüsse zu fassen, die ungesetzlich oder statutarwidrig sind. Ich gebe ohne weiteres zu, daß man jedes Gesetz unsinnig und schändlich auslegen kann. Es wäre unsinnig, wenn man einen Vorstehenden dafür verantwortlich machen wollte, weil er eine andere Auffassung hat als wie sie vielleicht in irgend einem gerichtlichen Erkenntnis niedergelegt ist. Es kann sich da nur um ganz flagrante Fälle handeln. Viel größere und wichtigere Korporationen als die Krankenkassen sind viel schärferen Aufsichtsbestimmungen unterworfen. So kann z. B. der Oberpräsident nicht nur gesetzwidrige Beschlüsse von Provinzialverbänden, sondern ganz allgemein solche Beschlüsse fassen, von denen er annimmt, daß sie mit dem Staatsgesetz in Widerspruch stehen.

Abg. Stadthagen (Soc.): Wie kann man behaupten, daß die Behörden auf die Anzeigen der Vorstehenden nicht schärfere vorgehen würden? Der ganze Prozeß der Maschinenbauwerk-Krankenkasse war herborgelassen durch schärfere Vorgehen der Behörden. Der Krankenkassenrat hat erklärt, daß die Vorlage unannehmbar sei, falls diese Beschränkungen der Selbstverwaltung darin Aufnahme finden würden. Dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt, auch mit Zustimmung des Centrumsabgeordneten Cahensly, der Mitglied des Krankenkassen-Kongresses war. Wie erklärt sich Herr Trimbom das? Glaubt er etwa, daß Herr Cahensly gegen diesen Beschluß war, aber trotzdem dafür gestimmt hat? An mich und meine Freunde sind aus den Reihen der Centrumsarbeiter, die Mitglieder der Krankenkassen-Vorstände sind, eine ganze Reihe von Personen herangetreten mit der dringenden Bitte, im Interesse der gesetzlichen Entwicklung der Krankenkassenversicherung mit aller Macht gegen diese Beschränkung der Selbstverwaltung aufzutreten. Ich habe ihnen geraten, sich doch an die Centrumsabgeordneten zu wenden. Sollte wirklich eine verständige Bitte katholischer Arbeiter bei dem Centrum gar kein Gehör mehr finden? Will wirklich das Centrum für eine Beschränkung der Arbeiterrechte eintreten? Das Auftreten des Abg. Trimbom läßt allerdings darauf schließen.

§ 35 wird unter Ablehnung der Anträge Albrecht angenommen. Gegen § 35 stimmen außer den Sozialdemokraten auch die Freisinnigen.

§ 38 bestimmt: Arbeitgeber, welche für die von ihnen beschäftigten Mitglieder einer Orts-Krankenkasse an diese Beiträge aus eigenen Mitteln zu zahlen verpflichtet sind, haben Anspruch auf Vertretung im Vorstande und der Generalversammlung der Kasse.

Durch das Statut kann bestimmt werden, daß Arbeitgeber, welche mit Zahlung der Beiträge im Rückstande sind, von der Vertretung und der Wahlberechtigung ausgeschlossen sind.

Die Abgg. Albrecht u. Genossen (Soc.) beantragen diese Bestimmung zu fassen: Durch das Statut muß bestimmt werden, inwieweit solche Arbeitgeber von der Vertretung und Wahlberechtigung ausgeschlossen sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Trimbom (C.), wie sich die Regierung zur Frage des Proportional-Wahlrechts stelle, erwidert Geheimrat Dr. Eucken-Abdenhausen: Das Ministerium des Innern ist der Ansicht, daß sich sehr wohl das Proportional-Wahlrecht bei den Krankenkassen weiter ausbauen läßt, ohne die fundamentalen Grundsätze der Freiheit und der Geheimheit der Wahl zu verletzen.

Abg. Stadthagen befragt über den Antrag Albrecht.

Nach Ablehnung des Antrags Albrecht wird § 38 unverändert angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 28. April, vormittags 11 Uhr. (Interpellation Gerstenberger betreffend die Ausbildung der Fleischbeschauer, Fortsetzung der zweiten Beratung der Krankenversicherungs-Novelle.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom Montag, den 27. April 1903, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Ueber die Petition von Dr. Dohle und Genossen (Sächsischer Journalisten- und Schriftsteller-Verein) um Reform des Strafvolkswesens und andre Behandlung der wegen Vergehen verhafteten Journalisten und Schriftsteller wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Frankfurter Journalisten- und Schriftsteller-Verein petitioniert um reichsgesetzliche Regelung des Strafvolkswesens unter Einführung einer besonderen Strafverhängungsart für die nicht wegen gemeiner Vergehen Verurteilten.

Die Petitionskommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Defer (Hospitalant der freif. Vp.) befragt über einen Antrag auf Ueberweisung dieser Petition als Material. In § 16 des Strafgesetzes wird bestimmt, daß die Personen in den Gefängnissen ihren Verhältnissen entsprechend beschäftigt werden können. Leider ist aber im Strafgesetz nicht ausgesprochen, in welcher Weise eine solche Beschäftigung in den Gefängnissen einzurichten ist. Es bestehen Vorschriften nur für die einzelnen Gefängnisse. So heißt es meistens, daß auf den Gesundheitszustand, die Berufsverhältnisse usw. des Gefangenen Rücksicht genommen werden soll. Bei einer einigermaßen logischen Auslegung dieser Bestimmung müßte man doch allen Journalisten mindestens die Selbstbeschäftigung gewähren. In den Gefängnisvorschriften wird auch vorgeschrieben, daß auf das günstige Fortkommen der Gefangenen nach der Entlassung Bedacht genommen werden soll. Schon deshalb muß die Selbstbeschäftigung den Redakteuren gewährt werden, damit sie bei der Entlassung über die während der Strafzeit vorgekommenen Ereignisse orientiert sind. Die Gefängnisdirektoren scheinen immer der Ansicht zu sein, daß es für den Journalisten ein Vergnügen ist, Zeitungen zu lesen. Das ist nicht der Fall. Der Journalist liest die Zeitungen nicht, um sich zu erholen oder zu unterhalten, sondern weil es sein Beruf erfordert. Heute ist die Gewährung der Selbstbeschäftigung abhängig von dem Belieben des betreffenden Gefängnisdirektors. Im Gegensatz zu Preußen ist in Hessen die Gewährung der Selbstbeschäftigung allgemein geregelt. In Frankfurt ist dem Redakteur der „Volkstimme“, Dr. Luard, im Gefängnis gesagt worden: „Gute bekommen Sie noch einmal Selbstbeschäftigung, aber das nächste Mal wird Sie Ihnen nicht wieder gewährt werden!“ (Hört! hört! links.) Ich bin der Ansicht, daß die Lehre von der Rückfälligkeit für Verbrechen nicht aufrechtzuerhalten ist. Unser Strafgesetz hat die eigentümliche Stellung des verantwortlichen Redakteurs geschaffen. Es kommt vor, daß dieser nicht alles lesen kann und sich mehr oder minder auf seine Kollegen verlassen muß. Er wird also eben, bestraft für eine That, die er gar nicht verübt hat. Er ist gar nicht der Schuldige, sondern wird vom Gesetz nur zum Schuldigen gestempelt. (Sehr richtig! links.) Den Thäter anzugeben wäre zunächst eheles, hätte aber auch keinen Zweck, denn der verantwortliche Redakteur kommt dann nicht frei, sondern wird als Mithäter bestraft. Protestieren muß ich ferner gegen die oft unwürdige Behandlung von Redakteuren. Ich erinnere nur an die Zusammenfassung von Redakteuren mit gemeinen Verbrechern. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo! links.)

(Die Abgg. Dr. Langerhand (freif. Vp.), Metzger (natl.), Fleck (C.), Werner und Dr. Arendt (H.) erklären sich für den Antrag Defer.)

Abg. Dr. Vorth (freif. Vg.): Die Einmütigkeit, die sich bei dieser Frage bei allen Parteien gezeigt hat, wird hoffentlich die Regierung auch veranlassen, das Material zu benutzen. Die Behandlung von Redakteuren gleich gemeinen Verbrechern ist eines Kulturstaates unwürdig. (Bravo! links.)

Der Antrag Defer wird fast einstimmig angenommen, nachdem ein Antrag Doltschke (L.) auf Rückverweisung an die Kommission abgelehnt war.

Ueber eine Petition um Aufhebung der Grenzperre für Schlachtvieh beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Interpellation Gotthein, betreffend Sturmshäden an den Seelüften, Interpellation v. Buddenbrod, betreffend die Anstellungsverhältnisse der Militärärzte, Petitionen.)

## Partei-Nachrichten.

Ein Kampf um ihr Versammlungsrecht müssen die Leipziger Genossen noch neben dem Reichstags-Wahlkampf führen. Vor einem Jahre erklärten eine Anzahl Sozialisten in Leipzig unserer Partei unter gewissen Bedingungen ihre Lokale zur Verfügung zu stellen. Diese Bedingungen wurden von unsren Genossen imgehalten; dagegen mußten sie bei Beginn der jetzigen Wahlbewegung plötzlich die Erfüllung machen, daß man ihnen trotz der schriftlich gegebenen Zusage die Säle unter allerlei Vorwänden verweigerte. Die Genossen beschloßen nun, die betreffenden Säle und das Bier einer Anzahl Brauereien, welche Einspruch auf die Saalbesitzer haben, zu meiden, wenn nicht bis Sonnabendmittag die Lokalfrage geregelt sei. — Da bis dahin eine Antwort der Brauereien nicht eingegangen war, dürfte jetzt der Voulott eine vollendete Thatsache sein.

Totenliste der Partei. In Solingen starb einer „von der alten Garde“, der Redakteur-Schleifer Emil Schumann. Derselbe war seiner Zeit einer der eifrigsten und thätigsten Parteigenossen. Zunächst Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, gehörte derselbe später der Eisenacher Richtung an und machte die Kämpfe zwischen Lassalleern und Eisenachern mit, welche doch später zur Einigung führten. Unter der schweren Zeit des Schmachgesetzes war er Vertrauensmann für Solingen und leitete die meisten Parteiversammlungen. Auch waren die neuesten Nummern des „Staats-Anzeigers“, wie der „Züricher „Socialdemokrat“ genannt wurde, immer in seinem Besitz. In den Zusammenkünften, welche 1886 und 1887 im Solinger Kreise zwecks besserer Agitation stattfanden und in welchen die Differenzen mit Schuhmacher zu Tage traten, war er anfangs noch zugegen. Als sich dieselben aber zuspitzten, zog er sich zurück und ist in den letzten Jahren nicht mehr öffentlich hervorgetreten.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Einen preussischen Richter überflüssigerweise gelobt haben wir in Nr. 94 unseres Blattes. Wir erhalten dazu von befreundeter Seite folgende Zuschrift:

Unter der Epithete: „Ein anständiger Richter und ein wenig anständiger Gewährsmann“ bringt Ihre Nr. 94 eine Notiz, die den Gewährsmann der Frankfurter „Volkstimme“ im Falle Göring-Bänder zu den „gewissenlosen“ Gewährsmännern rechnet. Wie wenig das zutrifft, dürfte folgendes ergeben: Amtsgerichtsrat Göring war wegen seines außerordentlich rigorosen Verhaltens, mit dem er als Hauswirt seine Mieter jahreslang regaliert, wiederholt Gegenstand bestiger Angriffe in der „Volkstimme“ gewesen, ohne daß Herr Göring den Versuch der Abwehr unternommen hätte oder auch nur hätte unternommen können. Die Reizzahl der Vorwürfe rühten sich nämlich auf unzulässiges Material. Im Vordergrund standen zwei Postkarten Görings an zwei seiner drei Mieter, in denen er diese Mieter zu irgendwelchen seinen Verrichtungen mit der Androhung aufforderte, daß er im Weigerungsfalle diese Verrichtungen durch sein Dienstmädchen ausführen lassen würde und daß dieses Mädchen für jede dieser Verrichtungen (z. B. einen Gang zum Handwerker usw.) 30 Pfennig einfordern werde. — In diese Postkarten, deren Existenz und Inhalt ganz unbestritten ist, knüpfte ein „Eingekandt“ der Nr. 45 der „Volkstimme“ einige juristische Bemerkungen, die darin gipfelten, daß diese zehn Mark-Ergüsse auch nicht ohne kriminelles Interesse seien. — Dieses „Eingekandt“ wiederum, das gar keine neuen Behauptungen aufstellt, sondern nur aus zweifellosen That-sachen wenig schmeichelhafte rechtliche Schlussfolgerungen zieht, bildete den Gegenstand des gegen Zander eingeleiteten Strafverfahrens, in dem sich der Angeklagte leider zu einer den durchaus zuverlässigen Gewährsmann einfach preisgebenden Ehrenerklärung bestimmen ließ.

Wir bedauern, in diesem Falle dem Einsender der betreffenden Notiz Unrecht getan zu haben, ohne daß wir deswegen unser allgemeines Urteil über eine gewisse Kategorie von Mißbrauchern der Arbeiterpresse zurückzunehmen brauchen. Unbegreiflich bleibt dann freilich im vorliegenden Falle das Verhalten des verantwortlichen Redakteurs.

— Genosse Fleißner von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hatte das seltsame Glück, am 30. Januar d. J. vom Schöffengericht in Dresden freigesprochen zu werden. Er hatte vor circa 1 1/2 Jahren eine unter seltsamen Umständen vor sich gehende Versammlungsausschließung kritisiert. Das Schöffengericht kam zu einem Freispruch, obgleich in den Notizen starke Ausdrücke gebraucht wurden; aber „der ganze Vorgang sei auch dazu angethan gewesen“. — So beglückte sich der Angeklagte nach seinem Freispruch fühlte, so unbehaglich war derselbe dem Herrn Anwalt. Er legte Berufung ein und die Strafkammer fand denn auch in zwei Wendungen formale Verleumdungen, die sie mit nicht weniger als 100 M. Geldstrafe ahndete.

## Aus der Frauenbewegung.

Rigdorf. Die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes werden ganz besonders auf die heute abend bei Tiel, Bergstr. 151/152, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht.  
Die Vertrauensperson.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 30. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Die Mutterung vom Kampfe. — Der Kampf und die Niederlage der Arbeiter in Holland. Von Henriette Holland-Goltz (Gruenewald). I. — Die Qualifikation der Arbeiter. Von H. Hermann. Die Gewerkschaftsbewegung Belgien. Von Felix Kummer (Brüssel). — Die politische Lage in Italien. Von Romeo Gold (Rom). II. — Leo Tolstoj an die Arbeiter. Von Friedrich Stampfer. — Literarische Rundschau: Gollardo (Guido Podrecca), L'Asino nolla Luna. Von Robert Weigel. — Notizen: Die Photographie im Dienste des Arbeiterkampfes. Von R. R. Gumpel.  
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kioskbüchereien zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspostämter der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 6575 eingetragenen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Nach langen schweren Leiden  
entschied am 25. d. M., abends  
11 Uhr, meine liebe Frau und  
unsre gute Mutter  
13592  
**Auguste Hohmuth,**  
geb. Erdmann,  
im 36. Lebensjahre.  
Dies jetzt allen Fremden und  
Bekanntem tiefbetrauert an  
Eduard Hohmuth, Restaurateur,  
Liquorist, 51, nebst Kindern und  
Großmutter.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von  
der Leichenhalle des neuen Jüdisch-  
Kirchhofes in Schöneberg, Tempel-  
hofstraße, aus statt.

Central-Verein aller in der Kut-  
branche beschäftigten Arbeiter und  
Arbeiterinnen (Filiale Berlin).  
Den Kollegen und Kolleginnen  
zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Liddy Streich**  
am 26. d. M. gestorben ist.  
Die Beerdigung findet Mittwoch,  
den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr,  
vom Trauerhause, Pankestr. 54,  
aus, nach dem Danke-Strichhof,  
Zegeler Chaussee, statt. 9966  
Kege Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

Verein sozialdemokratischer  
Gast- und Schankwirte  
Berlins und Umgegend.  
Am 25. April verstarb die Frau  
unsres Kollegen Ed. Hohmuth  
**Frau Auguste Hohmuth**  
geb. Erdmann.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von  
der Leichenhalle des neuen Jüdisch-  
Kirchhofes in Schöneberg,  
Tempelhofstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
69/8 Der Vorstand.

Central-Kranken- und Begräbnis-  
kasse der Sattler und Beruigen.  
„Hoffnung“ (C. S. 64).  
Crisisverwaltung Berlin.  
Hiermit zur Nachricht, daß unser  
Mitglied, der Sattler  
**Albert Christopeit**  
am 24. April 1903 verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, 28. April, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Golgatha-Kirchhofes, Varlusstraße,  
aus statt.  
9945 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.  
Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau und unsre gute Mutter  
**Liddy Streich,**  
geb. Böhner,  
am 26. d. Mts., früh 1/5 Uhr ge-  
storben ist. Die Beerdigung findet  
Mittwoch, den 29. d. Mts., nach-  
mittags 5 Uhr, vom Trauerhause,  
Pankestr. 54, aus nach dem Danke-  
Strichhofe, Zegeler Chaussee, statt.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die Hinterbliebenen 9965  
Eduard Streich nebst Kindern.

Beerdigungsverein  
Berliner Zimmerleute.  
Am 25. d. Mts. starb nach  
längerem Verleiden im Alter von  
62 Jahren unser Mitglied, der  
Zimmerer Herr  
**Wilhelm Seidel.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am 28. d.  
Mts., 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause,  
Beberstr. 18, aus nach dem St.  
Georgen-Kirchhof, Landsberger  
Allee, statt.  
10045 Der Vorstand.

Ortskrankenkasse  
der Sattler.  
Am 24. April verstarb der  
Sattler  
**Albert Christopeit.**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr von  
der Leichenhalle des Golgatha-  
Kirchhofes aus statt.  
978/11 A. u. G. Berner.

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme, sowie für die prächtigen  
Kranzspenden bei der Beerdigung  
unsres Bruders und Schwagers lagen  
wir unsren herzlichsten Dank. (1902  
J. u. E. Guhn,  
Reichenbergerstr. 61a.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, 28. April  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus, Orpheus und Eurpyde.  
Schauspielhaus, Die Hugenoten.  
Deutsches, Monna Vanna.  
Berliner, Alt-Heidelberg.  
König, Die Jüdin von Toledo.  
Neues, Pelles und Melisande.  
Weidens, Lutti.  
Weiten, Der Verschwenker.  
Central, Chinesische Flitterwochen.  
Thalia, Der Posannengel.

Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater).  
Die guten Freunde.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.  
Theater) Wohlthätige Frauen.  
Belle-Alliance, Bid und Bodet.  
Carl Reich, Der liebe Gebot.  
Buntes, Der gute Gefindeball.  
Wintergarten, Wintergarten.  
Lutti, Eine feste Burg.  
Kleines, Nachtasyl.  
Trianon, Die Rotbrücke.  
Casino, Elternlos, Fritschen und  
Pelleschen, Specialitäten.  
Metropol, Neues! Allerneuestes!  
Apollo, Der Gefindeball, Speciali-  
täten.  
Wintergarten, Specialitäten.  
Reichshallen, Stettiner Sänger.  
Besage-Theater, Specialitäten.  
Palast, Die neueste Richtung,  
Specialitäten.

Urania, Taubenstrasse 48/49.  
Photographie in natürlichen  
Farben (durch Wald und Flur).  
Im Hörsaal um 8 Uhr:  
Dr. G. Nass: Kupfer, Queck-  
silber, Gold und Platin.  
Jubiläumstrasse 57/62, Stern-  
warte, Täglich geöffnet von 7  
bis 11 Uhr.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter, Straße 132.  
Letztes Auftreten des Hrn. Roger.  
Zum letztenmal:  
**Der liebe Gebot.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Benefiz für Hrn. Busch  
und Herrn Lorkowski.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.  
**Der Posannengel.**  
Witzvollste Posse mit Ges. und Tanz.  
Tanzparodie, Artisten-Revue.  
Thieler als Spreewälder Amme.  
Sonntagmittags 3 1/2 Uhr:  
Charles' Tante.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Lutti (Loute).**  
Schwank in 4 Akten von Pierre Beyer.  
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**  
Sonntagmittags: Sein Doppel-  
gänger.

**Belle-Alliance-Theater.**  
heute vorletzte Vorstellung:  
**„Piek und Pocket“.**  
Donnerstag bei kleinen Preisen:  
**Maria Magdalena.**  
Hierauf: Der Weichensteller.

**Palast-Theater**  
Burgstrasse 22. Früher: Fein-Palast.  
Letzte Woche:  
**Die neueste Richtung.**  
Schwank in 3 Akten v. Dr. Schreyer.  
Alle Specialitäten neu!!  
Mr. Browns, Biotope.  
Vorführung lebender Photographien.  
Schluß der Saison:  
Donnerstag, den 30. April.  
Ehren- u. Vorzugskarten  
werden mit Salonschluss ungenüht.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**Metropol-Theater.**  
Mit glänzender Ausstattung.  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
Emil Thomas a. G. Josef Josephi.  
Henry Bender.  
Frid-Frid, Flora Siding, Wini Grabitz,  
300 Mitwirkende.  
Im dritten Bild:  
Eine Sitzung bei Anna Rothe.  
Grandioses Ballett.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Täglich 8 Uhr mit grossem Erfolg:  
**Gesindeball.** Gesangs-  
Burleske  
mit d. spiritist. Anna Rothe-Parodie.  
Ferner: Donatella. — Cake-Walk. —  
4 Madcaps. — Seldoms. — Hein. Blank.  
Kilianys leb. Bilder. — Kosmograph.  
In Vorbereitung:  
**Die Liebesinsel**

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Die guten Freunde.**  
Lustspiel in 4 Akten v. St. Sardou.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Die guten Freunde.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Die guten Freunde.**

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Wohlthätige Frauen.**  
Lustspiel in 4 Akten von H. P. Kröner.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Der ledige Hof.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Der ledige Hof.**

### Freie Volksbühne.

Mittwoch, den 29. April, im Gewerkschaftshaus  
(grosser Saal), Engel-Ufer 15:  
**General-Versammlung.**  
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte  
gestattet.  
Tagesordnung: Vortrag, Herr Dr. Emil Geyer: Der  
Naturalismus und neue Bestrebungen in der Theaterkunst.  
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, Revisions-  
bericht und Diskussion. — Festsetzung des Kassierers-  
gehalts, Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses, der  
Revisoren und Obleute.

Sonntag, den 3. Mai er., nachmittags 2 1/2 Uhr:  
**Lessing-Theater.** // **Metropol-Theater.**  
6./7. Abteilung. // 3./4. Abteilung.  
**Johannisfeuer.** // **Im Hinterhaus.**  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

### Urania. Kleines Theater.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Photographie in natürlichen Farben  
(durch Wald und Flur).  
Im Hörsaal um 8 Uhr:  
Dr. G. Nass: Kupfer, Queck-  
silber, Gold, Platin.

Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtasyl.**  
Neues Theater  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Pelleas und Melisande.**  
**Central-Theater**  
Unter Leitung des Hrn. Dir. Jenevsky.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Chinesische Flitterwochen.**  
Operette in 3 Akten von  
G. Lailot.  
Mittwoch, Donnerstag u. Freitag,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Fledermaus.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Sonntag, den 2. Mai, abends  
7 1/2 Uhr: **Madame Scherr.** Oper-  
ette in 3 Akten von Hugo Felig.

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.  
**Passage-Theater.**  
Anfang: Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr.  
Ende 11 Uhr.  
**Oskar Klein**  
(Tyll Eulenspiegel).  
**Cake-Walk**  
der echten Louisianas.  
Ganz Berlin zerbricht sich  
schon den dritten Monat  
den Kopf über **AGA!**  
die schwebende Jungfrau!

**Casino-Theater**  
Lothringenstr. 37.  
Nur noch bis 1. Mai!  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.  
**Elternlos, Fritschen u.  
Lieschen.**  
Nur noch bis 1. Mai:  
Marcilly! Les trois Berg's etc.  
2. Mai: Ganz neues Programm.  
Zum erstenmal: Unser Goldjunge.

**Castans Panoptikum.**  
Friedrichstr. 165.  
Mit seinen weltberühmten  
Wachsfiguren  
u. unzähligen andern Sehens-  
würdigkeiten, Kunstschätzen etc.  
Gr. Promenaden-Konzert.  
Neu! **Cléo Otéro,**  
die interessante Rauch- und  
Sandalerin.  
Neu! **Pythia,** d. hellsehende  
Dame.  
**Anthropos,** der künstliche  
Mensch  
und vieles andre.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Zum letztenmal! Zum letztenmal!  
Die  
**Memoiren des Teufels.**  
Anfang 8 Uhr:  
Nachher: **Ball.**  
Mittwoch: **Geschlossen.**

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse,  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstrasse.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Rotbrücke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gréard  
und Francis de Croisset.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Die  
Liebeschaufel.**

**Bernhard Rose-Theater-Ensemble**  
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.  
Dienstag, den 28. April:  
**Krieg im Frieden.**  
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser  
und Franz v. Schönthan.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag:  
**Die wilde Rage.**

**Luisen-Theater.**  
Letzte Woche!  
Abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Eine feste Burg.**  
Mittwoch: Hamlet.  
Donnerstag: Letzte Vorstellung in  
dieser Saison: **Die Cameliendame.**

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger.**  
11. a.: Bühnengrössen  
und Anna Pote, das  
Blumenmodum.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Buntes Theater.**  
Köpnickerstrasse 68.  
Freisprechen von Häcker.  
O'Wennerin v. Frhrn. von Stenglin.  
Mayerchen von Dr. Jon Lehmann.  
Vom 1. bis 17. Mai:  
Gastspiel des Opere-Ensembles des  
Theaters des Westens.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen,  
Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,  
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel  
zur Krankpflege.  
**Eigne Werkstatt.**  
Alexant. Dri- u. Hils-Strassenknoten.  
Berlin C., 10732.  
30. Finien-Strasse 30.  
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen  
Belotten, angenehm und weich  
am Körper.

**Wintergarten**  
Pantzer Brothers, Akrobaten,  
Ralph Johnstone, Bicyclist,  
She, die 4 Elemente.  
Renée Dehaage, Kaleidoscop-Tanz.  
Heshi Tokio, Japanertruppe.  
Charlotte Kara, CreolischeSängerin.  
Bachus Jacoby, Humorist.  
Los Provençales, Französisches  
Gesangs-Quartett.  
Mlle. Miette, Par. Strassensäng.  
La Belle Toledo, Span. Tanz.  
**Harry Houdini, Künstler.**  
Das Fest d. Lucullus, Ballett.  
Der „Biograph“.

### Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.  
Unentbehrlich für Ausflügler!  
Specialkarten  
der näheren Umgebung Berlins.

Bernau-Biesenthal, Ranke, Stern-  
und Wanditz-See 1,00 M.  
Buckow am Schermügel-See (Bär-  
tische Schweiz) nebst Rührer 0,75 M.  
Cöpenick, Friedrichshagen, Wol-  
terstorf - Erfter - Schmiedewitz - Kö-  
nigs-Wusterhausen-Wittenwalde 0,75 M.  
Eberswalde, Freienwalde-Oderberg 1,25 M.  
Eberswalde, Jagdfließ Hubertus-  
stod, Kloster Chovin 1,00 M.  
Freienwalde und nächste Umgebung  
nebst Rührer 1,00 M.  
Freienwalde, Briesen, Oderberg 1,00 M.  
Grünwald und westliche Vororte  
Berlins 1,00 M.  
Potsdam, Stadtplan mit nächster  
Umgebung nebst Tourenverzeichnis 0,75 M.  
Potsdam und Werder 1,00 M.  
Spreewald m. praktischem Touren-  
führer 0,75 M.  
Strausberg und der Blumenthal 1,00 M.  
Tegel - Heiligensee, Schulgendorf,  
Hermstorf, Haselhorst und Hasen-  
felde 0,75 M.

Ferner empfehlen als sehr praktisch:  
Taschenatlas von Berlin und Um-  
gebung, enthaltend 21 Karten und  
Pläne mit Führer, leicht-handliches  
Format 2,00 M.  
Wanderbuch für die Mark  
Brandenburg, 3 Bände, Zu-  
sammen 5,00 M.  
I. Teil: Nähere Umgebung Ber-  
lins, umgibt die Gegend von  
Potsdam, Spandau, Dramenbürg,  
Stöngerswitzerhauken 1,50 M.  
II. Teil: Westliche Hälfte der Um-  
gebung Berlins bis Branden-  
burg a. H., Stendal, Tangermünde,  
Neu-Stuppin, Neu-Strelitz 1,50 M.  
III. Teil: Östliche Hälfte der Um-  
gebung Berlins bis Eberswalde,  
Frankfurt a. D., Schwedt, Küstrin,  
Lützen, Spreewald, Rastau 2,00 M.  
Diese Wanderbücher bieten prächt-  
volle Schilderungen der Mark, viele  
detaillierte Karten und Pläne und  
sind so dem Wanderer ein zuverlässiger  
Führer und Berater.

**Etablissement  
Buggenhagen  
am Moritzplatz.**  
Jeden Tag:  
**Militär-Konzert.**  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag  
im Kaiser-Saal: **Tanz.**  
Von Ende April ab wird  
das berühmte Orchester d. Signor  
Vincenzo Ferrara dirigieren.

**Sanssouci.**  
Donnerstag, Sonntag und  
Montag:  
**Hoffmanns  
Norddeutsche Sänger.**  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz-Kränzchen.**  
Vereinsbillets gültig.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Täglich:  
Theater- u. Specialitäten-Vorst.  
Nur kurzes Gastspiel:  
**Madame Latour, die  
fische Soubrette.**  
Der erste Tote.  
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:  
**Tanz.**

**Fritz Linkes Fleck-Stube**  
S. Neue Ross-Str. 8.  
1/2 Musikanst. Fr. Goppoldt 1/2  
10 Pf. 10 Pf.  
Einem werden Publikum bestens  
empfohlen. 1303L\*

### III. Wahlkreis.

Dienstag, den 28. April 1903, abends 8 Uhr:  
**Volks-Versammlung**  
im großen Saale von Buggenhagen am Moritzplatz.  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstags-  
Abgeordneter **Wolfgang Heine.**  
2. Diskussion.  
NB. Die Wähler des III. Wahlkreises sind zu dieser Ver-  
sammlung besonders eingeladen.  
212/1 **Die Vertrauensleute.**

**Reichstags-Wahlkreis  
Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde.**  
Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr.  
findet im Lokale von Ewald, Schönleinsstrasse 6, eine öffentliche  
Versammlung aller in Berlin und Umgegend arbeitenden Reichstags-  
wähler aus oben genanntem Kreise statt.  
Tages-Ordnung: Vortrag über die bevorstehende Reichstags-  
wahl. Referent: **Ferdinand Ewald.**  
Das Erscheinen sämtlicher genannten Wähler ist Pflicht.  
**Der Einberufer.**

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.  
(Bezirk Wedding.)**  
Am Mittwoch, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Wedding-Par“,  
Käsestr. 178:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Fülle** über: Die bevorstehende Reichstags-  
wahl. 2. Bericht aus den Vertreterkationen. 3. Antrag der Berliner  
Obleute. 137/7  
Guten Besuch erwartet **Der Obmann.**

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.  
(Bezirk Wedding.)**  
Am Mittwoch, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Wedding-Par“,  
Käsestr. 178:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Fülle** über: Die bevorstehende Reichstags-  
wahl. 2. Bericht aus den Vertreterkationen. 3. Antrag der Berliner  
Obleute. 137/7  
Guten Besuch erwartet **Der Obmann.**

**Centralverband der Maurer.**  
Zahlstelle Charlottenburg.  
Dienstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale  
des Volkshauses, Rosenthalerstr. 3:  
**Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom Bauarbeiterklub-Kongress und vom Verbandskongress.  
2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1903. 4. Befragung  
der Mitglieder betreffend: a. Baupolizei-Schurk. b. Gewerkschaftliches  
und Vertriebenes. 137/8  
Bereite Kollegen! Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen muß die  
Beratung unter allen Umständen von jedem Kollegen besucht werden.  
Auch ist pünktliches Erscheinen notwendig, da die Tagesordnung eine sehr  
wichtige ist. Mitgliedsbuch legitimiert. 137/8  
Mitgliedsbuch legitimiert. Die örtliche Verwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Mittwoch, 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Kasino,  
Dresdenerstr. 96 (nahe Prinzenstraße):  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Abrechnung von beiden Urania-Veranstaltungen.  
3. Antrag der Ortsverwaltung auf Entschädigung der Buchbinder-  
Tarifkommission.  
4. Protest gegen die Wahl des Mitgliedes P. Zahn zur Gewerkschafts-  
kommission.  
5. Verbandsangelegenheiten (Vergütung der Druckarbeiten).  
6. Verschiedenes.  
Wir ersuchen alle Mitglieder, in dieser Versammlung vollständig  
und pünktlich zu erscheinen. 24/1  
Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter  
und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Mittwoch, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof,  
Rosenthalerstr. 11-12:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Kiesel** über: Die Bedeutung des 1. Mai.  
2. Diskussion. 3. Vortragsbericht. 4. Kassenbericht.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 64/6  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Bauanschläger Deutschlands.**  
Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Bericht  
der Tarifkommission. 3. Verbandsangelegenheiten (Stellungnahme zum  
1. Mai). 4. Verschiedenes.  
Mitgliedskarte legitimiert. 100/25  
Das Erscheinen ist der wichtigsten Tagesordnung wegen eines jeden  
Kollegen dringende Pflicht. **Der Vorstand.**

**Achtung! Bauanschläger. Achtung!**  
**Verband der Bauanschläger Deutschlands.**  
Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Bericht  
der Tarifkommission. 3. Verbandsangelegenheiten (Stellungnahme zum  
1. Mai). 4. Verschiedenes.  
Mitgliedskarte legitimiert. 100/25  
Das Erscheinen ist der wichtigsten Tagesordnung wegen eines jeden  
Kollegen dringende Pflicht. **Der Vorstand.**

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer  
Berlins und Umgegend.**  
Heute Dienstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, findet in sämtlichen  
Zahlstellen **Abendsprache** statt. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.  
**Freitag, den 1. Mai,**  
treffen sich die Kollegen früh 8 Uhr in den Zahlstellen, um gemeinsam zur Mai-Versammlung  
zu gehen. **Der Vorstand.**

**Kranz- und Blumenbinderei  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Strasse 2.**  
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-  
Arrangements, Bouquets, Girlanden  
usw. werden sehr u. preiswert geliefert.  
7095\*

**Kranz- und Blumenbinderei  
von H. Rodewald,  
Alexandrinenstrasse 1a.**  
Kränze mit Schmuckgütern,  
Arrangements zu Festlichkeiten, Bou-  
quets, Tischgewächse jeder Art re-  
preiswert. 7095\*

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.  
Backware**  
6 Stück für 10 Pf. **Albrechts Bäckerei:**  
Branchestr. 9, Krautstr. 19,  
Friedrichstr. 28, Panikerstr. 2,  
Karlshofstr. 1, Stand 222/23,  
Karlshofstr. 1, Stand 16/18.



Preussische Landtagswahl-Konferenz.

Am Sonntagmorgen 2 Uhr trat die preussische Parteikonferenz in dem festlich geschmückten großen Saale des Gewerkschaftshauses zusammen.

Um 1/3 Uhr eröffnete

Singer

die Verhandlungen und hieß die Erschienenen im Auftrag und Namen des Parteivorstandes willkommen, zugleich im Auftrag der Berliner Genossen, die es sich zur besonderen Freude anrechnen, den ersten Delegiertentag Preussens in Berlin begrüßen zu können. Wir haben auf dem Parteitag in München beschlossen, daß zur Regelung der Beteiligung der Partei an den Landtagswahlen eine Konferenz der preussischen Parteigenossen stattfinden soll. In Ausführung dieses Auftrages hat der Parteivorstand die heutige Konferenz einberufen. Ich habe die Überzeugung, daß unsere Beratungen dem Wohle der Partei dienen werden und daß daraus hervorgehen wird eine Richtschnur für die Parteigenossen, die der Partei bei den preussischen Landtagswahlen zu Erfolgen verhelfen wird, zu Erfolgen wenigstens in der Beziehung, daß die Socialdemokratie die realen Verhältnisse Preussens im Wahlkampf zum Gegenstand ihrer Diskussion und Agitation machen wird. Es ist ja keine leichte Arbeit, die uns bevorsteht. Es handelt sich darum, daß auch im preussischen Landtag die Stimme des Volkes, die Stimme der größten Partei Deutschlands ertönt, damit auch in die Räume des preussischen Landtags Licht und Luft eindringe und Mittel und Wege zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, auch soweit der preussische Landtag in Frage kommt, gefunden werden. Die Frage, ob eine Beteiligung an den Landtagswahlen stattzufinden hat, ist heute nicht zu erörtern, sondern es steht nur das „Wie“ in Frage, auf welche Weise wir an den Landtagswahlen teilnehmen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß aus der Beratung der Konferenz nur hervorgehen kann der Entschluß und die Bestimmung an die preussischen Genossen, daß wir als socialdemokratische Partei in die Landtagswahlen eintreten und daß wir die Agitation für die Landtagswahlen im Sinne des Parteiprogramms zu betreiben haben. Ich zweifle nicht, daß die Haltung der Partei gegenüber den bürgerlichen Parteien den Prinzipien und der Tätigkeit entsprechen wird, die die Socialdemokratie nimmer seit 40 Jahren in Deutschland betreibt und daß die heutigen Beschlüsse den bürgerlichen Parteien zeigen werden, daß der Socialdemokratie nur daran liegen kann, das Recht des Volkes, das durch das Dreiklassen-Wahlrecht, diese Skandalur eines Wahlrechtes, unterdrückt ist, so weit es im Rahmen dieses Gesetzes möglich ist, zur Geltung zu bringen. Ich habe die Zuversicht, daß die Konferenz Wege finden wird, um die Würde, die Ehre und den Vorteil der Partei auch bei den Landtagswahlen auf das Entschiedenste zu wahren. Ich erkläre die Konferenz für eröffnet.

Auf Vorschlag von Hoch-Verlin werden gewählt als Vorsitzende Singer und Bruns-Verlin, als Schriftführer Ernst-Berlin, Lohrberg-Hannover und Reersfeldt-Köln.

Die Konferenz beschließt, die Geschäftsordnung der deutschen Parteitage als maßgebend zu betrachten.

Eine Präsenzliste soll hergestellt werden. Die Mitglieder der Fraktion des Reichstages, der Stadtverordneten-Fraktionen und diejenigen Genossen, die sich in der Presse lebhaft an der Debatte über die Landtagswahlen beteiligt haben, sollen Sitz und Stimme auf der Konferenz erhalten.

Das Referat über die

Beteiligung an den Landtagswahlen

hat

Dr. Krons-Verlin übernommen. Seinen Ausführungen liegt folgende vom Parteivorstand vorbereitete Resolution zu Grunde: 1. Für die Beteiligung an den preussischen Landtags-Wahlen ist ausschließlich der in Mainz 1900 gefaßte Parteitag-Beschluß maßgebend:

„In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlrecht besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, mit eigenen Wahlmännern in die Wahltagung einzutreten. — Für die Landtags-Wahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.“

2. Da bei der Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen wie an allen Parlamentswahlen für die Socialdemokratie in erster Linie die Entfaltung der Agitation zur Aufklärung der Massen steht, muß ohne Rücksicht auf etwaige materielle Erfolge überall dort in die Wahl eingetreten werden, wo überhaupt die Aufstellung socialdemokratischer Wahlmannskandidaten möglich ist. Das gilt in besonderen auch für einzelne vorgeschrittenere Orte solcher Wahlkreise, in denen im allgemeinen an die Aufstellung socialdemokratischer Wahlmänner nicht gedacht werden kann.

3. Kommt es bei den Urwahlen zur Stichwahl, in der nach Ausschall der Socialdemokraten liberale Kandidaten solchen anderer Parteien gegenüberstehen, so wird im allgemeinen für die liberalen Kandidaten zu stimmen sein.

4. Die Entscheidung über die Stellungnahme der socialdemokratischen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl ist nach Feststellung des Ergebnisses der Urwahlen durch das Central-Wahlkomitee im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Wahlkreis-Komitees zu treffen. In Wahlkreisen, in denen ein socialdemokratischer Abgeordneter-Kandidat aufgestellt wird, ist zu fordern, daß derselbe an erster Stelle gewählt wird. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so haben die socialdemokratischen Wahlmänner in allen Wahlgängen nur für den socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; bei etwaigen Stichwahlen ist Stimmhaltung zu üben.

5. Zur Vorbereitung der Wahlen ist sofort mit der Feststellung zu beginnen, an welchen Orten und in welchen Urwahlbezirken socialdemokratische Wahlmannskandidaten aufgestellt werden können. Ferner ist von den socialdemokratischen Gemeindevertretern überall darauf zu dringen, daß die Urwahlbezirks-Einteilung möglichst bald veröffentlicht wird.

6. Das Central-Wahlkomitee hat für das rechtzeitige Erscheinen einer billigen gedruckten Zusammenstellung der Wahlvorschriften Sorge zu tragen.

Der Referent verliest diese Resolution und giebt zu den einzelnen Punkten Erläuterungen.

Zu Punkt 1 hebt er hervor: Im äußersten Notfall würde eine Abänderung des Mainzer Beschlusses zulässig erscheinen. Ein solcher Notfall aber liegt durchaus nicht vor; im Gegenteil, nach der Meinung der meisten Parteigenossen kann es keinen besseren Beschluß geben, als den Mainzer. Selbst wenn der spiritisierende Verstand dieses oder jenes Genossen eine kleine Verbesserung am Mainzer Beschluß entdecken würde, wäre es doch durchaus unzulässig, sie vorzunehmen. Jede Aenderung des Mainzer Beschlusses würde nur zu Irrungen und Wirrungen und zu einer Abschwächung der Beteiligung führen. Der Mainzer Beschluß ist bekannt. Wir sind danach verpflichtet, mit eigenen Wahlmännern in den Wahlkampf einzutreten. Das heißt nicht, daß es den Kreisen frei gestellt ist, ob sie sich beteiligen wollen oder nicht. Sie sollen sich nach Möglichkeit beteiligen. Andererseits darf aber auch nicht verlangt werden, daß in ganz ausstichlosen Kreisen Wahlmänner aufzustellen sind. Bei den Reichstagswahlen 1898 waren in den 235 Wahlkreisen Preussens 13 ohne socialdemokratische Kandidaten und in 64 Kreisen wurden weniger als 500 Stimmen abgegeben. Danach wird es begreiflich, wenn eine große Anzahl preussischer Kreise nicht in die Landtagswahl eintreten werden, ohne daß von einem Verstoß gegen den Mainzer Beschluß die Rede sein muß.

Zu Punkt 2 der Resolution bemerkt der Referent: Der erste Satz versteht sich von selbst; nur der letzte Punkt erfordert eine Erklärung. Die Reichstags-Wahlstatistik zeigt, daß es Kreise giebt, wo die socialdemokratischen Stimmen prozentual noch nicht ins Gewicht fallen, in denen aber einzelne Städte schon bedeutend vorgeschritten sind. Da ist z. B. der Kreis Celle-Gifhorn, in dem die Socialdemokratie nur 23 Proz. der Wählerstimmen erhalten hat. Der Vertreter ist ein Welfe. In dem Kreis aber ist die Stadt Peine, in der 51 Proz. socialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind, so daß man sagen kann, wenn wir auch im Wahlkreise nicht an erhebliche Erfolge bei den Landtagswahlen denken können, so ist es doch in Peine möglich, eine größere Zahl von Wahlmännern aufzustellen.

In Köln wurde auf dem Parteitage bekanntlich die Nichtbeteiligung an den Landtagswahlen beschlossen; dagegen sollte mit aller Energie eine Protestbewegung gegen das Dreiklassen-Wahlrecht entfacht werden. Aus dieser Agitation ist bekanntlich nicht das geringste geworden. Historisch folgte auf den tapfern Kölner Beschluß die Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts in Sachsen im Jahre 1896. Selbst dieser Gewaltstreik führte zu keiner Agitation. Eine wirksame Agitation kann immer nur an Greifbares anknüpfen, nämlich an die Aufstellung von Kandidaten. Wie in Celle-Gifhorn liegen die Dinge in den Kreisen Elbing, Milhausen-Langensalza usw. Damit soll nun nicht gesagt werden, daß unter allen Umständen in Elbing oder in Langensalza Wahlmänner-Kandidaten aufgestellt werden müssen. Vom reinen Tisch, aus den reinen Zahlen, sind die Verhältnisse nicht zu beurteilen; das Urteil bleibt Sache der Genossen der einzelnen Kreise, die die praktischen Verhältnisse überschauen.

Punkt 3 der Resolution ist außerordentlich klar. Das Wort „im allgemeinen“ ist kein Füllwort, sondern hat seine bestimmte Bedeutung. Im allgemeinen sind die Liberalen als das kleinere Uebel zu betrachten. Es kann aber in einzelnen Orten Verhältnisse geben, die in einzelnen Personen liegen, die ein solches Vorgehen unmöglich machen. Durch die Wendung: „im allgemeinen“ soll verhindert werden, daß einzelnen Orten der Vorwurf gemacht wird, sie hätten gegen die Resolution gehandelt, während sie nicht anders verfahren konnten, als im besonderen Fall von der Regel abzuweichen.

Der erste Satz der Bestimmungen unter 4 empfiehlt sich, weil man das Ziel des Wahren erst verlieren soll, nachdem der Wähler erlegt ist. Weiterhin wird unter 4 bestimmt: „In Wahlkreisen, in denen ein socialdemokratischer Abgeordnetenkandidat aufgestellt wird, ist zu fordern, daß derselbe an erster Stelle gewählt wird. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so haben die socialdemokratischen Wahlmänner in allen Wahlgängen nur für den socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, bei etwaigen Stichwahlen ist Stimmhaltung zu üben.“ Es wird sich kaum vermeiden lassen, daß wir in allen Wahlkreisen, in denen wir in die Wahl eintreten wollen, socialdemokratische Abgeordneten-Kandidaten namhaft machen. Jede Agitation kann immer nur an etwas Tatsächliches, wirklich Gegebenes anknüpfen. Für die Agitation genügt es nicht, einfach zunächst nur Wahlmannskandidaten aufzustellen und erst dann zu bestimmen, wen diese wählen zu haben. Es muß, auch wenn zwei oder drei Abgeordnete zu wählen sind, immer wenigstens ein Kandidat aufgestellt werden, auch wenn dabei etwa Doppelpersonen vorkommen. Die Bestimmungen des Abs. 4 gelten natürlich nur für die Kreise, in denen nach der Urwahl die socialdemokratische Kandidatur vom Lokalkomitee in Uebereinstimmung mit dem Central-Wahlkomitee aufrecht erhalten wird. Dieser socialdemokratische Kandidat muß unbedingt im ersten Wahlgange gewählt werden. Wenn wir darauf nicht bestehen, könnte zwar im ersten Wahlgange durch Vereinigung von Socialdemokraten und Freisinnigen ein Freisinniger gewählt werden, während uns nachher die Freisinnigen im Stiche lassen und gewiß keinen Socialdemokraten wählen. (Sehr richtig!) Deshalb muß dies Verlangen unbedingt gestellt werden. Dieser Forderung geben wir Nachdruck durch die Bestimmung, daß, falls die Forderung nicht erfüllt wird, wir in allen Wahlgängen nur für die socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen haben, d. h. daß wir den Freisinnigen eventuell glatt durchfallen lassen. Es ist dies der wichtigste Punkt, über den wir heute zu sprechen haben. Ich hoffe, daß die Konferenz ohne lange Diskussion diese Bestimmung einstimmig annehmen wird. Nach einer Mitteilung im „Vorwärts“ wollen die Wagburger Parteigenossen den Vorschlag machen: Bei der Abgeordnetenwahl haben die socialdemokratischen Wahlmänner so lange nur für socialdemokratische Wahlmänner zu stimmen, bis diese ausfallen. Von dem dann noch zur Wahl stehenden Kandidaten haben die socialdemokratischen Wahlmänner bei jedem Wahlgang für denjenigen Kandidaten einzutreten, der von den noch zur Wahl stehenden seiner Parteistellung nach als das kleinere Uebel anzusehen ist. Welches Uebel als das kleinere anzusehen ist, bestimmt die Parteiorganisation des Wahlkreises.“ Das würde allerdings eine wesentliche Vereinfachung bedeuten, wir brauchen dann gar kein Central-Wahlkomitee. Aber eine solche Bestimmung würde einfach die Mainzer Resolution illusorisch machen, die Tätigkeit des Central-Wahlkomitees würde in den Wind verlegt werden. (Weiterleit.) Und darüber hinaus handelt es sich doch darum, für uns materielle Erfolge zu erringen. Wir können unmöglich nach wie vor den Liberalen im preussischen Landtage die Vertretung der Volksforderungen überlassen, zumal es sich in der nächsten Zeit auch darum handelt, das Wahlrecht zu ändern. Wir müssen durchsetzen, daß einige Socialdemokraten in das Abgeordnetenhaus einziehen. (Sehr richtig!) Von freisinniger Seite ist nun gesagt worden: „Wenn die Socialdemokraten Mandate erringen wollen, so mögen sie das thun. Aber sie sollen nicht in ihren Jagdbieten auf die Jagd gehen. Wo wir augenblicklich ein Mandat haben, dürfen die Socialdemokraten keinen Abgeordneten verlangen.“ Das sind aber doch nur so lange die Jagdgründe der Liberalen, als wir darauf verzichten, in diesen Jagdgründen, die nach dem Ergebnis der Reichstagswahl uns gehören, selber zu jagen. Wir kommen doch auch nicht als die armen Feufel, die nichts zu geben haben. Wenn die Liberalen von dem Standpunkt abgehen, daß die Socialdemokratie das schöne Kind ist, mit dem man zwar zu Hause verkehrt, von dem man sich aber nicht unter den Linden gehen läßt (Weiterleit), wenn sie die Socialdemokratie als gleichberechtigte Partei anerkennen — was für sie eine große Ehre ist (Sehr gut!) — werden sie in der Lage sein, selbst eine ganze Reihe von Mandaten zu gewinnen, auch wenn sie uns Mandate abgeben. Unter den 250 preussischen Wahlkreisen giebt es 47 Wahlkreise, die im ganzen 81 Abgeordnete zu wählen haben, in denen bei der Reichstagswahl von 1898 die Freisinnigen und die Socialdemokraten zusammen mehr als 50 Proz. der Wähler gehabt haben. Das sind alles Wahlkreise, die bisher im Abgeordnetenhaus nicht freisinnig vertreten sind, sie sind vertreten durch 30 Konervative, 20 Freikonervative, 21 National-Liberale und einen Centrumsmann. Diese Zahl von 47 Wahlkreisen scheint mir aber noch viel zu gering zu sein, sie wird sich hoffentlich nach dem Ergebnis der kommenden Reichstagswahlen noch wesentlich vergrößern. Ich halte es unbedingt für erforderlich, jede Aenderung dieses Satzes der Resolution zu unterlassen. Die Vorschrift des letzten Satzes, daß Stimmhaltung zu üben ist, ist nicht gerade wörtlich bindend, man kann natürlich auch dadurch Stimmhaltung üben, daß man für den socialdemokratischen Kandidaten stimmt. Man muß den Gegnern zeigen, daß man noch da ist. Das kommt z. B. für Breslau in Betracht, wo drei Kandidaten zu wählen sind. Die Stimmung der Freisinnigen auf diesem Gebiete ist allerdings höchst miserabel. So schrieb die „Breslauer Zeitung“, die Socialdemokratie werde sich doch zu überlegen haben, ob sie ihre Teilnahme an den Landtagswahlen benutzen wolle, um die liberale Wahlkreise der Reaktion in die Hände zu spielen. (Weiterleit.) Vielleicht könnte es ja zu einem Wahlkompromiß, obgleich man keine rechte Vorstellung davon haben könne, wie sich dies praktisch vollziehen sollte. Denn bei der Kompliziertheit des Klassen-Wahlrechts, zumal bei der Deckungslosigkeit der Stimmabgabe, werde es viel schwieriger sein als

bei den Reichstagswahlen, nicht socialdemokratische Wähler zur Stimmabgabe für socialdemokratische Kandidaten zu bewegen. (Hört! hört!) Viel schlimmer noch ist aber das, was die „Vossische Zig.“ noch im letzten Vierteljahr schrieb. Das Blatt meinte, die Socialdemokratie habe in Breslau keine Aussicht, einen Abgeordneten in den Landtag zu bringen. Die Socialdemokratie werde somit auch weiter dem Freisinn zur Seite stehen, damit nicht zwei Konervative und ein Centrumsabgeordneter gewählt würden. Weiter heißt es: „Die Breslauer Socialdemokraten haben schon öfter anders gedacht als der „Vorwärts“. Sie wissen, daß es dem Breslauer Freisinn nicht möglich ist, ihnen ein Mandat zuzuwenden, da die „Vossische Partei“ niemals für ein solches Mandat zu haben sein würde. (Hört! hört!) Breslau wird stets freisinnig oder reaktionär vertreten sein.“ Trotz alledem dieses Wischwachs müssen wir an der Resolution festhalten. Wenn wir einen socialdemokratischen Kandidaten aufstellen — und das wird voraussichtlich in Breslau der Fall sein —, werden wir unbedingt verlangen, daß dieser Kandidat im ersten Wahlgange gewählt wird, sonst überlassen wir die Freisinnigen ihrem trostlosen Schicksal. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß mit aller Präzision betont werden, daß die Freisinnigen entweder einen socialdemokratischen Kandidaten wählen müssen oder mit ihren Stimmen glatt abfallen, damit sie sich bei der Aufstellung ihrer Wahlmänner danach richten können. Es giebt ja in der That auch Elemente unter den Freisinnigen, die tausendmal lieber mit der Socialdemokratie zusammen gehen, als mit den Konservativen; aus diesen unabhängigen Elementen müssen sie ihre Wahlmannskandidaten bestimmen; darauf müssen wir mit unserm Beschluß hinwirken.

Im Punkt 5 der Resolution ist alles enthalten, was an positiver Arbeit vor der eigentlichen Wahlbewegung geleistet werden kann. Es wird festzustellen sein, ob überhaupt Wahlmannskandidaten vorhanden sind. Wo dies der Fall, wird dabei auf alle drei Abteilungen Rücksicht zu nehmen sein. Es können auch in der zweiten und in der ersten Abteilung socialdemokratische Wahlmänner gewählt werden. Die bekannte Einteilung der Wähler und Urwahlbezirke führt ja zu den merkwürdigsten Resultaten. Diese Kuriositäten treten z. B. in zwei unmittelbar benachbarten Bezirken in der Königsberger Straße in Berlin in krasser Weise hervor; in dem einen dieser Urwahlbezirke wählt man, wenn man weniger als 11 800 M. Jahressteuer zahlt, in der zweiten Klasse, wenn man weniger als 2200 M. zahlt, in der dritten Klasse. In dem andern Urwahlbezirk wählt man bereits in der ersten Wahlklasse, wenn man 60 M. Jahressteuer zahlt (Weiterleit), bei 18 M. in der zweiten Klasse. Die Urwahlbezirks-Einteilungen sind bereits veröffentlicht worden in Charlottenburg, Linden, Breslau, Hannover und Schöneberg. Die Einteilungen beruhen auf der Volkszählung von 1900. Die Wahlmannskandidaten, die ja in den Amtsblättern veröffentlicht werden, müssen am besten den einzelnen Wählern in die Hände gegeben werden. Gelegentlich ist es vorgekommen, daß die Wahlmänner-Listen überhaupt nicht veröffentlicht sind.

Punkt 6 der Resolution enthält eine an sich selbstverständliche Forderung. Die Aufnahme dieses Punktes in die Resolution soll hauptsächlich zur Verübung der Genossen draußen im Lande dienen. Es kann nämlich ziemlich lange dauern, bis diese Zusammenstellung erscheint, weil die von der Regierung vorzunehmenden Änderungen des Wahlreglements voraussichtlich erst ziemlich spät bekannt werden werden. Das letzte Wahlreglement von 1893 ist vom 18. September datiert, während die Urwahlen bereits am 31. Oktober stattfanden.

Sobiel zu den einzelnen Punkten der Resolution. Ich möchte noch zwei andre Punkte daran anknüpfen. Die Vorschriften der Resolution können selbstverständlich nur Gültigkeit haben unter der Voraussetzung, daß das bisherige Wahlreglement ungeändert bleibt. Das wird aber sicher nicht der Fall sein. Der preussische Minister des Innern hat bereits erklärt, daß das Wahlverfahren geändert werden solle. So sollen zum Beispiel mehrere Wahlgänge in einen zusammengezogen und das System der Stichwahlen auf das Äußerste vereinfacht werden. Gegen dies Verfahren, das sämtliche Abgeordnete in einem Wahlgange gewählt werden sollen, ist von freisinniger Seite bereits Protest erhoben worden; es würde dadurch nämlich für Wogeleier seitens der Freisinnigen sehr viel weniger Raum geboten sein. Wir würden bei einem gemeinsamen Wahlgang für zwei oder drei Abgeordnete gleich verlangen, daß darunter ein Socialdemokrat sein muß. Wenn dem bei der Abstimmung die Freisinnigen den Socialdemokraten nicht wählen, nun, so streicken auch wir den Freisinnigen von der Liste und stimmen einfach für den Socialdemokraten. Schon in Anbetracht dieser Möglichkeit muß dem Central-Wahlkomitee möglichst viel Spielraum gelassen werden.

Koch eine andre Bemerkung. Es fragt sich, ob die Wahlen nach der bisherigen Methode überhaupt zu Stande kommen können. Es handelt sich darum, daß durch eine scharfe Herausarbeitung der Schwierigkeiten, die in dem System selbst liegen, dem ganzen System der Todesstoß versetzt werden kann. Aber selbst, wenn wir noch so entgegenkommend sein wollten, wären wir unter Umständen gar nicht in der Lage, die Wahl zu ermöglichen. Von bürgerlicher Seite ist ja auch darauf hingewiesen worden, daß durch unsere Beteiligung die Wahl den bürgerlichen Wählern vereitelt werden könnte. Es zeigt sich dabei, daß das ganze preussische Dreiklassen-Wahlrecht auf der elendesten Heuschrecke aufgebaut ist; es beruht auf der Voraussetzung, daß sich die Massen der Bevölkerung an der Wahl überhaupt nicht beteiligen. So hat eine ultramontane Korrespondenz immer wieder darauf hingewiesen, daß sich alles um die Frage drehe, ob die Arbeiter Lust haben würden, einen ganzen Arbeitstag der Wahl zu opfern. Darin liegt doch das Jagenhäufnis, daß die Wahl auf die Voraussetzung der Nichtbeteiligung der Massen der Arbeiterschaft aufgebaut ist. Neulich hat im preussischen Abgeordnetenhaus der freisinnige Abgeordnete Kreiling erklärt, in den großen Städten werde durch die Beteiligung der Socialdemokratie an den Wahlen eine vollständige Verschiebung der Verhältnisse eintreten. In Berlin würde vielfach überhaupt nicht die genügende Anzahl passender Wahllokale — in manchen Bezirken höchstens ein Viertel der erforderlichen Lokale — zu haben sein. Also auch hier zeigt sich, daß Urwahlen außerordentlich schwer von statten gehen werden, sobald sich größere Wählermassen daran beteiligen. Es ist natürlich unsere Pflicht, mit allem Nachdruck zu zeigen, daß es sich thatsächlich so verhält, indem wir mit aller Energie uns an den Urwahlen beteiligen, mögen diese Wahlen endigen, wann sie wollen. Für den Arbeiter ist es vollkommen gleichgültig, ob die Wahl eine Stunde dauert oder zehn bis zwölf; er verliert doch seinen Arbeitstag. Für die Angehörigen des Mittelstandes, die Geschäftsleute, Bureau-Angehörigen usw. ist es dagegen außerordentlich schwierig, so lange zu bleiben, und da es für sie unangenehm ist, angesichts der Rücksichten auf ihre Kunden der verschiedenen Wählerklassen, sich für die eine oder die andre Partei zu entscheiden, so werden sie vielleicht überhaupt gar nicht bei der Wahlhandlung erscheinen. Viel schlimmer liegen die Sachen bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner. Hier wird die Wahl vielfach unmöglich werden. Redner verweist auf die Petition einer Reihe freisinniger Bezirksvereine um Verlegung des Wahlortes für den Landtags-Wahlbezirk Teltow-Borslow-Storfow von Köpenick nach Charlottenburg, Schöneberg oder Nixdorf und auf die Erklärungen des Regierungskommissars in der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses. (Nr. 97 des „Vorw.“) Aus dieser Erklärung geht hervor, daß die Herren von der Regierung noch die stille Hoffnung hegen, daß die Socialdemokratie doch nicht Ernst machen werde. Darin dürfen sich die Herren täuschen. Diesem schäblichen Verhalten der Regierung gegenüber ist es dringend notwendig, zu erklären, daß wir gar nicht anders können, als mit aller Energie gegen die gescheiterte Bornahme einer Wahlhandlung vorzugehen. Dazu sind wir als gute Demokraten verpflichtet. Wir müssen darauf bestehen, daß die beiden Eideurungen des ehrlichen Wahlvolkes die die Verordnung von 1840 enthält,

streng beachtet werden. Die Verordnung bestimmt, daß der Wahlkommissar von der Regierung ernannt wird — in der Regel ist es der Landrat —, daß aber die Beisitzer von den Wahlmännern gewählt werden und zwar auf Vorschlag des Wahlkommissars. Was damit gemeint ist, ist nicht recht ersichtlich. Vermutlich hat man an Acclamationswahl gedacht. Wenn wir nobel sein wollen, und wir sind ja immer nobel (Geiterkeit), werden wir uns mit einer Acclamationswahl einverstanden erklären; aber natürlich ist unsere Bedingung dabei, daß auch zwei socialdemokratische Wahlmänner zu Beisitzern ernannt werden, sonst kann von Acclamationswahl keine Rede sein. Unser Vertrauen ist berechtigt. Wir verlangen zwei socialdemokratische Beisitzer, denn bei der langen Dauer der Wahlhandlung ist gegenseitige Ablösung nötig. Sind wir hier außerordentlich entgegenkommend, so müssen wir in einem andern Punkte entschieden auf unserm Recht bestehen! Die Verordnung bestimmt, daß Wahlmänner-Mandate, die angezweifelt werden, der Wahlmänner-Versammlung zur Begutachtung unterbreitet werden. Es ist ganz unmöglich, daß wir eine Abstimmung über angezweifelte Mandate in einem Lokale zulassen, wo nicht sämtliche Wahlmänner anwesend sind. Wir müssen darauf bestehen, daß den Wahlmännern, die draußen bleiben müssen, die Fälle von neuem vortragen werden und daß ihnen das Recht der Abstimmung nicht genommen wird. Es darf nicht abgestimmt werden über die Gültigkeit der Mandate, wenn nicht sämtliche Wahlmänner im Wahllokal sind. Diese Forderung ist besonders notwendig in Kreisen, wo wir das Jünglein an der Wage bilden, wo es auf wenige Stimmen ankommt. Hier dürfen wir ein Volkswort nicht preisgeben. In den 256 preussischen Wahlkreisen waren bei der letzten Wahl nur 91, in denen kein Mandat angezweifelt wurde. Es kommt darauf an, daß wir die Wahlproteste vor die Wahlmänner-Versammlung bringen. Un glaubliche Dinge kommen jetzt vor. So ist dem Abgeordnetenhaus ein Protest aus dem Landtags-Wahlkreise Nieder- und Oberbarnim zugegangen. Es handelt sich um die Wahl von Wahlmännern, die, wohl gemerkt, vom Wahlkommissar in Bernau nicht beanstandet worden sind. In Neu-Bittau-Bernsdorf hatte der Wahlvorsteher Lehmann folgende Einladung zur Urwahl ergehen lassen: „Rachstehend teile ich Ihnen die Namen der Wahlmänner mit, die am 27. Oktober im Wahllokal (Amtslokal hieselbst) zu wählen sind und die nachher für den konservativen Abgeordneten stimmen werden.“ (Große Geiterkeit und Hörl hört!) Auf solche Vorkommnisse müssen wir ein wachsames Auge haben.

Noch ein dritter Punkt kommt hinzu. Es ist Vorschrift, daß der einzelne Wahlmann aufgerufen wird, an den Wählisch tritt und seine Stimme abgibt. Darauf können wir unmöglich verzichten, auch wenn tausend Wahlmänner und mehr abzustimmen haben. Es darf nicht gelitten werden, daß ein einfacher Namensaufruf erfolgt und Schilze dann ruft: Ich wähle Feilich. Wer garantiert uns denn, daß es wirklich Schilze ist, der antwortet? Mit aller Energie haben wir dafür zu sorgen, daß an der richtigen Form der Abstimmung festgehalten wird. Wir stimmen ja nicht für uns, sondern für die Wähler ab. Wenn ein neuer Wahlmann aufgerufen wird, haben wir den Namen unseres Kandidaten zu rufen — wie leicht kann man sich verfahren — (Geiterkeit!) und wenn 50 unserer Wahlmänner fortgesetzt den Namen unseres Kandidaten rufen, wird der Wahlkommissar schon einsehen, daß seine Methode nicht die richtige ist. Ihn zu dieser Erkenntnis zu bringen, ist die Pflicht der Genossen. Damit schließe ich meine Ausführungen. (Lebhafte Beifall.)

Singer teilt mit, daß 92 Teilnehmer an der Konferenz erschienen sind. Vertreten sind die

9 Agitationskommissionen: Schleswig-Holstein, obere Rheinprovinz, Niederhein, Thüringen, Pommern, westliches Westfalen, Provinz Brandenburg, Hannover, Posen.

24 Kreise: 17 hannoverscher Wahlkreise, Frankfurt-Lebus, Zeitz-Weihenfeld, Jüterbog-Ludowalder, Sorau-Fors, Delitzsch-Dittfeld, Mühlhausen-Langensalza, Königsberg i. d. Neumark, Brandenburg-Bauch-Belzig, Kalbe-Aischersleben, Hagen-Schwelm, Oberbarnim, Herford-Vielefeld, Gesehsmünde-Debe, Zeltow-Beeslow, Niederbarnim, Jülichau-Schwiebus, Landsberg-Soldin, Wanzleben, Lennep, Wettmann, Wandsbeck-Stormarn, Dortmund-Hörde, Kiel-Neumünster-Rendsburg.

20 Städte: Altona, Ottenen, Harburg, Halberstadt, Berlin, Breslau, Köln, Halle, Solingen, Remscheid, Königsberg i. Pr., Posen, Hamm, Erfurt, Stettin, Hannover, Frankfurt a. M., Götting, Wandsbeck und Glatzen.

Von Reichstags-Abgeordneten sind anwesend: Debel, Singer, Mollenhauer, Wurm, Ledebour, Bernstein, Haase, Stadthagen, Antrid, Pfannsch und die Mitglieder des Parteivorstandes: Gerisch, Eberhardt und Wengels.

Zu dem Absatz 5 der Resolution wird von Hirsch-Charlottenburg folgender Zusatz gestellt: „und daß die Gemeinde-Verwaltungsbehörden die Stunde des Beginns der Urwahlen auf den spätem Nachmittag oder den Abend verlegen“. Der Antrag wird mit zur Debatte gestellt.

Es wird beschlossen, über die einzelnen Punkte der Resolution getrennt zu debattieren.

Die Punkte 1 und 2 werden debattelos und einstimmig angenommen.

### Punkt 3.

Alderskiel: Der Begriff „liberale Kandidaten“ ist etwas definierbar; er muß näher definiert werden. Bei uns haben wir mit dänischen Kandidaten zu rechnen, die demokratisch sind, als die sogenannten Liberalen. Nach dem Wortlaut der Resolution dürfen wir nicht für sie stimmen. In der Debatte muß festgestellt werden, daß das Wort „liberal“ im allgemeinen Sinne gebraucht ist. Dann kann unser Wunsch, unter Umständen mit den Dänen zu gehen, erfüllt werden. Kehnlich wie bei uns liegen die Dinge vielleicht in Oberschlesien, den Jungpolen gegenüber.

Kronz berweist darauf, daß das Wort „im allgemeinen“ die notwendige Freiheit läßt.

Punkt 3 wird einstimmig angenommen.

### Punkt 4.

Singer: In Punkt 4 liegt der Schwerpunkt unserer Beschlüsse. Wie die Dinge im Liberalismus sich entwickelt haben, haben wir zu erwarten, daß der Freisinn, wenn er vor der Frage steht, ob er für den Socialdemokraten oder einen bürgerlichen Kandidaten stimmen soll, in seiner Gesamtheit mit Ausnahme einiger Ideologen sich dafür entscheiden wird; der Socialdemokrat ist das größere Uebel. Daß diese Anschauung im Freisinn, wenn auch nicht als Parteiparole, so doch von maßgebender Seite vertreten wird, dafür liefert den Beweis eine Rede des Abg. Biemer, der auf die Frage eines Socialdemokraten, ob er der Ansicht sei, daß die Socialdemokratie das kleinere Uebel sei, erwidert hat: „Für uns ist die Socialdemokratie nicht das kleinere Uebel.“ Diese Auffassung ist auch bei einer ganzen Reihe von Reichstagswahlen schon praktisch geworden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen damit rechnen, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen zwischen der Socialdemokratie und einem konservativen oder einem Anhänger des Centrums für den bürgerlichen Kandidaten stimmen werden. Auch bei den Stadtverordnetenwahlen zeigt sich dieselbe Erscheinung. Es wäre eine Illusion, wenn wir uns glauben machen wollten, daß die Freisinnigen zwischen uns und dem Wucherlariell im allgemeinen für den Socialdemokraten stimmen werden. Die Wahlkomitees haben sich bisher auf das schwächste darum gedrückt, eine solche Parole auszugeben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Freisinnige Vereinnung, die eine derartige Parole ausgegeben hat, hat es erleben müssen, daß die Massen ihrer Anhänger, soweit man da von Massen reden kann (Geiterkeit), sie mit dieser Parole jämmerlich im Stich gelassen haben.

Wenn überhaupt die Möglichkeit besteht, daß die Liberalen für uns stimmen, so kann es nur geschehen, wenn wir auf sie wirklich einwirken, wenn wir ihnen klar machen, daß für sie jede Aussicht schwindet, gewählt zu werden, wenn sie uns nicht wählen. (Lebhafte

Zustimmung.) Die Freisinnigen müssen einsehen lernen, daß für sie auch der Eintritt in den Landtag so abhängig von unsren Massen ist, wie es der Eintritt in den Reichstag schon vielfach ist. Wenn überhaupt die Socialdemokratie Aussicht hat, in den Landtag mit Hilfe einer Koalition mit den Liberalen hineinzukommen, so können wir das nur erreichen, wenn wir den Freisinnigen beweisen, daß kein Freisinniger von uns unterjocht wird, wenn uns die Hilfe verweigert wird. Ob der Freisinn wirklich das kleinere Uebel ist, will ich nicht erörtern. Man kann darüber recht zweifelhaft sein. (Geiterkeit.) Ich will sagen, daß ein größerer Schaden nicht geschehen kann, wenn im Dreiklassen-Parlament ein paar Freisinnige weniger sitzen als jetzt. Viel wichtiger ist es, wenn wir zeigen, welche Macht wir bei den Landtagswahlen darstellen. Von vornherein dürfen wir keinen Zweifel darüber bestehen lassen, was die Liberalen von der Socialdemokratie zu erwarten haben bei den nächsten Landtagswahlen. Deswegen muß jeder für diesen Punkt der Resolution stimmen. Je klarer wir unsre Ansprüche formulieren, desto besser für uns und auch für die Vertretung der liberalen Herren im Abgeordnetenhaus. (Lebhafte Zustimmung.) In einem Punkte bin ich mit Kronz nicht einverstanden. Er hat gemeint, es wäre nicht unmöglich, daß eine Bestimmung erlassen würde, wonach die Wahl der Abgeordneten in einem Wahltag zusammengeleitet würde. Die Möglichkeit gebe ich zu. Aber er hat nicht die richtigen Konsequenzen daraus gezogen. Er sagte, wir müßten dann zum sogenannten Listensystem greifen, wo unter zwei oder drei Kandidaten ein Socialdemokrat hinzuzufügen ist. Ich glaube, daß dabei jede Möglichkeit der Kontrolle und des Zwanges schwindet. Wer giebt und dem die Sicherheit, daß die Freisinnigen wirklich für den Socialdemokraten auf der Liste stimmen werden? (Kronz ruft: Die Abstimmung ist ja öffentlich!) Gewiß, wie wird denn aber die Sache verlaufen? In einer liberalen Wahlversammlung wird der Beschluß gefaßt: Ja wohl, ein Socialdemokrat soll auf die Liste kommen. Uebernimmt Kronz auch die Garantie, daß dieser Beschluß bei der Wahl ausgeführt wird? (Kronz: Wir hören es ja.) Mir erscheint ein anderer Weg praktischer. Ich würde in diesem Fall vorschlagen, daß drei socialdemokratische Kandidaten zunächst auf die Liste gesetzt werden. Wenn die Liberalen beim ersten Kandidaten Wort halten, wird er gewählt. Bei den andern socialdemokratischen Kandidaten kommt es zur Stichwahl. Dann können wir in der Stichwahl für die freisinnigen Kandidaten eintreten. Das scheint mir der richtige Weg zu sein, um Mogelegen auszunutzen. Bei dem von Kronz vorgeschlagenen System müßten wir, wenn die Freisinnigen nicht Wort halten, doch erst beraten, was geschehen soll. Gerade bei der ersten Wahl ist es unrichtig, zu experimentieren. Da muß vorher alles geregelt sein. Ich bitte Sie, dem Abf. 4 der Resolution möglichst einmütig zuzustimmen und den Magdeburger Vorschlag abzulehnen. Wir kommen ins Uferlose, wenn jedes Agitationskomitee wählen kann, welche Partei als das kleinere Uebel anzusehen ist. Diese Frage muß grundsätzlich beantwortet und losgelöst werden von jedem lokalen Einfluß. Dazu ist eine Centralinstanz erforderlich. (Lebhafte Beifall.)

Markwald-Magdeburg: Der Antrag Magdeburg, wie er im „Vorwärts“ gestanden hat, kann gar nicht mehr eingebracht werden, da er durch die Annahme des Punktes 3 erledigt ist. Der springende Punkt des Antrages ist nicht, ob die Lokalkomitees oder der Parteivorstand entscheiden sollen, wer das kleinere Uebel ist. Wir dachten, daß der Vorstand praktisch nicht in der Lage sei, über diese Frage zu urteilen. Auf die Frage der Kompromisse will ich mich nicht einlassen. Ich bin ein entschiedener Gegner der Kompromisse, stehe auf dem Standpunkte Liebrechts und werde gegen Punkt 4 stimmen. Entscheidend ist die Frage, wie der Freisinn sich bei den kommenden Reichstagswahlen verhalten wird. Im Kreise Zeltow-Beeslow-Charlottenburg wollten die Nationalliberalen den Kammergerichtsrat Karsten aufstellen, in der Hoffnung, daß die Freisinnigen für diesen Kandidaten stimmen würden. In den internen Sitzungen der Freisinnigen ist dieser Vorschlag abgelehnt worden, weil dann die Socialdemokraten bei den Landtagswahlen nicht für die freisinnigen Kandidaten stimmen würden. Gleichzeitig aber ist in diesen Sitzungen betont worden, daß die Freisinnigen selbst bei bestem Willen nicht in der Lage seien, ein Kompromiß einzuhalten, weil sie nicht genügend Wahlmänner finden würden, die unabhängig genug seien, um für einen Socialdemokraten zu stimmen.

Brühns-Breslau: Wir haben den Freisinnigen in Breslau keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir unbedingt auf der Uebernahme eines Mandats bestehen, wenn wir sie unterstützen sollen. (Bravo!) Das ist in Parteiverhandlungen, in der Presse und von mir und andern Genossen den führenden Herren der liberalen Partei ausdrücklich mitgeteilt worden. Insbesondere ist ihnen gesagt worden, sie hätten sich bei der Aufstellung der Wahlmänner so einzurichten, daß sie nur solche Leute nähmen, die ohne durch Rücksicht auf Amt und Existenz gebunden zu sein, für einen Socialdemokraten öffentlich stimmen könnten. Nicht der schönen Augen der Freisinnigen wegen haben wir das vorige Mal für sie gestimmt, sondern gezwungen durch die politische und lokale Situation. Das ist nun vorbei. Ich kann im Namen aller Breslauer erklären, daß wir dem zweiten und dritten Satze der Resolution bedingungslos zustimmen und danach handeln werden.

Aber die Dinge liegen in Breslau eigenartig. Die Mandate sind von den vereinigten Konservativen und Merkmalen schwer bedroht. Wir dürfen nicht nutzlos Kräfte vergeuden und müssen darauf bedacht sein, möglichst viel Wahlmänner-Mandate zu erringen. Wir müssen fürchten, daß trotz aller Mühe und auch wenn die Freisinnigen uns entgegenkommen, das Ziel nicht erreicht wird, weil wir zusammen nicht die nötige Zahl Wahlmänner erhalten. Wir müssen darauf hinwirken, daß schon bei der Urwahl und bei den Stichwahlen der Urwahl eine Verständigung zwischen uns und den Freisinnigen erzielt wird, daß wir in bestimmten Bezirken für ihre und sie für unsre Wahlmänner stimmen. Wird eine solche Abmachung nicht getroffen, so können wir zwei bis drei Duzend Wahlmänner-Mandate verlieren und damit die Mehrheit bei der Abgeordnetenwahl. Ein solches Abkommen aber wird sehr erwünscht durch den Punkt 1 der Resolution und den Beschluß des Mainzer Parteitag. Bei der Nachwahl 1900 haben wir schon derartige Abmachungen mit den Freisinnigen getroffen, die beiderseits gehalten worden sind. Ich weiß nicht, in welcher Form uns das Central-Wahlkomitee erlauben wird, uns auf unsere besonderen Verhältnisse einzurichten.

Seiter-Ludowalder: Es ist gesagt worden, der Freisinn habe sich in letzter Zeit so miserabel verhalten, daß es sich nicht lohne, für ihn einzutreten. In Punkt 4 steht ja auch ausdrücklich, daß wir in erster Linie für die Wahl eines socialdemokratischen Kandidaten einzutreten haben. Für die Freisinnigen stimmen wir nur dann, wenn sie zuerst unsern Kandidaten die Stimme gegeben haben. Weder tritt für unbedingte Annahme des Punktes 4 ein. Wir müssen dem Freisinn den Daumen aufs Auge drücken. In unserm Wahlkreise ist nur ein einziger Abgeordneter zu wählen. Gewählt ist infolge der Lässigkeit des Freisinns ein Konservativer. In Ludowalder gehört uns die dritte Abteilung ganz; aus der zweiten Abteilung erhalten wir eine starke Minorität socialdemokratischer Wahlmänner. Dasselbe wird in Jüterbog und Dahme der Fall sein. Der Freisinn wird von uns aus den Städten herausgebrängt und gezwungen, auf dem Lande zu agitieren. So kann es möglich werden, daß wir mit den Freisinnigen zusammen die Majorität erhalten. Wie sollen wir uns dann verhalten? Wir hoffen, daß das Central-Wahlkomitee uns die nötigen Direktiven geben wird. Redner ist der Ansicht Alders, daß unter Umständen die socialdemokratischen Wahlmänner für radikal-nationale Kandidaten zu stimmen haben.

Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlusswort zu Punkt 4 erklärt

Kronz, daß der beachtenswerte Vorschlag Singers das Central-Wahlkomitee beschäftigen werde. Eine Verabredung bei den Urwahlen mit den Freisinnigen halte ich für unzulässig. Anders liegt es, wenn die Partei in bestimmten Wahlbezirken keine Wahlmannskandidaten aufstellt. Dann kann der einzelne Parteigenosse, wenn die Partei auf seine Stimme keinen Anspruch macht, dem Triebe

seines Herzens folgen und für einen Freisinnigen stimmen. Wir sind den Freisinnigen außerordentlich weit entgegengekommen. In der Stichwahl bei den Urwahlen stimmen wir ohne weiteres, wenn unsere Kandidaten ausgefallen sind, für die freisinnigen Kandidaten, ohne bei dieser Konzession auf ein entsprechendes Entgegenkommen der Freisinnigen zu warten. Nun meint Brühns: Dadurch, daß gleichzeitig Wahlmänner von uns und den Freisinnigen aufgestellt werden, kann unter Umständen keiner gewählt werden. Auf diesen Einwand habe ich im „Vorwärts“ bereits geantwortet. Die Sache liegt so: sind drei Parteien vorhanden, dann kommt entweder der Freisinnige oder der Socialdemokrat in die Stichwahl mit einem Konservativen. Was dann zu thun, ist klar. Der Versuchliche Einwand hätte nur dann eine Berechtigung, wenn wir den alten Eugen Richter'schen Grundgedanken anerkennen wollten, daß in der Stichwahl leichter ein Fortschrittler durchkommt als ein Socialdemokrat. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß die Socialdemokratie jeder andern Partei gleichberechtigt ist. Etwas komplizierter liegen die Verhältnisse, wenn vier oder noch mehr Parteien um ein Mandat ringen. Es kommen da mathematische Kombinationen in Frage, die Sie in der Nummer 193 des „Vorwärts“ erörtert finden. Wir brauchen uns hier auf derartige Bedenken gar nicht einzulassen. Nun fragt Seiler, was die Wahlmänner in den Kreisen thun sollen, in denen nur ein Abgeordneter zu wählen ist. Gerade in Bezug auf diese Einzel-Wahlkreise wird die Hauptthätigkeit des Central-Wahlkomitees zu entfalten sein. Vorkläufig wollen wir hoffen, daß der Wahlkreis Ludowalder überhaupt den Konservativen entrisen wird. Ich stelle fest, daß, abgesehen von dem ultraradikalen Standpunkt des Genossen Markwald, der noch auf dem Standpunkt von vor etwa 10 Jahren steht, seine Einwände gegen Punkt 4 der Resolution erhoben sind. Hoffentlich wird dieser Punkt einstimmig angenommen.

Punkt 4 der Resolution wird gegen die eine Stimme Markwalds angenommen.

### Zu Punkt 5

der Resolution liegt der oben mitgeteilte Antrag Hirsch-Charlottenburg vor.

Zur Begründung dieses Antrages nimmt das Wort Hirsch-Charlottenburg: Nach dem Wahlreglement sind die Urwähler zu einer für die Wahlbeteiligung möglichst günstigen Stunde des Tages zusammenzutreten. Diese Bestimmung wird sehr verschieden gehandhabt, in Berlin z. B. fanden die Urwahlen im Jahre 1898 nachmittags um 5 Uhr, in vielen Vororten dagegen des Vormittags statt. Es ist klar, daß die Arbeiter, wenn sie des Vormittags zur Wahl berufen werden, ein viel größeres Opfer zu bringen haben, als wenn die Urwahlen des Nachmittags oder Abends stattfinden. Deshalb ist es eine selbstverständliche Pflicht der socialdemokratischen Gemeindevertreter, die Behörden zu veranlassen, eine möglichst günstige Stunde des Tages zu wählen, damit auch wirklich die Arbeiter ohne erheblichen Einmah-Ausfall von ihrem Recht Gebrauch machen können. In Charlottenburg gelangte ein dahngehender Antrag der socialdemokratischen Stadtverordneten einstimmig zur Annahme, und der Magistrat hat gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß er dem Willen der Stadtverordneten-Versammlung Folge leisten wird. In den Gemeindevertretungen, wo die Socialdemokratie irgend welchen Einfluß besitzt, wird sie ohne Schwierigkeiten im Sinne meines Antrages vorgehen können.

Punkt 5 wird mit dem Antrage Hirsch angenommen.

### Zu Punkt 6

nimmt das Wort Alderskiel: Es wird nicht genügen, nur die Wahlvorschriften zusammen zu stellen, sondern es wird damit verbunden sein müssen eine ganz einfache Darstellung aller Vorgänge bei der Wahl mit Veranschaulichung aller Eventualitäten. Diese Darstellung wird viel populärer ausfallen müssen als die eben herausgegebenen Winke zur Reichstagswahl, besonders mit Rücksicht auf die Vertrauenspersonen auf dem ländlichen Lande.

Dr. Kronz: Ein solcher Versuch ist ja bereits gemacht in der kleinen Broschüre über die preussischen Landtagswahlen. Eine ausführliche Darlegung der ganzen Wahlhandlung zu geben, ist außerordentlich schwer, weil die Abänderung des Wahlreglements abgewartet werden muß. Inwiefern ist es schon jetzt zweckmäßig, die Leute auf Grund der bisherigen Vorschriften zu instruieren. Das Central-Wahlkomitee wird einem derartigen Auftrage jedenfalls nicht widerprechen. Aber es wird von seinen Erwägungen abhängig sein, ob und wann die Herausgabe einer derartigen Darstellung möglich sein wird.

Singer konstatiert das Einverständnis der Versammlung damit, daß die Anregung Alders dem Central-Wahlkomitee überwiesen wird. Punkt 6 wird angenommen.

Die Resolution im ganzen wird mit dem beschlossenen Zusatzantrag einstimmig angenommen.

Es folgt die Diskussion über die weiteren, im Referat Dr. Kronz' erwähnten Punkte.

Brühns-Breslau: Wir haben in Breslau, da wir uns schon zweimal an der Landtagswahl beteiligt haben, schon eine ganze Reihe von Erfahrungen gesammelt. Der Schwerpunkt unserer Thätigkeit liegt darin, uns Wahlmannskandidaten heranzuziehen und diese zu ziehen. Der ganze Erfolg hängt ab von der Thätigkeit der Wahlmänner. Weiter kommen Aufforderungen in Flugblattform in Frage, die Arbeit für den Wahltag aufzugeben, eventuell eine verlängerte Mittagspause oder früher Feierabend zu machen.

Lohrberg-Hannover: Auch wir in Hannover und Linden haben uns schon an einer Landtagswahl beteiligt. In Hannover hatten wir mehr Schwierigkeiten als in der reinen Industriestadt Linden. Wir haben in Hannover den Versuch gemacht, mit den bürgerlichen Parteien Hand in Hand zu gehen. Das war einfach schrecklich. (Geiterkeit.) Die Arbeit muß von Haus zu Haus, von Mund zu Mund gemacht werden, wir haben die Parteigenossen in kleineren Bezirken zusammenkommen lassen und ihnen einige wenige Häuser als Wirkungsbereich überwiesen. In Linden haben wir eine ziemlich bedeutende Anzahl von Wahlmännern auf die Beine gebracht. Wenn unsre Leute bei der Wahl vom Morgen bis zum Abend aushalten, werden wir unter Umständen die bürgerlichen Parteien schachtmatt machen können. (Sehr richtig!) Sei uns haben sich, nachdem drei Wahlgänge stattgefunden hatten, 16 oder 18 bürgerliche Wahlmänner verkrümelt. (Geiterkeit.) Was die Lokalfrage anlangt, so wählte ich in einem Lokale, in dem 150 Urwähler zusammenzutreten mußten, um wählen zu können. Das Lokale faßte aber höchstens 60 Personen. Wären alle erschienen, so hätte überhaupt nicht gewählt werden können.

Damit schließt die Diskussion über diese Fragen.

### Singer:

Die Konferenz hat festgestellt, in welcher Weise die Partei bei den nächsten preussischen Landtagswahlen vorzugehen hat. Ich möchte, anschließend an die Ausführungen Lohrbergs, betonen, daß neben der Agitation in großen Urwähler-Versammlungen, die für den Bereich ganzer Orte und Städte einberufen werden können, auch die Propagierung unsrer Beschlüsse in den kleinen Wahlbezirken zu fördern ist. In den großen Wähler-Versammlungen wird Kritik zu üben sein an allen rücksichtigen Einrichtungen Preußens, an der miserablen Lage der Arbeiter in den staatlichen Werkstätten, der Vergarbeiter, an den jeder Beschreibungs-ispottenden Schulverhältnissen usw. Man wird in diesen großen Urwähler-Versammlungen auch darauf hinweisen können, daß eine der wichtigsten Aufgaben des preussischen Landtags für die Zukunft ist, auch für die Gemeindeverwaltungen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht durchzuführen. Die Hauptarbeit aber für uns liegt, wie bei den Reichstags-Wahlen, so auch hier in der Kleinarbeit, in der Aufstellung in den kleinen Bezirken. Wir werden also den Schwerpunkt der Agitation in diese kleinen Urwählerbezirke legen müssen, weil ja nach dem Gesetz nur derjenige Wahlmann sein kann, der in dem betreffenden Urwahlbezirk seinen Wohnsitz hat. Die Komitees werden dafür zu sorgen haben, daß in jedem dieser Urwahlbezirke so viel socialdemokratische Vertrauensmänner vorhanden sind, wie notwendig sind, um diesen Bezirk zu organisieren, die Aufstellung der Wahlmänner zu veranlassen usw. Auch bei den Flugschriften wird ein Unterschied

\*) In der That haben in diesen Wahlkreisen Wahlmänner von Wahlkommissaren erfahren müssen, daß andre für sie abgestimmt hatten. —

gemacht werden müssen in Bezug auf die Propagierung unserer Forderungen im großen und auf die agitatorische Arbeit innerhalb der Umkreisbezirke. Die Vorbereitungen der Agitation können nicht früh genug in Angriff genommen werden. Es muß unmittelbar nach den Reichstagswahlen damit begonnen werden, damit dieses Wahlsjahr auch hinsichtlich der Landtagswahl als das rote bezeichnet werden kann. Das führt mich zu der Frage der Beschaffung der Munition. Jeder Krieg kostet Geld und ein Krieg gegen das preussische Junkertum und gegen die Reaktion natürlich am allermeisten. Das Central-Wahlkomitee hat sich mit der Frage bereits beschäftigt, und ich bitte Pfannkuch, seine Auffassung darüber mitzuteilen.

#### Pfannkuch:

Die Munition, die wir für die Reichstagswahlen bereits aufgebracht haben, hat ja schon den Reid unserer Gegner wachgerufen. Man hat sich in den gewagtesten Kombinationen ergangen, wöher wohl die reichen Geldmittel in die socialdemokratische Parteikasse fließen, über die quittiert worden ist und noch quittiert werden wird. Nun, unsere Gegner mögen sich die Köpfe darüber zerbrechen; unsere Munition wird aufgebracht von dem Klassenbewußten Proletariat und denjenigen, die sich eins wissen mit dem Proletariat, nebenbei aber über einen reichgepflückten Geldbeutel verfügen. Letztere sind ja in der Lage, ihre Pflicht in besonders hohem Maße zu erfüllen. Socialdemokraten sind es unter allen Umständen, außer den von Socialdemokraten heranziehenden Parteibeiträgern verfügt die socialdemokratische Parteikasse überhaupt nicht über Munition. Das können sich die Gegner gesagt sein lassen. Es sind alles gute, brave, tüchtige Parteigenossen, die die Mittel für den Wahlkampf beschaffen. Was uns selbst noch ein zweiter Wahlkampf bevorsteht, wie sind in der Lage, auch zum zweitenmal den Wahlkampf durchzuführen, wir sind für jede Eventualität gerüstet. Wir können aber die Mittel der allgemeinen Parteikasse nicht für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen und die Agitation dazu verwenden. In allen anderen deutschen Bundesstaaten, in denen sich die Genossen bisher an den Landtagswahlen beteiligt haben, haben sie die Mittel für die partikuläre Betätigung auch aus eigener Kraft aufgebracht. Die Genossen in Preußen müssen es ebenso machen, die preussischen Parteigenossen müssen die Mittel aufbringen. Was die praktische Durchführung der Sache anlangt, so halte ich es für richtig, die Sache bis nach den Reichstagswahlen ansetzen zu lassen, sobald diese aber vorüber sind, mit Energie an die Veranstaltung der notwendigen Sammlungen heranzugehen. Ich zweifle nicht daran, daß diese ein ebenso gutes Resultat haben werden wie die Aufwendungen für die Parteikasse der deutschen Socialdemokratie. Die Sammlungen einzuleiten wird die Aufgabe des Central-Wahlkomitees, das heißt des Parteivorstandes sein. Zu gelegener Zeit wird der Aufruf an die preussischen Genossen ergehen. Hoffentlich werden dann die Quittungen des Parteikassierers ebenso glänzend lauten wie die über die Mittel für die diesmaligen Reichstagswahlen. (Sehhafter Beifall.)

#### Singer:

Damit sind wir am Ende unserer Verhandlungen angekommen. Unsere Konferenz hat vielleicht für manchen der Teilnehmer und für manche außerhalb dieses Saales einen überraschend schnellen Verlauf genommen. Aber gerade diese schnelle Einigung und Verständigung ist der beste Beweis dafür, daß, wie in den übrigen großen Fragen, so auch in Bezug auf die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen vollständige Einmütigkeit innerhalb der Partei herrscht. Die Resolution hat dasjenige getroffen, was die Parteigenossen selbst als richtig empfinden. Wir hoffen, daß unsere Beschlüsse zu guten Erfolgen führen werden. Wir werden die Agitation zu den Landtagswahlen benutzen, um die Auffassungen der Partei über die verrotteten Zustände in Preußen in möglichst weite Kreise hineinzubringen zu lassen, um die Arbeiterschaft mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß es sich auch bei den Verhandlungen im preussischen Landtage um wichtige Fragen des Volkswohles handelt. Diese Fragen im Sinne der Socialdemokratie zu fördern und zu lösen, das wird die Aufgabe sein, die die Partei durch ihre heutigen Beschlüsse übernimmt. Diese Beschlüsse müssen Gemeingut der preussischen Arbeiter, der preussischen Socialdemokraten werden. Nach den Reichstagswahlen werden wir mit derselben Energie in den Kampf um die preussischen Landtagswahlen eintreten. Die deutsche Socialdemokratie, für die wir ja auch bei den preussischen Landtagswahlen kämpfen, sie lebe hoch!

Die Anwesenden stimmen dreimal in den Ruf ein.  
Schluß der Konferenz 5 $\frac{1}{4}$  Uhr nachmittags.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim.** Das socialdemokratische Central-Wahlkomitee für den Wahlkreis Nieder-Barnim hat sich nunmehr konstituiert und den Genossen Freiwaldt-Pantow zum Obmann gewählt. Sämtliche Korrespondenzen und sonstige Mitteilungen sind zu richten an Georg Freiwaldt, Pantow, Florastr. 36. (Telephon-Amt Pantow Nr. 36. Dreifler.)  
J. A. des Central-Wahlkomitees: G. Freiwaldt.

**Dritter Wahlkreis.** Heute, Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr: Volksversammlung bei Buggenhagen (Moritzplatz). Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine über: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. Parteigenossen! Mit dieser Versammlung treten wir in die Wahlbewegung und ersuchen deshalb für regen Besuch derselben zu agitieren. Die Vertrauensleute.

**6. Wahlkreis.** Dienstag, den 28. April, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, findet in der Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10/11, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Um was kämpfen wir bei der Wahl? Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Ledebour. 2. Diskussion. Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vertrauensmann.

**6. Wahlkreis (Moabit).** Mittwoch, den 29. April, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, findet im Moabiter Kasino, Wilsnaderstr. 63, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Kayenstein über den „Aufmarsch der Parteien zum Wahlkampf“ referieren wird.  
Der Vertrauensmann.

**Achtung, Weihensee.** Die Genossen werden hierdurch nochmals auf die am Dienstagabend 8 Uhr im Brälanten stattfindende allgemeine Gewerkschafts-Versammlung aller Gewerkschaften hingewiesen. Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
Der Vertrauensmann. E. Schumann, Lehberstr. 118.

**Maifeier in Friedrichshagen!** Freitag, den 1. Mai, finden zwei Volksversammlungen statt: vormittags 10 Uhr im Restaurant Seefischchen, abends 9 Uhr im Restaurant Eisfelder. In beiden Versammlungen Vortrag: „Die kulturelle Bedeutung der Maifeier“. Referenten: vormittags Genosse Sonnenburg, abends Genosse Paul Dupont. Die hiesigen Gewerkschaften, die am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, sind nach dem Beschluß des Gewerkschaftsrates verpflichtet, an der Vormittagsversammlung teilzunehmen. Zur Abendfeier hat der Gesangsverein Matenguß seine Mitwirkung zugesagt.

**Ober-Schönevide.** Mittwochabend 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, findet bei Kaufholt, Wilhelmshofstr. 18, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes. Neuwahl desselben. Maifeier. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

**Romans-Neuendorf.** Mittwoch, den 29. April, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Bernwardischen Lokal, Bräuerstr. 30, Volksversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil. Die Genossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

## Lokales.

### Dem Freisinn und seiner Arbeiterfreundlichkeit.

Der bekannte Verleger und Eigentümer der größten Berliner freisinnigen Zeitung „Berliner Tageblatt“, Buchdruckerei-Besitzer Rudolf Mosse, Jerusalemstr. 48/49, drückt auch das „Deutsche Reichs-Adreßbuch“, W. m. b. H. Hauptaktionär dieser Gesellschaft ist Herr Rudolf Mosse, Direktor sein nächster Verwandter, Herr Meyer. Während der ersten drei Druckperioden des Adreßbuches wurden die Korrekturen mit 30 M. wöchentlich entlohnt und ausschließlich Buchdrucker mit der Arbeit beschäftigt. War dieser Lohnsatz dem Herrn Direktor von Anfang an zu hoch, so konnte er doch darin nichts ändern, weil Herr Geschäftsführer Messenzehl sich entschieden dagegen erklärte, Nichterforderer Korrekturen zu einem billigeren Lohnsatz einzustellen. Jedoch Herr Meyers Wunsch einer Lohnreduktion sollte bald in Erfüllung gehen. In diesem Jahre wurden die Korrekturen nicht wie bisher von Herrn Messenzehl, sondern von Herrn Levin, gleichfalls einem nahen Verwandten Mosses, mit 30 M. wöchentlich entlohnt; jedoch diese beiden Vertreter des Berliner Freisinnigen kamen zu der Ueberzeugung, daß 30 M. Wochenlohn für einen Korrektor zu viel seien. Nach vierwöchentlicher Beschäftigung löste Levin die Korrekturen-Abteilung unter der Begründung auf, daß der „Verlag“, also Meyer das Leiden der Korrekturen selbst besorge. Der letztere machte dann das Angebot von 2 Mark täglich, etwas über ein Drittel des bisherigen Lohnsatzes. Also der eine Vertreter Mosses entließ jahrelang geliebte Arbeiter unter nichtigen Gründen (denn es ist ganz gleich, ob Drucker oder Verleger, in beiden liegt Mosse'sches Kapital, und über beiden ruht Rudolf Mosse's Hand), um sie gewissermaßen dem andern Vertreter Mosses, dem Tintenfaß-Direktor Meyer für einen Hungerlohn zu überantworten. Herr Levin mußte doch wissen, daß die Firma Mosse den Buchdrucker-Tarif anerkannt hat, daß also die Korrekturen tarifstreue Arbeiter waren. Das ganze Redaktionspersonal des Adreßbuches (zum Teil stellenlose Kaufleute, verachtete Gutbesitzer, Gelehrte, Beamte u.) wird von Meyer bei angelegentlichster Arbeit auch nur mit 2-2,50 M. täglich entlohnt, und aus diesem Material wird er jetzt auch die Korrekturen zusammensetzen. Dieser Herr weiß, daß diese Leute nicht organisiert sind, er weiß, daß Hunger noch thut und muß jahrelang die trostlose Lage dieser Menschen in „freisinniger“ Weise aus.

Jeder Leser wird aus dem Gesagten die jämmerliche Schiebung einer freisinnigen Firma zur Evidenz erkennen, deren Organ und Eigentum, das „Berliner Tageblatt“ den Mund für das Wohl und Wehe der Arbeiter gar nicht voll genug zu nehmen weiß; den Arbeitern soll hiermit kurz vor den Wahlen der Beweis erbracht sein, wessen sie sich vom Freisinn, seinen Vertretern, seinem Anhang, seinen Kandidaten zu versehen haben. Erkennen sie aus diesen Zeilen die traurigen Zustände der Arbeiter der größten hiesigen freisinnigen Firma, dann können sie am Wahltage um die richtige Antwort nicht in Zweifel geraten.

Die Festnahme der Einbrecherbande, über die wir vor vierzehn Tagen berichteten, hat nach der Unschädlichmachung der ersten sechs Mitglieder im Laufe der beiden Wochen noch zwölf Verhaftungen nach sich gezogen. Die jetzt vollständig aufgehobene Bande hat bisher 90 Einbrüche zugegeben. Sie war es auch, die u. a. bei dem früheren Ortsvorsitzer von Lindenberg in der Markt einbrach. Der Tischler Strömer, genannt „Voden-Emit“, ist aus Lindenberg gebürtig und mit den dortigen Verhältnissen bekannt. Aus einem früheren Dienstverhältnis des Ortsvorsitzers, dem er sich unter einem harmlosen Vorwande näherte, brachte er im Gespräch heraus, daß der Mann sein Geld im Sekretär aufbewahrte. Nun machte „Voden-Emit“ mit der Bande einen nächtlichen Zug nach Lindenberg, versuchte aber zunächst einen Einbruch bei dem Bauern Gato, bei dem er viel Geld vermutete. Hier scheiterten jedoch alle Bemühungen an der Festigkeit der Türen. Dafür hielten sich die Enttäuschten schadlos an zwei Einbrüchen in Malchowo, das sie noch in derselben Nacht ausrichteten. Strömer aber wies immer wieder auf den Ortsvorsitzer von Lindenberg hin. In der Nacht vom 7. zum 8. v. M. wurde der zweite Zug dorthin unternommen, diesmal mit dem Erfolge, daß man bei dem ehemaligen Ortsvorsitzer 8000 M. in barem Gelde und Coupons erbeutete. In diesem Falle verstand es Goldmann, der kaufmännische Leiter der Bande, keine Spiegelfecheln arg zu „stampeln“. Selbst Wellermann, genannt „Schlöffer-Gustav“, der „Technische Leiter“, bekam nur 650 M. ab und die übrigen mußten sich mit geringen Summen begnügen. In Schmörgendorf verübte die Bande vier Einbrüche. In einem Falle mußten sie hier durch einen Garten über lauter frisch gehackte Beete. Das war wegen der Fußspuren eine etwas gefährliche Sache. Aber die Einbrecher wußten Rat. Bei einem Gastwirt hatten sie eben eine Menge Servietten gestohlen. Diese wickelten sie sich so die Beete, daß von den Stiefeln keine Spur mehr zu sehen war, die Beete vielmehr aussahen, als ob Elefanten darauf herumgetrampelt hätten. Die Servietten konnten wieder gewaschen werden; dafür hatten die Einbrüche ja ihre „Wäute“. In Schmörgendorf war es auch, wo die Bande bei einem Einbruch gestört wurde und froh war, mit heiler Haut davon zu kommen, da der Besitzer, dem sie einen Versuch zugebracht hatten, hinter ihnen herschob. Auch Jeshdenid und andere Ortschaften machte die Bande unsicher; nicht minder Spandau, wo sie auch einen Kirchenbestahl verübten, und Charlottenburg. Eine kleine Straßenjagd erforderte die Festnahme des achtzehnten und letzten Mannes der Bande, eines gewissen Anders, genannt „Verbrecher-Albert“. Dieser sah in einer „Kassette“ in der Seydelstr. während einer starken Kriminalpatrouille in den Rasenhemmen laute. Als die Beamten eintraten, nahm er rasch eine Schrippe und laute unaufrichtig, indem er ihnen anscheinend wie zufällig, rasch den Rücken zugelehrt. Er wurde aber doch erfaßt und mitgenommen, ohne daß das übrige Publikum etwas merkte. Auch auf der Straße laute er weiter. Mit einer kurzen und kräftigen Bewegung rief er sich dann auf einmal los und wußte so geschickt und behende den Wagenverkehr zu benutzen, daß ihn die Beamten nicht stellen konnten. Das Publikum aber wagte sich nicht an ihn heran. In der Grünstraße aber lief er auf ein Grundstück, um sich zu verbergen und geriet, mit den örtlichen Verhältnissen nicht vertraut, in das Comptoir einer Fabrik und damit in die Falle.

Zwei Automobil-Zusammenstöße fanden am Sonntag kurz hintereinander an fast ein und derselben Stelle in der Landbergerstraße statt. Gegen 1/9 Uhr morgens kam ein dem Schlichtermeister Waisch in Friedrichshagen gehöriges Fuhrwerk in stärkster Gangart aus der Kurven- in die Landbergerstraße hineingekragt, wofür es mit einer Rotordrohle laranholierte. Durch den heftigen Anprall wurde die Drohke auf das Straßenbahngelände geschleudert und dort von einem gerade vorüberfahrenden Straßenbahnwagen der Linie 65 erfaßt. Durch den doppelseitigen Zusammenstoß wurde das Automobil zertrümmert und die beiden Insassen desselben wie auch der Fahrer auf den Fahrdamm geschleudert. Die drei Personen kamen glücklicherweise mit leichten Kontusionen davon. Das Pferd des Schlichterfuhrwerks, welches geführt war, geriet mit den Hinterbeinen in die Speichen der Drohke und, um es zu befreien, mußte erst die Feuerwehre alarmiert werden, welche nahezu eine halbe Stunde an dem Unfallort zu thun hatte. — Der zweite Zusammenstoß erfolgte gegen 10 Uhr fast an derselben Stelle. Ein Automobil verfuhrte, um einen Straßenbahnwagen herumfahrend, unmittelbar vor diesem das Geleise zu kreuzen, wurde von der Seite der Vorderplattform erfaßt und juristisch gestochen. Während das Automobil fast beschädigt wurde, kam der Straßenbahnwagen ohne Schaden davon.

Eigenartiger Diebstahl. Dem einarmigen Zeitungs-Verkäufer Chr. Dahn wurde am Sonntag sein Fahrrad aus dem Hofe des Hauses Linienstraße 80a gestohlen. Der Diebstahl erweist sich deshalb sonderbar, weil das Rad wegen des körperlichen Gebrechens des Verkäufers eigenartig gebaut ist: so ist nämlich das Vorderrad kleiner als das Hinterrad, ferner besitzt das Rad eine direkte Verbindung zwischen Hinterrad und Gabelkopf, während die obere Stange nach Art eines Damenrades fehlt. Auch die Lenkstange ist eigenartig gebogen.

Hoffentlich gelingt es infolge dieser ungewöhnlichen Bauart, dem bedauerndwertigen Invaliden sein Rad wiederzuschaffen.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Der 37 Jahre alte Dekorateur Otto Roth, der in der Prenzlauerstr. 51 bei seinem Schwager wohnte, wurde von einem Ohrenleiden so gequält, daß er sich vor drei Wochen mit Leuchtgas vergiften wollte. Damals in seinem Vorhaben gestört, gab er den Gedanken, sich das Leben zu nehmen, nicht auf. Letzten Sonntagabend nahm er aus dem Schreibtisch seines Schwagers dessen Revolver, ging in den Keller und erschoss sich. Als Hausgenossen, die den Schuß fallen hörten, ihn fanden, war er schon tot.

Das Opfer eines Unfalls mit Benzin ist der 40 Jahre alte Karl Liebe aus Nirdorf geworden, der in einer Fabrik in der Sebastianstraße beschäftigt war. Liebe nahm seine Pause, die er mit Benzin gereinigt hatte, so früh von der Trodenleine und kam ihr dann mit einem Streichholz, mit dem er eine Zigarre anzündete, so nahe, daß sie Feuer fing. Die Flamme schlug ihm auf den Körper und verbrannte ihn am Gesicht, am Hals und an der Brust so schwer, daß eine Rettung nicht mehr möglich war. Der Verunglückte starb in der Charité an den Brandwunden.

Arbeitslosigkeit hat den 38 Jahre alten Maler Friedrich Wegener aus der Schulstr. 46 in den Tod getrieben. Wegener hatte seit vierzehn Tagen keine Beschäftigung. Obwohl er keine Rot litt, da seine Frau, mit der er in kinderloser Ehe lebte, in einer Papierfabrik Arbeit hatte, erhängte er sich am Sonntagnachmittag in seiner Wohnung. Als seine Frau abends von der Arbeit heimkehrte, fand sie ihn als Leiche am Kleiderhaken hängen.

Bei der Arbeit plötzlich gestorben ist der 44 Jahre alte Köpfer Wilhelm Wegner aus der Zisterstr. 39/40. Als der Mann am Sonntagabend in dem Hause Görtzgerstr. 9 einen Ofen ausfahmerte, fiel er plötzlich um und war tot.

Eine aufregende Scene spielte sich am Sonntagabend kurz nach 9 Uhr am Kottbuser Ufer, in der sehr belebten Gegend der Kottbuser Weide ab. Vor den Augen zahlreicher Leute entsiedigte sich ein unbekannter Mann plötzlich seines Hutes und Rodes und sprang mit dem Rufe: „Lebt wohl, mit mir ist es aus!“ in den Landwehrkanal. Sobald er wieder auftauchte, rief er um Hilfe. Umfonkt. Denn alsbald ging er wieder unter und kam nicht mehr zum Vorschein. Schwämmmer fischten vom Rettungsschiff aus vergeblich das Wasser nach ihm ab. Auch heute wurde seine Leiche noch nicht gefunden. Die am Ufer zurückgelassenen Kleidungsstücke sind ein hellgrauer Filzhut und ein braungraues Jackett. Der Vorgang hatte eine Ansammlung von mehreren Hundert Personen zur Folge.

Einen Vergiftungsversuch auf offener Straße machte in der Nacht zum Sonntag ein unbekannter Mann in der Lothringersstraße. Er hatte dort in einer Gastwirtschaft zwei Glas Bier genossen und trank, sobald er die Straße betrat, ein Fläschchen mit Morphium aus. Unter einem großen Straßenaufwurf wurde der Lebensmüde nach der Wache des 12. Regiments in der Linienstraße und von dort nach dem Hedwigs-Krankenhaus gebracht. Hier nannte er sich erst Hermann Brode, in den Jellen Nr. 4, und dann Max Brade, Danzigerstr. 78. Beide Angaben sind falsch. Der Mann sieht etwa am Ende der vierziger Jahre.

Selbstmordversuch eines Einjährig-Freiwilligen. Der 20jährige Sohn Kurt des Gutbesizers und früheren Hauptmanns im vierten Garde-Regiment Richter dient seit dem 1. Oktober vorigen Jahres in demselben Regiment als Einjährig-Freiwilliger. Der junge Mann wurde wegen Ausbleibens über Japanreich und Kadassigkeit im Dienst mehrfach bestraft. Als heute morgen um 6 Uhr das Regiment zum Ausrücken antrat, fehlte er. Der Hauptmann schickte seinen Durchein nach der Wohnung in der Briegwallstr. 5, um sich nach dem Grunde des Ausbleibens zu erkundigen. Als Richter den Durchein im Nebenzimmer mit der Wittin sprechen hörte, nahm er seinen Revolver und versuchte, sich durch einen Schuß in den Kopf zu töten. Die Kugel drang ihm durch die rechte Wade, ohne ihn lebensgefährlich zu verletzen. Der Verwundete, der heute morgen erst um 4 Uhr nach Hause gekommen war, wurde von einem Arzt des Regiments verbunden und dann nach dem Garnisonlazarett in der Scharnhorststraße gebracht.

Feuerbericht. In der Nacht zum Montag wurde die Wehr nach der Alten Jakobstr. 48 gerufen, wo in einer Wohnung Kleidungsstücke und Betten in Flammen standen. Ein zweiter größerer Wohnungsbrand kam in der Nacht zum Sonntag durch Umfallen einer Petroleumlampe in der Kommandantenstr. 55 aus. Bei den vergeblichen Versuchen, die Flammen zu erlöchen, trug die Witwe Ostrowsky Brandwunden an beiden Händen davon, die ihr von Samaritanern der Wehr verbunden wurden. Möbel, Gardinen, Decken u. wurden in der Hauptkammer zerstört. Weitere Wohnungsbrände beschäftigten die Wehr im Laufe des Sonntags in der Turnstraße, Kopenstr. 9, Kosmarienstr. 4 und der Philippstr. 24. In der Brunnenstr. 60 waren in einem Keller Kisten, alter Hausrat und Verpackungsmaterial in Brand geraten, dessen Ablösung indes bald erfolgend konnte. Außerdem liefen noch von der Zisterstr. 30, Chausseest. 17, Schulstraße 23 und noch von einigen anderen Stellen Alarmierungen ein, die aber nur ganz unbedeutende Brände betrafen.

## Aus den Nachbarorten.

Weihensee. Die Alt-Weihensee Gemeindevertretung hat sich wieder einmal mit der Eingemeindungsfrage von Neu-Weihensee beschäftigt. Jedoch ist das ganze Gerede verlaufen wie das Hornberger Eiche. Die Gemeindevertretung hatte vor einiger Zeit ein Projekt über eine Ver- und Entwässerung ausarbeiten lassen und hierfür die schöne Summe von 2200 M. ausgegeben, nunmehr ist vom Landrat die Ausführung des Projekts abgelehnt worden, mit der Begründung, die hierdurch entstehende große Schuldenlast könne er nicht billigen, die Gemeinde solle sich mit Neu-Weihensee betrefss Wasserabgabe usw. in Verbindung setzen. Da nun die Stadtverordneten Neu-Weihensees von der Eingemeindung Alt-Weihensees abhängig gemacht wurde, so steht die Gemeindevertretung von Neu-Weihensee der Frage der Wasserabgabe skeptisch gegenüber und will nur dann darauf gehen, wenn die Entwässerungsanlage in Weihensee vollständig geregelt ist. Das letztere ist auf unabsehbare Zeit nicht zu erwarten und somit kann die Entwicklung von Alt-Weihensee nicht vorwärts gehen. Verständigere Weise haben einige Herren hieraus, daß Weihensee von Neu-Weihensee immer abhängig bleiben wird und empfinden daher die Eingemeindung, aber die „Alten“ und mit ihnen der Gemeindevorsteher wollen die Selbstständigkeit nicht aufgeben und mithin ist die Sache bis auf weiteres wieder erledigt. Auch hier ist es an der Zeit, daß einige socialdemokratische Hechte den Kaufpreisen unsicher machen, was bei einigermaßen gutem Willen auch gelingen wird, denn hier herrscht noch eine Rücksichtslosigkeit, wie man sie vor den Thoren Berlins nicht mehr erwarten sollte. Der Antrag unserer Genossen, eine Abschrift der Wählerliste zu erlangen, wurde vom Gemeindevorsteher dahin beantwortet, daß wegen Mangels an Zeit eine solche nicht angefertigt werden könne.

Steglich. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung teilte der Vorsitzende u. a. mit, daß die Genehmigung zur Annahme des Vermächtnisses des verstorbenen Rentiers Lademann im Betrage von 22 000 M. der Gemeinde erteilt sei. — Hierauf wurde beschlossen, daß die regelmäßigen Sitzungen der Gemeindevertretung jeden ersten Freitag im Monat stattfinden sollen. — Daß Kildorf, Schöneberg und Friedenau den Straßenhandel verboten resp. beschränkt haben, war für unsere Amts- und Gemeindevorsteher die Veranlassung zu der finkelnagelneuen Entdeckung, daß auch in Steglitz der Verkehr durch die Straßenhändler gestört werde. Dieser Stagnation soll durch eine Polizeiverordnung abgeholfen werden, nachdem der Hausbesitzerverein sein Mißfallen über die Sache in einer Petition ausgedrückt hat. Genosse Kapp bekämpfte diese Polizei-Verordnung aus dem Grunde, weil sie dem Amtsvorsteher wieder neue Machtbefugnisse übertrage, deren letzterer jetzt schon mehr wie genug habe, und der bis



Die gewerbliche Arbeit verheirateter Frauen.

In seinem Artikel „Der Marx-Kultus und das Recht der Revision“ (Aprilnummer der „Socialistischen Monatshefte“) sagt Genosse Eduard Bernstein: „Es liegen Anzeichen vor, als ob in dem Maße, als sich die wirtschaftliche Lage der männlichen Arbeiter verbessert, auch die gewerbliche Arbeit der Frauen der Arbeiterklasse zurückgeht.“

Das Beweismaterial, auf das wir uns dabei stützen könnten, wären in erster Linie die offiziellen Berufszählungen. Leider lassen sie uns vielfach soweit die vorliegende Frage in Betracht kommt, im Stich. Der amerikanische Census erfasst als Arbeiterin niemals die mithelfende Ehefrau, daher ist die eheweibliche Arbeit sehr gering; die englische Berufszählung unterscheidet nicht den Familienstand der Arbeiter, die französische läßt einen Vergleich zwischen den beiden letzten Berufszählungen nicht zu, weil erst die letzte von 1896 den Familienstand berücksichtigt, die österreichische endlich weist in der letzten Zählungsperiode eine so abnorme starke Zunahme der eheweiblichen Arbeit auf, daß sie sich nur durch Zählungsfehler erklären läßt, und man gut thut, sich nicht darauf zu verlassen.

Als wichtigste Quelle für unsere Untersuchung bleibt demnach die deutsche Berufszählung, und aus ihr geht mit unbestreitbarer Deutlichkeit hervor, daß die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen nicht nur zunimmt, sondern verhältnismäßig sogar rascher zunimmt als die Erwerbsarbeit der Ledigen. Wenige Zahlen genügen zum Beweise des Gesagten: Im Jahre 1882 waren von 1000 Arbeiterinnen 178, im Jahre 1895 von 1000 Arbeiterinnen 215 verheiratet, und während die alleinlebenden einschließlich der Witwen sich in diesem Zeitraum von rund 2 400 000 auf rund 2 900 000 d. h. um 21 Proz. vermehrten, stieg die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen von rund 600 000 auf rund 800 000, was einem Wachstum von 33 Proz. gleichkommt.

Allein in der Industrie waren 1882 13 Proz. aller Arbeiterinnen verheiratet, im Jahre 1895 dagegen 17 Proz. Wir sehen also, daß die auf diesem Gebiet umfangreichste und zuverlässigste Berufszählung eine starke Zunahme der eheweiblichen Arbeit konstatieren muß. Auf dieser Zählung müssen noch zwei Specialerhebungen berücksichtigt werden, von denen die eine 1895 vom Arbeitsamt der Vereinigten Staaten veranstaltet wurde. Ihre Bedeutung ist jedoch allzu hoch nicht anzuschlagen, weil sie nur 1667 Betriebe mit 52 000 Arbeiterinnen — nicht mehr als ca. 3 Proz. aller durch den Census gezählten — umfaßt. Das Resultat der Untersuchung war, daß der Anteil der verheirateten Frauen an der weiblichen Industrie-Arbeit 1885 2,9 Proz., 1895 dagegen 8,5 Proz. betrug; so außerordentlich gering er daher auch im Vergleich mit deutschen Verhältnissen erscheint, seine Zunahme mußte auch hier konstatiert werden.

Die andre Specialerhebung wurde 1894 in England von der Sekretärin des britischen Arbeitsamts, Miss Clara Collet, unternommen, und sie ist es, durch die Genosse Bernstein seine Ansicht glaubt stützen zu können. Würde Miss Collet für die englische Frauenarbeit tatsächlich den Nachweis liefern, daß die Arbeit der Ehefrauen im Abnehmen begriffen ist, so wäre Genosse Bernstein — vorausgesetzt, daß dieser Nachweis unanfechtbar ist — zweifellos in seinem Recht, wenn er eine auf höherer wirtschaftlicher Entwicklung eintretende Tendenz zur Abnahme der eheweiblichen Lohnarbeit daraus folgert. Die Beweisführung Miss Collets hält jedoch einer näheren Betrachtung nicht Stand.

Zunächst erstreckt sich ihre Untersuchung nur auf einen kleinen Teil des Landes: Von 61 südlichen Sanitätsbezirken mit über 60 000 Einwohnern hat sie nur 19 zu ihrer Enquete herangezogen, es fehlen also neben London 42 Städte mit über 60 000 Einwohnern und daneben alle kleineren Städte und sämtliche ländlichen Bezirke. Selbst wenn daher die Ergebnisse ihrer Studien für die von ihr untersuchten Bezirke richtig wären, könnte ihnen auf Grund eines so wenig umfassenden Materials eine ohne weiteres zu verallgemeinernde Bedeutung nicht beigelegt werden. Schlimmer aber ist es, daß selbst jene Resultate auf Unwägen ruhen stehen.

Wie schon bemerkt wurde, kamte der englische Census keine Sonderung der Erwerbstätigen nach dem Familienstand. Im nun trotzdem die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen annähernd zu eruierten, half sich Miss Collet durch eine Kombination der durch die Berufszählung festgestellten Zahl aller ledigen und der durch die Berufszählung gefundenen Zahl aller erwerbstätigen Frauen. Ein Beispiel illustriert ihr Vorgehen: In Wladburn wurden 1891 7413 berufstätige weibliche Personen im Alter zwischen 25—35 Jahren und 3524 ledige in der gleichen Altersstufe gezählt. Weiblich als 3524 ledige können daher nicht erwerbstätig gewesen sein; zieht man ihre Zahl von der Gesamtzahl der weiblichen Erwerbstätigen — 7413 — ab, so bleiben 3889 weibliche Erwerbstätige übrig, die notwendig, damit mehr als 3524 ledige vorhanden, verheiratet sein müssen. Dieselbe Methode wendete Miss Collet auf die Zählungen von 1881 an, vergleicht dann die Ergebnisse und kommt auf diese Weise zu dem Schluss, daß die verheirateten Erwerbstätigen abgenommen haben. Wie wenig sie dazu berechtigt ist, dazu bedarf es nur einer kurzen Überlegung: wie kommt sie dazu, alle Ledigen der betreffenden Altersstufe ohne weiteres für Erwerbstätige zu erklären? Zweifellos sind eine nicht festzustellende Anzahl von ihnen beruflose Hausdame, und infolgedessen muß die Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen unbedingt größer sein. Weniger als 3889 verheiratete Arbeiterinnen kann es zwar 1891 in Wladburn nicht gegeben haben, um wieviel ihre Zahl aber in Wirklichkeit größer ist als diese Minimalzahl, das liegt außerhalb der Berechnungsmöglichkeit, und doch wäre selbstverständlich diese thatsächliche Zahl die einzig interessante, die einzige auch, die weitere Schlüsse gestatten würde. Die Methode Miss Collets fällt demnach von vornherein zusammen wie ein Kartenhaus. Dazu kommt nun aber noch, daß die Berechnungen selbst in einer ganzen Reihe von Fällen sich als falsch erweisen. Ein sachkundiger Kritiker von Miss Collets Bericht, Dr. L. Einshamer in Bd. 8 des „Archivs für sociale Gesetzgebung und Statistik“, S. 682 ff., hat sich die Mühe gemacht, an der Hand des Urmaterials einzelne der von ihr aufgestellten Berechnungen nachzurechnen und hat zum Beispiel gefunden, daß der Minimal-Perzentfuß der für die Stadt Stockport gefundenen verheirateten Arbeiterinnen unter 20 Jahren nicht 9,9 Proz., sondern 26,6 Proz. beträgt — ein Unterschied, der beträchtlich genug ist, um die ganze Schlussfolgerung auf den Kopf zu stellen. Und weiter: für Wury wird die Zahl sämtlicher verheirateten Arbeiterinnen auf 818 angegeben, während sie sich für die e i n e Altersklasse zwischen 25 und 35 Jahren auf 1065 beläuft. Das heißt so viel, als wenn wir behaupten wollten, in ganz Wury zusammengekommen wohneten weniger Menschen als in Berlin O. allein!

Nach alledem steht fest, daß Miss Collets Bericht, so weit er sich mit der Frage der Zunahme der eheweiblichen Arbeit verheirateter Frauen beschäftigt, völlig wertlos ist.

Wenn Genosse Bernstein sich auf ihn und nur auf ihn — denn eine andre zu ähnlichen Resultaten führende Untersuchung giebt es nicht — gestützt hat, so war das desfalls möglich, weil er sich auf die Autorität der im übrigen wegen ihrer Leistungen mit Recht geschätzten Verfasserin beschränkte und eine Nachprüfung ihrer Methode und ihrer Berechnungen für überflüssig halten konnte. Dazu kommt, daß bei ihm, wie übrigens auch bei ihr, in diesem Fall der Wunsch des Gedankens Vater ist.

Im „Hannoverschen Volkswillen“ hat Genosse B-r meine Ausführungen in meinem Buch „Die Frauenfrage“ über dieselbe Frage gegen die Ansichten Bernsteins geltend gemacht. Genosse Bernstein erklärte in seiner Erwiderung: „Glauben Sie mir die Bemerkung, daß das ein Gegenstand ist, auf den ich nicht bedachte. Frau Braun betont eine allgemeine Tendenz, die niemand leugnet, die überall eintritt, wo die moderne Industrie ihren Einzug hält und sich zunächst mit ihr auch noch steigert. Ich aber zeige eine Gegentendenz, die auf einer weiteren Stufe unter gewissen Bedingungen eintritt.“

Durch alles das Gesagte glaube ich den Nachweis geführt zu haben, daß vielmehr ein Gegentendenz und zwar ein sehr tiefgehender zwischen Bernsteins und meinen Auffassungen besteht, und daß die Gegentendenz in der Entwicklung, von der Bernstein spricht, bisher nirgends wissenschaftlich nachgewiesen worden ist. Ich bin aber auch der Ansicht, daß selbst Symptome für solche eine Gegentendenz sich nicht mit Sicherheit feststellen lassen. Mehr denn je sprechen vielmehr äußere und innere Gründe für eine weitere Steigerung der eheweiblichen Erwerbsarbeit.

Die Industrie bedarf der Frauenarbeit und zwar insbesondere der Arbeit erfahrener älterer Arbeiterinnen. Die Auslagen der Unternehmer sind bei der Frauenarbeits-Enquete in Amerika und den Erhebungen der deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten von 1899 nach dieser Richtung völlig übereinstimmend. In selten wirtschaftlichen Auffassungen bilden die Frauen das große Reservoir Erwerbsfähiger, aus dem die Industrie schöpft, um wichtigeren, wichtigeren aber und einschneidender ist eine andre Triebkraft, die die Frauen nach wie vor der Erwerbsarbeit zuführt: die Kost. Nach den Verichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1899 konnte in den weitläufigsten Fällen diese Ursache der eheweiblichen Arbeit nachgewiesen werden. Niemand wird leugnen können, daß im großen Ganzen die Löhne der Männer allmählich gestiegen sind, aber sie haben keineswegs mit der Steigerung der Kosten für den Lebensunterhalt, vor allem für die Wohnung, gleichen Schritt gehalten und noch weniger mit der von uns nur freudig zu begrüßenden Steigerung der Bedürfnisse und damit auf die Ausdehnung der eheweiblichen Arbeit. Auch die häufigeren und schärferen Verboten der Arbeiter sind eher ein Beweis gegen als für Bernsteins Auffassung: denn nicht weil der Arbeiter selbst ausreichende Mittel zur Begründung eines Hausstandes hat, als früher, heiratet er, sondern weil die Arbeit der Frau es ermöglicht.

Wir scheitern daher, daß wir keinen Anlaß haben, unsere Anschauungen über die Entwicklung der Frauenarbeit einer Revision zu unterziehen. Steht aber dies fest, so werden wir ebenso wenig von einer möglichen Rückentwicklung des Familienlebens zu seiner alten traditionellen Form reden können, sondern vielmehr annehmen müssen, daß die eheweibliche Erwerbsarbeit notwendig von innen heraus seine allmähliche Umgestaltung herbeiführen muß.

Eily Braun.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 26. April 1903.

Englands Aufregung über die Bagdadbahn. — Die Enttarnung des Bahnprojektes. — Russische Wochens. — Die Hauptbestimmungen des Vertrages zwischen der türkischen Regierung und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft. — Beteiligung der europäischen Finanz an der Bahn. — Englands Ablehnung.

Seit am 18. April der Telegraph aus Konstantinopel die Konfirmierung der Bagdad-Eisenbahngesellschaft gemeldet hat, treibt die schon vorher durch die Intervention des Dr. Wilson Bowles aufgestellte Eifersticht der englischen Handelswelt auf „die Ausdehnung der deutschen Interessensphäre im Orient“ die englische Presse zu den schmutzigsten Invektiven. Fast sollte man nach dem aufgewendeten Redeschwall annehmen, es ständen Englands gesamte Interessen in Weisheit auf dem Spiele; und doch handelt es sich um ein Projekt, das schon seit Jahren erörtert und in seinen Hauptzügen festgestellt ist; und die Bedingungen, unter welchen der englischen Finanz die Beteiligung an dessen Durchführung zugestanden worden ist, sind kaum andre, als erwartet werden durfte. Denn daß die deutsche Finanzgruppe, in deren Händen sich die Anatolische Bahn befindet und welche die Konzession zur Weiterführung dieser Bahn über ihren bisherigen Endpunkt Amia hinaus nach Ereğli, Adana, Mosul und Bagdad durchgesetzt hat, einfach vom Schauplatz abtreten würde, um mißfällig der englischen Finanz das Feld zu überlassen, konnte nur jener englische Kapitalistendünkel annehmen, der noch immer die Veränderungen, die seit zwei, drei Jahrzehnten sich im internationalen Wirtschaftsleben vollzogen haben, nicht begreift, und je mehr die wirtschaftliche Rivalität Deutschlands und der Vereinigten Staaten von Amerika sich geltend macht, desto verlässlicher an der Anschauung festhält, daß der englischen Bourgeoisie von Rechts wegen die Herrschaft über die Handelsmärkte Asiens, Afrikas und Australiens gebührt.

So sehr indes dieser Glaube an das alte „Rufe Britannia“ noch immer in manchen englischen kapitalistischen Köpfen wohnt, erklärt er doch nicht allein die Festigkeit, mit der einzelne Wäiter, voran das Organ der Londoner City, die „Times“, sich plötzlich gegen die „deutsche Bagdadbahn“ wenden. Hinter dem Rärm stehen einerseits die Schiffahrtsgesellschaften, die heute den Verkehr mit Vorderindien vermitteln und fürchten, daß ihnen die Bahn einen Teil ihrer Fracht und besonders den Postverkehr nach Indien wegnehmen werde, andererseits ein Teil der englischen Exporteure, der in den letzten Jahren die stetige Ausdehnung des deutschen und österreichischen Handels in Vorderasien verspürt hat und diese Domäne dem englischen Handel erhalten möchte.

Neben der Hehe dieser Interessengruppe aber trägt unverkennbar zu dem Gekläm der durch die Haltung der alldeutschen Presse während des Boerenskrieges gefürbte Jingoismus sowie die Hoffnung bei, daß durch eine derbe Unterstützung die unter der Leitung der „Deutschen Bank“ stehende deutsche Finanzgruppe sich doch noch hinterher zu allerlei Konzessionen an die englische Finanz verziehen wird. Erklärte doch vor einigen Tagen der „Daily Graphic“ geradezu: „Angenommen, der Plan ließe sich so umändern, daß die Eisenbahn nicht mehr von einer Macht kontrolliert wird, so würde unsere Regierung unfreiwillig Erachtens gut daran thun, unter gewissen Bedingungen die deutschen Vorschläge anzunehmen.“

Das Projekt einer Bahn, die Konstantinopel mit dem Taurus des Zagros und dem Persischen Golf verbindet, ist schon über ein Jahrzehnt alt. Es tauchte alsbald auf, als sich 1889 unter Leitung der Deutschen Bank die „Societe du chemin de fer Ottoman d'Anatolie“ gebildet und die zu Anfang der sechziger Jahre gebaute Bahn von Haider Pascha (Hafenort Konstantinopels an der asiatischen Küste) bis Jemid (92 Kilometer) und die damals im Bau begriffene Bahnlinie Jemid-Angora (ca. 486 Kilometer) übernommen hatte. Der Plan ging damals dahin, im Anschluß an die letztgenannte Bahnstrecke die Trasse weiterzuführen über Sinas nach Diarbekr, und von dort über Mosul und Bagdad nach Basra. Diese Linie bezogte jedoch der russischen Regierung recht wenig. Ihre Politik verfolgte, wie neuerdings auf dem Balkan, so auch in Vorderasien das Ziel, alles in der Schwebe zu erhalten und jede Konsolidierung der Verhältnisse zu hintertreiben. Die Durchquerung der nördlichen Provinzen Kleinasiens durch eine deutsch-englisch-französische Bahn würde aber nicht nur die dortigen englischen, deutschen und französischen Interessen vermindern, also einer späteren Annexion dieser Gebiete durch Rußland hinderlich sein, sondern die

Belebung des Verkehrs und Hebung der Produktion, kurz das Vorbringen moderner Wirtschaftsformen in jene Gegenden würde auch zugleich die Widerstandsfähigkeit der dortigen Bevölkerung gegen die russischen Herrschaftsgelüste stärken. Dazu kam die Befürchtung, daß die Bahn, falls es zum Konflikt mit England in Indien kommen sollte, sich in den Dienst der englischen Interessen stellen könnte. Rußland suchte also die Ausführung des Bahnprojekts auf jede Weise zu hintertreiben, und als es damit keinen Erfolg hatte, verbat es sich wenigstens, daß die Bahn seiner Grenze zu nahe komme. Es mußte eine südlichere Trasse gewählt werden, und nachdem die Anatolische Bahngesellschaft die Konzession zur Weiterführung ihrer Bahn über Erzurum nach Amia erhalten und den Bau dieser 445 Kilometer langen Linie in den Jahren 1893/1896 dermaßen gefördert hatte, daß im Juli 1896 der Betrieb auf der ganzen Strecke aufgenommen werden konnte, erlangte der Plan immer größere Festigung, die Bahn nach Bagdad von Amia aus über Ereğli durch den Taurus nach Adana, Mosul, Bagdad weiterzuführen.

Die Genehmigung zur Ausführung der Bahn stieß jedoch bei der Pforte, da von den Mächten hinter den Coulissen eifrig gegeneinander intriguiert und von französisch-russischer wie englischer Seite verschiedene Gegenprojekte aufgestellt wurden, auf vielfache Widerstände, bis die Orientreise Wilhelm II. bewirkte, daß schließlich die Entscheidung zu Gunsten der Anatolischen Bahngesellschaft ausfiel und nach langen Verhandlungen zwischen dieser (das heißt der Deutschen Bank) und dem türkischen Minister für Handel und öffentliche Arbeiten endlich am 5. März dieses Jahres ein Vertrag auf folgender Grundlage zu Stande kam:

Die türkische Regierung erteilt der Anatolischen Eisenbahngesellschaft die Konzession zum Bau und Betrieb der Verlängerung ihrer Bahn Haider Pascha—Jemid—Erzurum—Amia nach Bagdad und Basra mit der Bedingung, daß diese Verlängerung folgende Städte berührt: Keraman, Ereğli, Kardash-Beli, Adana, Haminiç, Osmanliç, Lantich, Kazanali, Kilib, Tell-Habesh, Garzan, Ras-ul-Ain, Rissibin, Adnat, Mosul, Zekrit, Sadjeh, Bagdad, Kerbela, Nedjes, Jubelir und Basra.

Ferner sollen folgende Zweiglinien gebaut werden: 1. von Tell-Habesh nach Aleppo; 2. von einem noch zu bezeichnenden Punkte nach Urfa; 3. von Sadjeh nach Haminiç; 4. von Jubelir nach einem Punkte am Persischen Meerbusen,

über welchen später eine Verständigung zwischen der türkischen Regierung und der Anatolischen Eisenbahn stattfinden soll. Die Konzession ist auf neunundneunzig Jahre ertheilt und wird zugleich die Konzession der Anatolischen Eisenbahn um so viele Jahre verlängert, daß sie von jetzt ab dieselbe Zeitdauer umfaßt als die Konzession für die Bagdadbahn.

Die neue Linie wird in Sektionen eingeteilt, deren jede etwa 200 Kilometer umfaßt. Die Anatolische Eisenbahngesellschaft ist verpflichtet, die Arbeiten für die Ausführung der ersten Sektion innerhalb drei Monaten nach Genehmigung der Pläne zu beginnen und sie in zwei Jahren zu vollenden. Die ganze Linie mit den Zweiglinien ist innerhalb acht Jahren fertigzustellen. Die Bahn soll zunächst einseitig gebaut werden. Ein zweites Geleise ist die Bahngesellschaft erst dann zu legen verpflichtet, wenn die Brutto-Kilometerertragslinie die Summe von 30 000 Fr. erreicht. Die Bahn hat für Baumaterialien, rollendes Material usw. keine Zölle zu bezahlen; ebenso sind die von der Bahn eingeführten Kohlen zollfrei, so lange die Brutto-Kilometerertragslinie nicht die Summe von 15 500 Frank erreicht. Die Anatolische Eisenbahn hat das Recht, nach und nach Sektionen von nicht weniger als 40 Kilometer dem Betriebe zu übergeben. Fünf Jahre nach der Eröffnung jeder Sektion müssen die ausführenden Beamten mit Ausnahme der Oberbeamten türkische Unterthanen sein.

Der Anatolischen Eisenbahn werden Bergbau- und Forstrechte innerhalb einer Zone von 20 Kilometer an jeder Seite der Bahnlinie gewährt; ferner hat die Anatolische Eisenbahn das Recht, Hafen in Bagdad, Basra und an dem Endpunkte der Jubelir-Linie zu errichten.

Die türkische Regierung garantiert der Anatolischen Eisenbahn 11 000 Fr. für jeden fertiggestellten und in Betrieb gesehenen Kilometer pro Jahr sowie 4500 Fr. pro Jahr und pro Kilometer für Betriebsausgaben. Eine amortisierbare vierprozentige türkische Staatsanleihe garantiert den Jahresbeitrag von 11 000 Fr. pro Kilometer, während für die gemahltesten Betriebsausgabenbedeutung von 4500 Fr. pro Kilometer der Ueberfluß aus jenen Garantien fließt, die der Anatolischen Bahngesellschaft schon früher zugestanden worden sind.

Dagegen verpfändet die Bagdadbahn den Besitzern der Staatsanleihe die ganze Linie nach dem Persischen Golf mit sämtlichen Zweiglinien, dem rollenden Material sowie ihren vollen Anteil an der Reineinnahme und übernimmt zugleich die Kosten für alle Verbesserungen und Einrichtungen, die später für die Einführung von Erpreßzügen nötig sein sollten, bis zur Höhe von 8 Millionen Frank. Außerdem verpflichtet sie sich, wenn dies später von der türkischen Regierung verlangt wird, unter gleichen Bedingungen, wie die oben genannten, eine Zweiglinie nach Diarbekr und Harput zu bauen. Als Gegenleistung übernimmt die türkische Regierung die Verschuldung für die Verzinsung und Amortisation der 8 Millionen Frank, einen Jahresbeitrag von 315 000 Frank zu leisten, und eine zweite Jahressumme in gleicher Höhe für den Schnellzugsdienst zu gewähren, der eingeführt werden soll, sobald die Hauptlinie bis Aleppo dem Betrieb übergeben worden ist.

Ihren Sitz hat die Bagdadbahn-Gesellschaft in Konstantinopel. Das Aktienkapital ist zunächst auf 15 Millionen Frank festgesetzt. Die Anatolische Eisenbahngesellschaft wird davon 10 Proz. zeichnen und darf ihre Aktien ohne Zustimmung der türkischen Regierung nicht verkaufen.

Auf Grund dieses Vertrages ist zwischen den Finanzgruppen der beteiligten Länder eine Verständigung erzielt worden, die am 13. d. Mts. in Konstantinopel endlich zur Konfirmierung der „Kaiserlich-Ottomanischen Bagdad-Eisenbahngesellschaft“ geführt hat. Nach diesem Uebereinkommen sollten von dem Kapital je 26 Proz. von Deutschland, Frankreich und England aufgebracht werden, während an die Schweiz 10 Proz., an die Anatolische Bahn ebenfalls 10 Proz. und an Desterreich 5 Proz. fielen. Und dementsprechend sollte auch die beteiligte Finanz Deutschlands, Frankreichs, Englands je acht Mitglieder für den Aufsichtsrat stellen, die Anatolische Bahn drei, die Schweiz zwei und Desterreich ein.

Daß diese Verteilung der deutschen Finanz die Oberhand sichert, ist richtig. Ganz abgesehen davon, daß die Ausführung der Bauten und die eigentliche Betriebsleitung nach den Anordnungen an die Anatolische Bahn fällt, in der die Deutsche Bank dominiert, sind auch der deutschen Finanzgruppe im Aufsichtsrat die Stimmen der Anatolischen Bahn, der Schweiz und Desterreich zugewiesen, da die beteiligten Finanzinstitute der letzten beiden Staaten mit englischen Beziehungen zu den betreffenden deutschen sind und mit diesen im wesentlichen die gleichen Interessen haben. Es würden, also eigentlich 14 deutsche Stimmen 8 englischen und 8 französischen gegenüberstehen. Aber dieses Verhältnis für unzureichend zu finden und zu fordern, daß eine Zusammenfassung der Verwaltung durchgeführt wird, die der englischen Finanzgruppe die Oberhand sichert, dazu gehört jener spezifische englische Kapitalistendünkel, der von der Ansicht ausgeht, daß überall in der Welt das englische Kapital an die Spitze gehört.

Anderswärts ist es jedoch ebenso absurd, wenn von deutscher kapitalistischer Seite behauptet wird, die deutsche Finanz hätte England von vornherein auszuliefern und die Bagdadbahn als „deutsche Bahn“ bauen sollen. Um ihrer schönen Augen willen hat kaum

